



Landeshauptstadt
München

Sicherheitsbericht der Landeshauptstadt München 2015



Herausgeberin

Landeshauptstadt München
Kreisverwaltungsreferat
– Abteilung Sicherheit und Ordnung HA I/2 –
Ruppertstr. 11
80337 München

Gestaltung

Fa-Ro Marketing GmbH

Druck

Weber Offset GmbH

Fotos

Landeshauptstadt München,
Michael Nagy, Presse- und Informationsamt
(S. 4, 8 oben, 11, 14, 15, 17, 20, 21, 24 rechts, 32, 70)
Kreisverwaltungsreferat Rainer Schmidt (S. 26 oben links, 74)
Kreisverwaltungsreferat Veterinäramt (S. 26 unten rechts, 76)
Abfallwirtschaftsbetrieb München – AWM (S. 47)
Berufsfeuerwehr München (S. 10, 26 oben rechts, 44, 45, 69)
Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft (S. 26 unten links, 73)
Goran Gajanin (S. 80 oben links und unten rechts)
Simone Naumann (S. 53, 80 unten links)
SZ Photo (Robert Haas S. 19, 36, 80 oben rechts, Catherina Hess S. 62, Florian Peljak S. 8 unten rechts, 18, 82, 83,
Stephan Rumpf S. 8 unten links, 22, 24 links, 58, 60, 64, Alessandra Schellnegger S. 57)
iStockfoto (S. 84, Arpad Benedek S. 84 unten rechts, Andrew Cribb S. 49, P. D. Burnett S. 72, Sebastian Julian S. 84
oben links, Picasa S. 28, RA Photos S. 84 oben rechts, ronaldino3001 S. 35, Tamme Wichmann S. 67,
VladimirFLoyd S. 55, Wavebreak Media S. 61, wx-bradwang S. 51, Wolfgang Zwanzger S. 1)

Nachdruck, Vervielfältigung und digitale Nutzung – auch auszugsweise –
nur mit Genehmigung der Landeshauptstadt München.

Gedruckt auf Papier aus 100% Recyclingpapier

Stand: April 2016

Diese Publikation enthält Beiträge von verschiedenen städtischen
Referaten, Eigenbetrieben und Beteiligungsgesellschaften der
Landeshauptstadt München.

Das Kreisverwaltungsreferat bedankt sich für die Mitarbeit.

Sicherheitsbericht der Landeshauptstadt München 2015

Der Sicherheitsbericht (mit Anlage) kann unter
www.muenchen.de/sicherheitsbericht
auch digital abgerufen werden.

Vorwort



Dieter Reiter
Oberbürgermeister



Dr. Wilfried Blume-Beyerle
Kreisverwaltungsreferent

Wir blicken auf das Jahr 2015 zurück, das viele unerwartete Ereignisse und Umstände für die Münchner Bevölkerung, die Stadtverwaltung und die Polizei mit sich brachte.

Seit Mai 2015 ist München eine 1,5-Millionen-Metropole und damit drittbevölkerungsreichste Stadt Deutschlands nach Berlin und Hamburg. Der Zuwachs erklärt sich durch hohe Geburtsraten, aber auch durch eine starke Zuwanderung sowohl aus anderen Teilen Deutschlands als auch aus dem Ausland. Das erfüllt uns mit Stolz, steht aber zugleich für neue Herausforderungen.

Zudem trägt auch der Zuzug von Flüchtlingen zum Wachstum der Stadt bei. Neue Ankömmlinge aus Krisenregionen werden täglich registriert, versorgt und auf die Münchner Erstaufnahmeeinrichtungen verteilt. In den ersten Septemberwochen musste der Ansturm von Tausenden Flüchtlingen bewältigt werden und stellte uns vor eine Aufgabe neuen Ausmaßes. Diese endet nicht mit Ankunft, Aufnahme und vorübergehender Betreuung. Sie beginnt hier erst. Denn die Integration dieser Menschen in unsere Gesellschaft, die Eingliederung in Arbeit, Kindergärten, Schulen, die soziale und kulturelle Annäherung müssen daran anschließen.

Geburten, Zuwanderung, Flüchtlinge. Im Ergebnis bleibt eines festzustellen: Unsere Stadt verdichtet sich zunehmend. Der Bedarf an Flächen für Wohnraum, soziale Einrichtungen und Infrastruktur steigt. Der öffentliche Raum wird verstärkt genutzt. Daraus resultierende Nutzungskonflikte müssen erkannt und gelöst werden. Das zwischenmenschliche Miteinander benötigt ein „Mehr“ an Engagement, Hilfe, Kooperation sowie die Bereitschaft aufeinander zuzugehen.

Im vergangenen Jahr musste München sich außerdem sicherheitsrelevanten Themen zuwenden, deren Entstehungsursache nicht unmittelbar im menschlichen Tun und Handeln lag. So sorgte Sturm „Niklas“ ein paar Tage für großes Einsatzgeschehen, ebenso wie die anhaltende Hitzewelle des letzten Sommers oder das Auftreten des Asiatischen Laubholzbockkäfers im Münchner Stadtgebiet.

Trotz aller Schwierigkeiten, die das Jahr bereit hielt, konnten die Aufgaben dank des Engagements aller Beteiligten erfüllt oder auf einen guten Weg gebracht werden.

Verständlicherweise rückten alle Probleme und in diesem Zusammenhang gemeisterten Aufgaben in den Hintergrund, nachdem es Ende des Jahres erneut zu terroristischen Anschlägen in Paris und kurz darauf in Istanbul gekommen war. München hielt inne, solidarisierte sich. Die Bedeutung von Sicherheit erhält durch tragische Ereignisse wie diese einen völlig anderen Maßstab für die Menschen und lässt scheinbar alltägliche Sicherheitsthemen in der Wahrnehmung zurücktreten.

Dennoch oder gerade deshalb soll der vorliegende Bericht den Fokus genau auf die vielfältigen Anstrengungen der städtischen Dienststellen richten, die München zu einer der sichersten Großstädte Europas machen.

München, April 2016



Dieter Reiter
Oberbürgermeister



Dr. Wilfried Blume-Beyerle
Kreisverwaltungsreferent

I. Besondere Themenschwerpunkte 2015

Zuwanderung von Flüchtlingen	10
Die Situation am Münchner Hauptbahnhof im Herbst 2015	10
Maßnahmen der Stadt	12
Umgang mit Versammlungen und Aktivitäten verschiedener Gruppierungen	18
Sicherheitskonferenz 2015	18
NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht	19
Eröffnung des NS-Dokumentationszentrums	20
G7-Gipfel	21
GIDA-Bewegungen in München	24

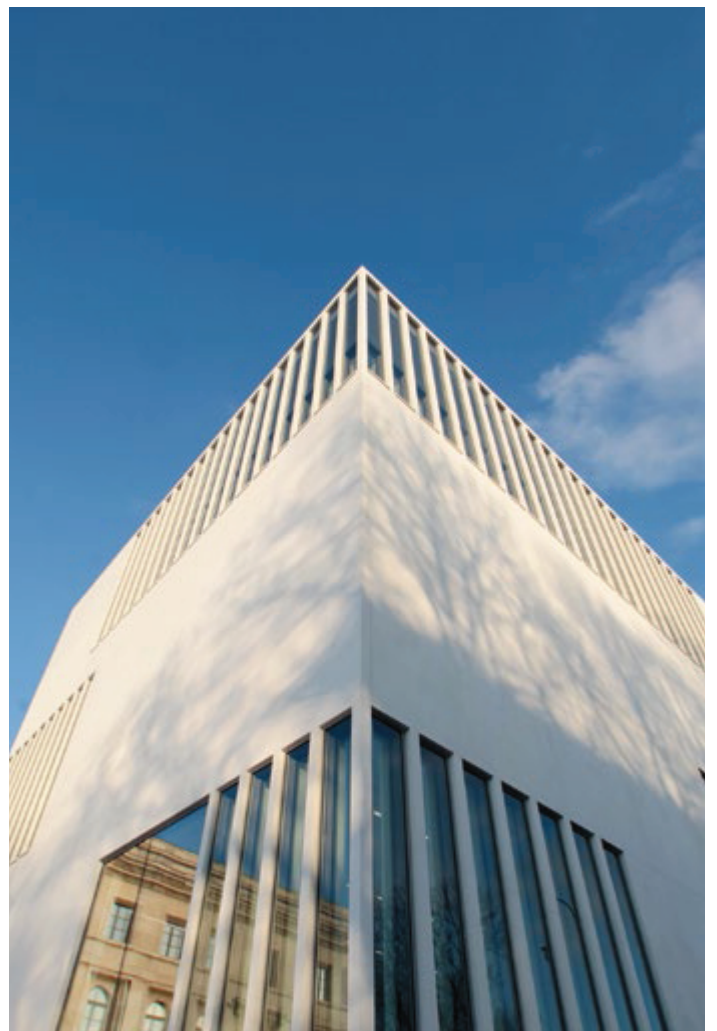
II. Weitere sicherheitsrelevante Themen 2015

Sicherheit im öffentlichen Raum und subjektive Sicherheit	28
Verstöße und Störungen durch Personen im öffentlichen Raum	28
Maßnahmen zur Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)	33
Veranstaltungen und Versammlungen	33
Sondernutzungen	37
Einzelmaßnahmen im Bereich Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung	37
Maßnahmen gegen Rassismus, gegen rechtsextremistische und rechts-populistische Bestrebungen und gegen Menschenfeindlichkeit im Stadtgebiet	40
Brandbekämpfung/Technische Hilfeleistung/Rettungsdienst	42
Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz	43
Katastrophenvorsorge und Zivilschutz	45
Störungen im Zusammenhang mit Tieren	46
Sauberkeit	47
Subjektives Sicherheitsempfinden – Studie „Älter werden in München“	48
Verbraucherschutz	51
Gesundheitlicher Verbraucherschutz	51
Gastronomie	52
Glücksspielrecht	53
Überwachung des Tierarzneimittel- und Betäubungsmittelverkehrs	53
Überwachung von Pflegediensten, in der Pflege oder in nichtärztlichen Heilberufen tätigen Personen	53
Konzessionierung und Überwachung von Privatkliniken	54
Überwachung des Betäubungsmittelverkehrs	54
Umwelthygienische Überwachung	56

Maßnahmen im Zusammenhang mit Zuwanderinnen und Zuwanderern aus EU-Staaten in prekären Lebensverhältnissen (Armutszuwanderung) und Obdachlosen	57
Umgang mit „Wildem Campieren“	58
Maßnahmen gegen prekäre Wohnverhältnisse	59
Kälteschutzprogramm	59
Maßnahmen zum Schutz von Kindern, Jugend und Familie	61
Krisenmanagement in Bildungseinrichtungen	61
Schutzmaßnahmen in Sporteinrichtungen	62
Maßnahmen zum Schutz vor Krankheiten	64
Meldewesen, Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten	64
Unterbindung der Weiterverbreitung übertragbarer Krankheiten	65
Infektionshygienische Überwachung	66
Maßnahmen im Zusammenhang mit psychisch kranken Menschen	67
Bestattungen von Amts wegen	67
Umgang mit atypischen Gefahrenlagen	69
Naturgefahren	69
Umwelt-, Natur- und Immissionsschutz	70
Schutz vor Massenverbreitung von Schadorganismen	72
Sicherheit von Gebäuden und baulichen Anlagen	74
Umgang mit Waffen/gefährlichen Gegenständen/Sprengstoff/Munition	74
Tierseuchen	75
Bußgeldverfahren	77

III. Ausblick

Ausblick 2016/2017	82
---------------------------	----





Besondere Themenschwerpunkte 2015

Zuwanderung von Flüchtlingen

Umgang mit Versammlungen und Aktivitäten
verschiedener Gruppierungen



Zuwanderung von Flüchtlingen

Gewaltsame Konflikte in Afghanistan, Syrien und anderen Ländern haben zu einer rasch wachsenden humanitären Krise geführt, die bis heute anhält. Der damit einhergehende zunehmende Zustrom von Flüchtlingen in München machte es 2015 noch notwendiger, umfangreiche Maßnahmen zur adäquaten Bearbeitung der anstehenden Aufgaben zu ergreifen.

Im September letzten Jahres war München hier in besonderer Weise gefordert, denn immer mehr Flüchtlinge kamen zu dieser Zeit bei uns an. Allein zwischen dem 5. und 14. September erreichten knapp 67.000 Menschen den Münchner Hauptbahnhof. Die meisten von ihnen kamen am 6. September an. 13.000 Personen wurden an diesem Tag gezählt. 12.200 Personen waren es am 12. September. Die Situation am Münchner Hauptbahnhof stellte in diesen Tagen einen Ausnahmezustand dar.

Die Situation am Münchner Hauptbahnhof im Herbst 2015

„Ankunft von über 1.000 Asylsuchenden in München in den nächsten 24 Stunden!“ Diese Ankündigung läutete am 1. September den Einstieg in einen über zwei Wochen andauernden Ausnahmezustand am Münchner Hauptbahnhof ein. Auf derart hohe Ankunftsahlen waren die etablierten Erstaufnahmeeinrichtungen der Regierung von Oberbayern nicht vorbereitet. Die Landeshauptstadt München stand der Regierung daher ab dem ersten Tag unterstützend zur Seite. Auf dem Bahnhofsplatz wurde der Einsatzleitwagen 3 der Feuerwehr als Koordinierungs- und Besprechungsbe- reich aufgebaut und ein erster Wartebereich für ankommende Asylsuchende eingerichtet. Bereits an diesem ersten Tag wurden über 2.000 Ankommende versorgt und vorübergehend untergebracht.

Die Sperrung des Budapester Ostbahnhofs entspannte die Lage am nächsten Tag etwas. Als dieser aber unter dem Druck der Asylsuchenden am 3. September wieder geöffnet wurde, stiegen die Ankunftsahlen in München einige Stunden später sprunghaft an. So trafen am ersten Septemberwochenende über 20.000 Asylsuchende in München ein. Ein Zustrom, der auch in

der Folgeweche nicht abriß, bis schließlich am Samstag, den 12. September eine erneute Spitze mit rund 12.000 Ankünften innerhalb von 24 Stunden gemessen wurde.

Insgesamt sind in den ersten beiden Septemberwochen rund 80.000 Asylsuchende in München angekommen. Der menschenwürdige Umgang mit all diesen Menschen stellte die Verwaltung auf allen Ebenen vor eine Mammut-Aufgabe. Es musste ein Verfahren erstellt und betrieben werden, das für alle Ankommenden eine Begleitung, eine Versorgung, eine Unterbringung oder den Weitertransport in andere Gebiete Deutschlands sicherstellte. Die wesentlichen Schritte des Verfahrens sind nachfolgend skizziert.



Ankunft am Hauptbahnhof

Die Deutsche Bahn und die Bundespolizei übermittelten den Behörden in München Prognosen über Ankunftszeiten von Asylsuchenden in Zügen aus Österreich. Diese Zahlen waren eine Richtgröße für die in den nächsten Stunden zu erwartenden Ankünfte. Bei Sonderzügen funktionierte dieses Verfahren sehr gut. Die regulär verkehrenden Züge hingegen waren oft derart überfüllt, dass die Bahn keine validen Daten, sondern nur sehr grobe Schätzwerte übermitteln konnte. Am Hauptbahnhof wurden die Zahlen daher öfters deutlich nach oben korrigiert, was immer wieder eine Anpassung der Helferzahlen erforderte.

Versorgung am Hauptbahnhof

Damit die Ankommenden am Hauptbahnhof gesammelt in Empfang genommen werden konnten, wurde abseits der Hauptgleise ein Teil des Bahnhofs für sie reserviert. Nach dem Passieren einer Versorgungsstation führten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr, Mitarbeiter der Polizei und freiwillige Helfer die Asylsuchenden

in den Wartebereich des medizinischen Ersts Screenings am seitlichen, zur Arnulfstraße gelegenen Bahnhofsvorplatz.



Medizinisches Ersts Screening

Ein externer Dienstleister stellte im Auftrag des Referates für Gesundheit und Umwelt in Zusammenarbeit mit dem medizinischen Katastrophen-Hilfswerk Deutschland e.V. (MHW) das Ersts Screening sicher. Hier wurden alle ankommenden Menschen erstuntersucht und bei Bedarf medizinisch versorgt. An verschiedenen Stellen in München wurden rund 300 Isolier- und Versorgungsplätze für Menschen mit Krätze oder Läusebefall vorgehalten.

Zentraler Wartebereich

An den Spitzentagen wurden Asylsuchende vom Hauptbahnhof über pendelnde S-Bahnen zu einem zusätzlichen zentralen Wartebereich gebracht. Der Bereich verfügte über zirka 1.400 Sitzplätze und diente als Pufferzone für den räumlich begrenzten Hauptbahnhof.

Weiterverteilung

Die enorm große Anzahl von eintreffenden Asylsuchenden erforderte eine sehr schnelle Weiterverteilung an andere Kommunen und Bundesländer, meist noch am gleichen Tag. Hierzu wurden Busse und Sonderzüge bereitgestellt und nach dem „Königsteiner Schlüssel“ auf die Bundesländer verteilt.

Unterbringung in München

Es standen für die Menge an Ankommenden zu wenig Busse und Sonderzüge für den Weitertransport zur Verfügung. Aus diesem Grund mussten zusätzlich zirka 7.000 Übernachtungsplätze in und um München errichtet und betrieben werden.

I. Besondere Themenschwerpunkte 2015

Es bedurfte eines enormen Kräfteansatzes zur Bewältigung der Aufgaben. In den ersten beiden Septemberwochen wurden insgesamt 600 Einsatzkräfte der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr zur Errichtung von Infrastruktur oder deren Betrieb eingesetzt. Diese setzten sich aus 17 Abteilungen der Freiwilligen Feuerwehr München, des Technischen Hilfswerkes und der am Katastrophenschutz beteiligten Hilfsorganisationen zusammen.

Trotz dieses Kräfteansatzes ermöglichte nur die umfassende Unterstützung von freiwilligen Helfern einen 24-Stunden-Betrieb von zeitgleich bis zu acht Warte- und Übernachtungsbereichen, die nicht als feste Unterbringung genutzt wurden und deren Personenkreis sich oft im Stundentakt änderte. Insgesamt beteiligten sich rund 7.000 freiwillige Helfer, um die Situation in den Warte- und Übernachtungsbereichen so menschenwürdig wie möglich zu gestalten.

Maßnahmen der Stadt

Nur dank der guten Zusammenarbeit der verschiedenen städtischen Referate sowie der unzähligen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die die hauptamtlichen Einsatzkräfte unterstützten, konnten die Aufgaben im Zusammenhang mit den vielen Flüchtlingen gemeistert werden. Mittlerweile ist der Begriff der „Münchner Willkommenskultur“ ein positiv besetztes Markenzeichen geworden. Die riesige spontane Hilfsbereitschaft der Bevölkerung sorgte 2015 in ganz Deutschland und darüber hinaus für Anerkennung und gibt dem Bild von München als „Weltstadt mit Herz“ eine neue Prägung.

Die Einsatzbereitschaft und das Erfordernis der Zusammenarbeit beschränkte sich hierbei auch nicht nur auf den zuvor ausführlich abgebildeten Zeitraum vom 5. bis 14. September 2015. So stellten die Unterbringung, Erstversorgung und weitere Betreuung der vielen Flüchtlinge, die in München ankamen, nicht nur im Herbst, sondern ganzjährig eine große Herausforderung für die gesamte Stadtverwaltung dar.

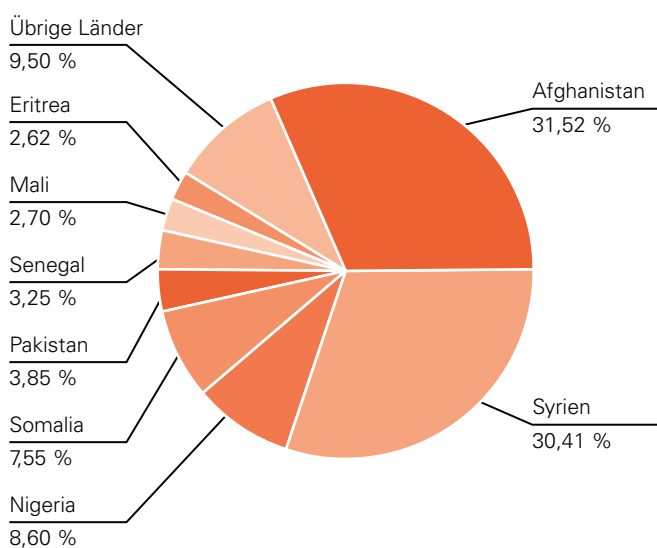
Unterbringung

Schon im Sicherheitsbericht des Vorjahres wurde die Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnsitzlosen referatsübergreifend als großes Aufgabenspektrum beschrieben. Es wurde bereits damals eine weiterhin steigende Zahl an Flüchtlingen für 2015 prognostiziert, doch sind

die Prognosen übertroffen worden. Ging das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Anfang 2015 für das laufende Jahr noch von 200.000 neu ankommenden Asylbewerberinnen und -bewerbern aus, die in Deutschland untergebracht werden müssen, so waren es Ende des Jahres tatsächlich rund 1 Million Menschen. Mehr als ein Drittel kam aus Syrien (35,9 Prozent), ein Viertel der Erstantragsteller (27,4 Prozent) aus den sechs Balkanländern Albanien, Kosovo, Serbien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina sowie Montenegro.

Die Prognosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über die zu erwartenden Zuzugszahlen bildeten die Grundlage für die Festlegung der Unterbringungsverteilung der Regierung von Oberbayern für das Jahr 2015 auf die Landeshauptstadt München.

■ Hauptherkunftsländer der Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen Münchens mit Stand 29.02.2016 (Quelle: Reg.von Obb.)



Nach dem „Königsteiner Schlüssel“ und der Asyldurchführungsverordnung fallen auf München rund 1,5 Prozent der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge. Das sind für das Jahr 2015 rund 15.000 Personen. Mit den Asylbewerberinnen und -bewerbern aus den Vorjahren wurden 2015 insgesamt rund 21.300 Flüchtlinge in der Stadt untergebracht.

Die Zugangszahlen stiegen im Laufe des Jahres immer weiter an. Die vorhandenen Unterkunftsmöglichkeiten reichten im Sommer nicht mehr aus. Ab 17. Juli 2015 waren Direktzuweisungen von Flüchtlingen an die Landeshauptstadt München durch die Regierung von Oberbayern nicht mehr zu vermeiden.

Weil das Ankunftscenter für Asylsuchende der Regierung von Oberbayern an der Lotte-Branz-Straße die Zahl der ankommenden Flüchtlinge nicht mehr alleine bewältigen konnte, bat die Bezirksregierung die Landeshauptstadt München im Juli, vorübergehend Zeltunterkünfte für die ankommenden Menschen zu errichten. Zur einheitlichen Koordinierung der Einsatzkräfte rief Oberbürgermeister Dieter Reiter ein „koordinierungsbedürftiges Ereignis“ aus. Zudem erreichten, wie bereits erwähnt, allein zwischen 5. und 14. September knapp 67.000 Menschen den Münchner Hauptbahnhof. Es erfolgte eine Weiterverteilung innerhalb Bayerns und des Bundes sowie die kurzfristige Eröffnung mehrerer Notquartiere in Stadt und Landkreis durch die Landeshauptstadt München oder die Regierung von Oberbayern.

Mit Hochdruck wurden insbesondere Gewerbestandorte festgelegt, die kurzfristig und unter Umständen auch nur temporär zur Aufnahme von Flüchtlingen ertüchtigt werden konnten.

Die bestehenden Strukturen, wie die Task Force zur Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen, wurden beibehalten. Detailliertere Ausführungen zu den Aufgaben der Task Force in diesem Zusammenhang können dem Bericht des Vorjahres entnommen werden. Temporär mussten die bestehenden Maßnahmen durch weitere Führungsstrukturen ergänzt werden. Grund waren die Ad-hoc-Maßnahmen zur Betreuung der großen Anzahl von Flüchtlingen, die während der Sommerzeit in München eintrafen. Weitere Arbeitsebenen in den jeweiligen Referaten klärten die Kriterien der Flächensuche und im Weiteren die **Verfügbarkeit von städtischen und nichtstädtischen Flächen sowie Überbrückungsobjekten** für die Unterbringung von Flüchtlingen und wohnungslosen Menschen.

Durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung und das Kommunalreferat wurden 383 städtische Grundstücke und Objekte intensiv sondiert (Stand 3. Dezember 2015). Davon durchliefen 155 Standorte die Entbehrlichkeits- und Eignungsprüfung, 95 Grundstücke sind positiv beurteilt, 67 städtische Grundstücke und Objekte für voraussichtlich 11.594 Bettplätze wurden vom Stadtrat beschlossen und wurden oder können nun über die diversen Programme einer Nutzung als Flüchtlingsunterkunft zugeführt werden.

Darüber hinaus wurden 424 private Grundstücke und Objekte (Stand 1. Februar 2016) auf die Nutzungsmöglichkeit geprüft. Insgesamt kamen 105 der privaten Immobilienangebote als Unterbringungsmöglichkeit von Flüchtlingen und wohnungslosen Haushalten in die

engere Auswahl. Bei 49 Objekten konnten bereits feste Mietverträge abgeschlossen werden. Daneben steht das Kommunalreferat für 33 Objekte derzeit noch in Verhandlungen, bei denen ein erfolgreicher Abschluss zu erwarten ist. Durch die abgeschlossenen Anmietungen konnten kurzfristig rund 6.510 Bettplätze zusätzlich geschaffen werden. Für rund 3.279 Bettplätze laufen die Verhandlungen noch. Darüber hinaus gibt es einige vielversprechende Angebote über die Nachweismakler.

Der Stadtrat verabschiedete 2015 allein 17 Beschlüsse mit Standorten zur Unterbringung von erwachsenen und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Dabei wurde auch auf eine möglichst gleichmäßige Verteilung dieser Einrichtungen auf alle Stadtbezirke geachtet. Um schnellere Entscheidungen über die Unterbringung von Flüchtlingen in München treffen zu können, beschloss die Vollversammlung des Stadtrats einen **neuen Ausschuss „Standortangelegenheiten für Flüchtlinge“** einzurichten. Dieser tagte am 15. Oktober zum ersten Mal.

Die Planung neuer Gemeinschaftsunterkünfte wickelte das Baureferat ab, mögliche Sofortbelegungen von Bestandsgebäuden wurden in engem Kontakt mit der Branddirektion München abgestimmt. Durch diese konnten Bewertungsgrundlagen zur Beurteilung von Notunterkünften konkretisiert und in 55 Begehungen – für Akutbelegungen sogar am Wochenende und nachts – sowie zahllosen Beratungen angewendet werden. Das Kommunalreferat war auch für die Aufrechterhaltung hygienisch unbedenklicher Zustände in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften zuständig. Diese sind nur durch die Beschaffung und Koordination bedarfsgerechter, umfangreicher Reinigungsdienstleistungen sicherzustellen. Die Anforderungen hierzu sind laufend zu kontrollieren und wenn erforderlich zu korrigieren.

Auch die **Betreuung** dieser Einrichtungen ist ein maßgebliches Kriterium für eine sichere Unterbringung der Flüchtlinge. Das Sozialreferat stellt seit 2014 sicher, dass die Erstaufnahmeeinrichtung in München **mit Fachpersonal** in einem Schlüssel von 1:100 ausgestattet ist. Die Betreuung übernimmt dort die Innere Mission. In kommunalen und staatlichen Gemeinschaftsunterkünften mit städtischen Mitteln wurde diese mit Beschluss vom 15. Mai 2015 ebenfalls auf einen Schlüssel von 1:100 aufgestockt. Die Betreuung und teilweise auch der Betrieb erfolgt dort durch verschiedene Wohlfahrtsverbände.

In den kommunalen Objekten, die per Direktzuweisung von der Regierung belegt werden, ist das Sozialreferat für den Betrieb und die Betreuung verantwortlich. Hier sorgen Hausleitungen, Haussicherheits- und Servicepersonal des Amtes für Wohnen und Migration oder von Wohlfahrtsverbänden und externen Trägern für reibungslose Abläufe und pädagogische Angebote unter Einbeziehung der umfangreichen ehrenamtlichen Ressourcen. Aufgrund der hohen Zahl entsprechender Unterkünfte (Bestand zum 1. März 2016 etwa 40 Objekte) ist eine breite Palette von Trägern erforderlich, um die nötigen Ressourcen gewährleisten zu können. In der seit Herbst 2015 im Amt für Wohnen und Migration installierten Arbeitsgruppe „Leben in Hallen“ werden Konzepte und Methoden entwickelt, um die komplexen Aufgaben in den zum Teil sehr großen Objekten mit bis zu 800 Plätzen bewältigen zu können. Ansätze sind hier unter anderem Strukturen der Bewohnerbeteiligung, der Einsatz von Konfliktmittlern (AKIM) und die Schaffung umfassender dezentraler Angebote (wie Sprachkurse und Freizeitangebote) in den Häusern sowie ein enger Austausch mit der Nachbarschaft und den sozialen Einrichtungen im Stadtteil.

Das Kommunalreferat erstellte in Zusammenarbeit mit dem Amt für Wohnen und Migration rund 70 fachliche **Sicherheitskonzepte** für neu entstandene Flüchtlingsunterkünfte zum Schutz von Menschen und Sachwerten vor diversen Gefährdungssituationen sowie die Leistungsbeschreibungen zur externen Vergabe der Sicherungsdienstleistungen. Die Deckung eines erheblichen Bedarfes innerhalb kürzester Zeit bei der Unterbringung eines stetig zunehmenden Zustromes von Flüchtlingen war die besondere Herausforderung in der zweiten Jahreshälfte.

Die primäre Aufgabe der **Sicherheitskräfte** war es, den zum Teil schwer traumatisierten Flüchtlingen, aber auch den städtischen Beschäftigten ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln und die Unterstützung der städtischen Dienstkräfte in schwierigen Situationen zu gewährleisten. Für diese Aufgabe sind Sicherheitskräfte mit ausgeprägtem interkulturellem Verständnis gefragt, die situationsbedingt sensibel agieren können.

Ein besonders sensibles Thema in diesem Zusammenhang, sowohl bei der Unterbringung als auch bei der Erstversorgung und dem weiteren Verfahren, stellte der Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen dar.

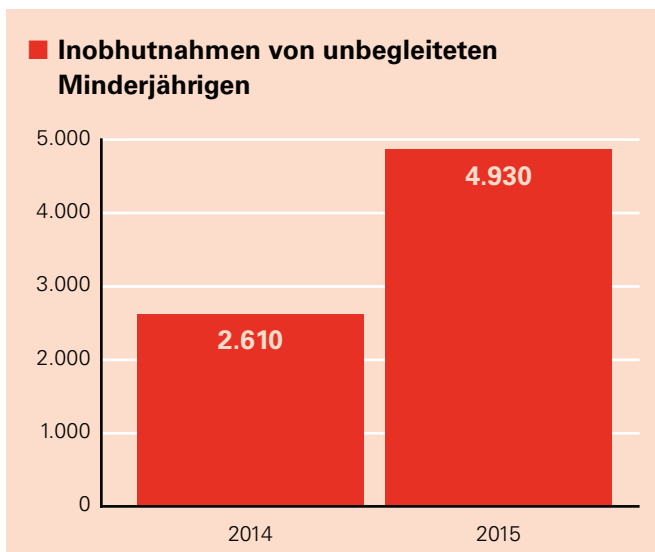


Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind alle ausländischen Kinder und Jugendlichen nach Einreise ohne Eltern bzw. ohne erwachsene Person, die eine Aufgabe der elterlichen Sorge übernehmen könnten. Sind sie unter 16 Jahre alt, kümmert sich das nach dem Jugendhilfegesetz zuständige Stadtjugendamt um sie, bringt sie in einem Heim unter und sorgt für die Betreuung. Ein spezielles Thema dieser Personengruppe sind die traumatischen Erlebnisse von Krieg und Flucht. Wichtig ist deshalb eine sensible Unterstützung bei deren Bewältigung, die oft jahrelang dauern kann.

2015 wurden 10.225 Neuankommende vom Jugendamt erfasst und erstversorgt. Mit der gesetzlich verpflichtenden Alterseinschätzung geht eine Inobhutnahme des unbegleiteten Minderjährigen einher oder bei Volljährigkeit eine Entlassung in ein Erstaufnahmезentrum für erwachsene Flüchtlinge. 5.295 Personen – also knapp 60 Prozent – wurden im Berichtsjahr als volljährig eingeschätzt und aus der Verantwortung des Jugendamtes entlassen.

Die statistische Auswertung zeigt, dass sich die Inobhutnahmen von unbegleiteten Minderjährigen im Vergleich zu 2014 nochmals fast verdoppelt hat.



Die Einreisen erfolgen nicht kontinuierlich, sondern dynamisch. So ist der Anstieg von Mai bis Oktober mit 3.138 im Gegensatz zu den restlichen Monaten mit 1.683 Einreisen fast doppelt so hoch. Diese Schwankungen erfordern eine ausreichende und flexible Betreuungs- und Unterbringungskonzeption. Mit der Genehmigung der neuen „Abteilung unbegleitete Minderjährige“ zum 15. April 2015 durch den Stadtrat wurde dieser Entwicklung Rechnung getragen.

Ergänzend wurde in dem 4. Standortbeschluss vom 29. April 2015 ein künftiges Ankommenszentrum, das sogenannte Young Refugee Center (YRC) bestätigt. Die jungen Menschen werden nach ihrer Ankunft vom Stadtjugendamt vorläufig in Obhut genommen und in diesem Center bis zu 4 Wochen für ein Erstclearing untergebracht. Wird die Minderjährigkeit festgestellt, werden die jungen Menschen in stationäre Jugendhilfeeinrichtungen vermittelt. Ziel des Young Refugee Center ist es, eine Bündelung und Optimierung aller wesentlichen fachlichen, organisatorischen und planerischen Funktionen, Aufgaben und Tätigkeiten in Bezug auf die Neuankommenden zu erreichen. Dies sind neben der Erstversorgung mit Kleidung, Essen, Bettplatz, Hygieneartikeln und anderem, auch das medizinische Erstscreening, die Registrierung und die Alterseinschätzung oder Inaugenscheinnahme.

Diese Aufgaben wurden 2015 wie schon im Vorjahr rudimentär in der Bayernkaserne durchgeführt. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen wurde durch freie Träger, die sich zu einem Verbund in der Jugendhilfe für neu ankommende unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (JHumF) zusammengeschlossen haben, die Betreuung der Kinder und Jugendlichen in der Trägerschaft des Stadtjugendamtes München sehr erfolgreich

und bedarfsgerecht durchgeführt. Aufgrund der hohen Anzahl der zu Betreuenden wurden bis zu 17 Dependancen im Stadtgebiet und Landkreis München geschaffen. Ein großer Teil ist jedoch nur befristet und steht oft nur kurzfristig zur Verfügung.

Das bedeutet für das Jugendamt als Träger der JHumF einen enormen Aufwand für die Objektakquise und die Organisation von Dienstleistungen wie Catering, Reinigung und Sicherheitsdienste für die Standorte.



Das Jugendamt München und die Heimaufsicht der Regierung von Oberbayern entwickelten angesichts der wachsenden Anzahl von unbegleiteten Minderjährigen gemeinsam mit den freien Trägern eine Konzeption, die der Situation und dem unmittelbaren Bedarf der unbegleiteten Minderjährigen entspricht. So gibt es eine 1:5-Betreuung durch pädagogische Fachkräfte von 8 Uhr bis 23 Uhr. Für Kinder und unbegleitete weibliche Minderjährige wurden kleinere Einrichtungen mit einem Personalschlüssel bei den Kindern von 1:3 geschaffen. Ein 24-stündiger Sicherheitsdienst ist in allen Einrichtungen vorhanden. Dessen besonders ausgewähltes Personal (unter anderem verfassungsrechtlich geprüft und mit erweitertem Führungszeugnis) muss außerordentlich sensibel im Umgang mit unbegleiteten Minderjährigen sein.

Daneben gibt es einen Psychologischen Fachdienst sowie für alle einen Sprachkurs in den ersten Tagen nach der Inobhutnahme. Jugendlichen mit ansteckenden Krankheiten steht zudem eine Krankenstation zur Verfügung.

Die Alltagsstruktur wird neben den pädagogischen Fachkräften und durch zahllose ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die durch die JHumF koordiniert werden, auch durch „Willkommen in München“, das sogenannte WIM-Team, gesichert. Letzteres dient als Schnittstelle zur offenen Jugendarbeit. Durch diese

I. Besondere Themenschwerpunkte 2015

Kombination aus größeren und speziellen Häusern sowie vielfältigen Angeboten ist es bisher gelungen, dass auch bei einer sehr hohen Zahl von neu Ankommenden die Sicherheit und das Wohl der Kinder und Jugendlichen gewährleistet wurde.

Neben der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge war aber auch wieder die medizinische Versorgung und damit einhergehend die Durchführung der Asyl-Erstuntersuchungen zu gewährleisten.

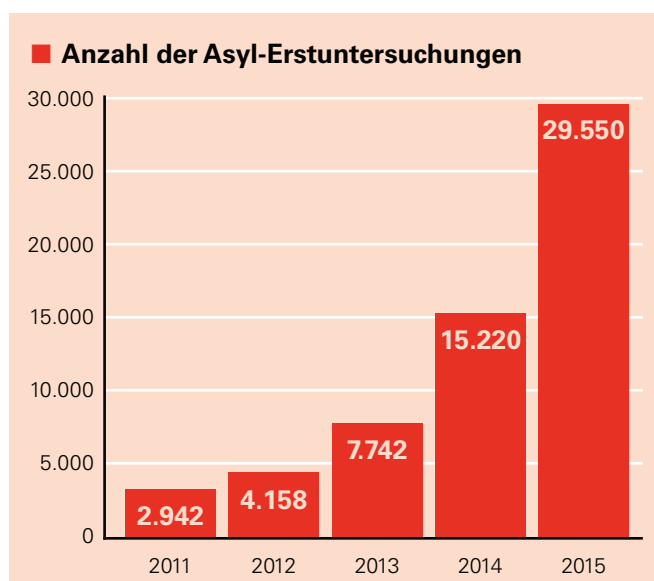
Erstuntersuchung

Asyl-Erstuntersuchungen erfolgen in München in der Erstaufnahmeeinrichtung zum Ausschluss relevanter Infektionskrankheiten. Über meldepflichtige Erkrankungen, die bei den durchgeführten Untersuchungen diagnostiziert werden, ergeht dann eine Mitteilung an die Abteilung Infektionsschutz zur weiteren Veranlassung.

Beim Referat für Gesundheit und Umwelt wurde 2015 die Abteilung Asyl-Erstuntersuchung in der Bayernkaserne eingerichtet. Ein Team aus Ärztinnen, Ärzten und medizinischen Fachangestellten untersucht hier pro Tag bis zu 200 Asylbewerberinnen und Asylbewerber auf Infektionskrankheiten, insbesondere auf Tuberkulose, HIV und Hepatitis B.

Außerdem stellte das Referat für Gesundheit und Umwelt die medizinische Versorgung und das medizinische Erstscreening im Ankunftszentrum in der Maria-Probst-Straße und am Hauptbahnhof sicher. Mit dem medizinischen Erstscreening direkt nach Ankunft der Flüchtlinge wurde dazu am Hauptbahnhof ein externer Dienstleister beauftragt.

2015 erfolgten insgesamt **29.550 Asyl-Erstuntersuchungen**.



Es war somit erneut eine annähernde Verdoppelung der Asyluntersuchungen im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Um dieser Zahl Rechnung zu tragen, wurde vom Stadtrat am 4. März 2015 die Schaffung neuer Arzt- und Verwaltungsstellen in diesem Bereich beschlossen.

Im Rahmen der Erstuntersuchung erfolgt für Asylbewerberinnen und Asylbewerber auch eine allgemeine Impfberatung. Diese wurde erst 2015 etabliert. Ziel ist dabei der individuelle Schutz sowie die Verhinderung eines Ausbruchs von impfpräventablen Erkrankungen. Durch das Referat für Gesundheit und Umwelt oder auch in dessen Auftrag wurden im Berichtsjahr etwa 2.000 Impfungen bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und anderen Flüchtlingen durchgeführt. Auf gleichem Niveau lag die Zahl der Impfstatusüberprüfungen durch das Personal der aufsuchenden Gesundheitsvorsorge für Menschen in Asylunterkünften. Die Pflegefachkräfte boten hier bei zirka 2.900 Besuchen Flüchtlinge in verschiedenen Einrichtungen in gesundheitlichen Fragen und arbeiteten in der Betreuung mit dem Sozialreferat und den Asylsozialdiensten zusammen.

Anschlussmaßnahmen im Zuge der Integrationsbemühungen

Flüchtlinge, die dauerhaft in München bleiben, brauchen auch Unterstützung bei der **Integration** in die Stadtgesellschaft. Dafür ist die Zusammenarbeit vieler notwendig. Die Stadt hat bereits einige Maßnahmen auf den Weg gebracht.

So beschloss die Vollversammlung des Stadtrats im März 2015 aufgrund der enorm ansteigenden Flüchtlingszahlen, für die Integration sowie für Angebote in den Bereichen Deutschlernen, Schulabschlüsse und Berufsausbildung zusätzlich 1,3 Millionen Euro bereitzustellen.

Der Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft beschloss zudem das Projekt **„pass(t) genau – für Flüchtlinge“** im Jugendsonderprogramm des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms (MBQ). Ziel des Projektes ist es, die Bereitschaft der Betriebe für eine Ausbildung junger Flüchtlinge zu nutzen und den Betrieben wie auch ihren Azubis Informationen und Unterstützung anzubieten.



In der Bayernkaserne wurde im Oktober die sogenannte **„Lernwerkstatt“** eröffnet. Lernen statt Langeweile steht hier auf dem Programm. Bei dem Pilotprojekt geht es darum, jungen Flüchtlingen, die ohne Familie nach München gekommen sind, einen Einblick in handwerkliche Berufe zu geben. Dadurch können die Jugendlichen ihre Freizeit während des Aufenthalts in der Bayernkaserne sinnvoll nutzen.

Das Referat für Bildung und Sport bietet im Bereich der Beruflichen Schulen **spezielle schulische Angebote** für junge Asylbewerberinnen, Asylbewerber und Flüchtlinge an.

Zum Schuljahr 2015/2016 sind insgesamt 44 Berufsintegrationsklassen mit den Schwerpunkten Sprachförderung, sozialpädagogische Betreuung und Berufsintegration eingerichtet worden. Zusätzlich werden diese zum Schulhalbjahr 2016 um weitere 9 Berufsintegrationsklassen erweitert. Um den berufsschulpflichtigen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Flüchtlingen, deren Anzahl enorm gestiegen ist, eine berufliche Perspektive zu geben, ist eine kontinuierliche Erhöhung der Berufsintegrationsklassen zum Schuljahr 2016/2017 in Planung.

Auch **IsuS** (Integration durch Sofortbeschulung und Stabilisierung) ist eine Einrichtung mit dem Ziel, den jungen Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Flüchtlingen unmittelbar nach ihrer Ankunft durch Beschulung (Alphabetisierung) und sozialpädagogische Betreuung einen Halt sowie eine Perspektive zu geben.

Ein weiteres Angebot für diesen Personenkreis ist **SchlaU** (schulanaloger Unterricht). An diesem Lernort erhalten die Berufsschulpflichtigen schulanalogen Unterricht mit den Zielen Sprachförderung, Berufsorientierung und -integration sowie Absolvieren von Schulabschlüssen (erfolgreicher und qualifizierender Mittelschulabschluss).

Doch Inklusion und Sprachförderung fangen bereits viel früher an. Dies sind bereits vorrangige Aufgaben in den Münchner Kindertageseinrichtungen. Durch gezielte Angebote werden hier insbesondere zugewanderte Kinder und Eltern dabei unterstützt, möglichst frühzeitig die deutsche Sprache zu erlernen, mit anderen Kindern und Eltern in Kontakt zu kommen und weiterführende Hilfe und Unterstützung zu erhalten.

Nähere Informationen rund um das Thema Flüchtlinge in München können auch abgerufen werden unter: www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Fluechtlinge.



Umgang mit Versammlungen und Aktivitäten verschiedener Gruppierungen

Dass München eine offene, tolerante und bunte Weltstadt ist, hat 2015 der Umgang mit der Flüchtlingsthematik gezeigt. Und die „Weltstadt mit Herz“ steht auch für eine aktive Veranstaltungs- und Versammlungskultur. Als Großstadt verzeichnet München jährlich eine Vielzahl von Anlässen, die sowohl kultureller als auch politischer Art sind.

In diesem Zusammenhang muss München aber auch damit umgehen können, dass Gruppierungen aus vielen Bereichen aktiv die Möglichkeiten nutzen, ihre Einstellungen, Meinungen und Ideologien zu verschiedenen Themen zu bekunden.

Damit es bei solchen Ereignissen nicht zu sicherheitsrelevanten Störungen kommt, muss auch die Stadtverwaltung – zusätzlich zu den Maßnahmen der Polizei – entsprechende Vorkehrungen treffen. 2015 war das unter anderem während der Sicherheitskonferenz oder der Eröffnung des NS-Dokumentationszentrums erforderlich.

Sicherheitskonferenz 2015

Die 51. Münchner Sicherheitskonferenz – das erste politisch weltweit beachtete Ereignis des Jahres in München – fand vom 6. bis 8. Februar 2015 im Bayerischen Hof statt und galt als Generalprobe für den G7-Gipfel im Juni des Jahres.

An der Konferenz nahmen zirka 300 Staats- und Regierungsvertreter teil. Veranstalter der Konferenz war die Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz (gemeinnützige) GmbH. Ein beherrschendes Thema der Konferenz war unter anderem der islamistische Terrorismus.

Das Veranstaltungs- und Versammlungsbüro des Kreisverwaltungsreferates erließ zum Schutz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Allgemeinverfügung für die Einrichtung eines Sicherheitsbereichs im Umgriff des Hotels.

Auch der Bereich Veranstaltungssicherheit der Branddirektion war wieder weit im Vorfeld in die Sicherheitskonzeption eingebunden und stand beratend zur Verfügung. Im Sicherheitsbereich des Tagungshotels



waren durchgehend Beamte vor Ort, um die Sicherheitsvorkehrungen zu prüfen und um im Gefahrenfall zeitnah tätig werden zu können.

Die verschiedenen Versammlungen in der Innenstadt unter Bezugnahme auf die Sicherheitskonferenz verliefen weitgehend störungsfrei. Bei der sich fortbewegenden Versammlung am 7. Februar 2015 nahmen in der Spitze bis zu 4.000 Personen am Demonstrationsgeschehen teil. Die Versammlung verlief weitgehend friedlich. Der Veranstalter verkürzte den angemeldeten Zugweg, da es am Viktualienmarkt zu einem längeren Stopp wegen einer Verknotung der Seitentransparente gekommen war.

NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht

Die grausame Mordserie des rechtsextremistischen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), die vor dem Oberlandesgericht verhandelt wird, hat Gefahren des Rechtsterrorismus deutlich gemacht. Rechtsterroristische Taten können – insbesondere wenn sie von Einzelpersonen oder Kleinstgruppen begangen werden – zu keiner Zeit ausgeschlossen werden.

Bei dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) handelt es sich um eine rechtsextreme terroristische Vereinigung in Deutschland, die unter anderem laut Anklageschrift für die Ermordung von neun Mitbürgern türkischer und griechischer Herkunft aus rassistischen und staatsfeindlichen Gründen verantwortlich ist. Dabei ist Ralf Wohlleben einer der Angeklagten, der mit der Unterstützung des NSU in Verbindung gebracht wird und sich seit seiner Verhaftung im Jahr 2011 in Untersuchungshaft befindet.

Für den 3. März 2015 zeigte ein amtsbekannter Rechts-extremist für die Partei „Die Rechte“ eine stationäre Versammlung unmittelbar vor dem Haupteingang des Oberlandesgerichtes mit dem Thema „Schluss mit dem NSU-Schauprozess – Freiheit für Ralf Wohlleben!“ an. Das Kreisverwaltungsreferat musste davon ausgehen, dass der Haupteingang an diesem Hauptverhandlungstag des NSU-Prozesses auch von den Angehörigen der Opfer der NSU-Mordserie genutzt würde. Ein hohes Presseaufkommen war bereits angekündigt. Um die entsprechend seelisch belasteten Angehörigen der Mordopfer zu schützen, wurde seitens des Kreisverwaltungsreferates verfügt, dass der Aufstellungsort zirka 200 Meter entfernt vom Haupteingang auf der gegenüberliegenden Straßenseite zu erfolgen habe. Die Versammlungsbehörde kam darüber hinaus zum Schluss, dass die Art und Weise der Durchführung der Versammlung von der Öffentlichkeit als grob anstößig empfunden werden würde. Ginge es – so die Argumentation der Versammlungsbehörde – dem Veranstalter nur um Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung, wäre das Abhalten der Versammlung in gleich geeigneter Weise am Verlegungsort in Sichtweite möglich, dann aber mit erheblich abgeschwächter Provokationswirkung.

Das Verwaltungsgericht München und der Bayerische Verwaltungsgerichtshof gelangten hingegen zur Auffassung, dass den Versammlungsmodalitäten keine eindeutige Stoßrichtung gegen das Gedenken der Angehörigen an die Todesopfer des NSU-Terrors zu entnehmen gewesen sei und dadurch kein ehrverletzendes oder ein die Menschenwürde absprechendes Verhalten erkennbar sei. Zudem hätten die Prozessbeteiligten und -beobachter die Möglichkeit, auf dem weitflächigen Vorplatz des Oberlandesgerichtes auszuweichen, da mengenmäßig ohnehin nur eine sehr kleine Versammlung angezeigt sei.

Weitere Ausführungen zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Entwicklungen im Berichtsjahr finden sich im zweiten Teil des Sicherheitsberichtes.

Eröffnung des NS-Dokumentationszentrums

Am 30. April 2015 wurde in München das NS-Dokumentationszentrum eröffnet, ein Lern- und Erinnerungsort, der sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der Stadt und den Ursachen, Ausprägungen und Folgen der NS-Diktatur auseinandersetzt. Die Eröffnung stellte für die Stadt München ein wichtiges Ereignis mit weltweiter Beachtung dar und erforderte besondere Sicherheitsmaßnahmen.



Ein historisch sensibler Ort, ein ebensolches Datum (der 70. Jahrestag der Befreiung Münchens durch US-amerikanische Truppen) sowie großes Medieninteresse und hochrangige internationale Gäste machten eine äußerst sorgfältige Vorbereitung des Ablaufs besonders in sicherheitstechnischer Hinsicht erforderlich. Da auch rechtspopulistische Gruppierungen diese Veranstaltung als Plattform zur Meinungskundgabe nutzen wollten, musste hier eine detaillierte Sicherheitskonzeption gemeinsam mit dem Organisationsteam des Kulturreferates und des NS-Dokumentationszentrums zur Sicherstellung eines reibungslosen Ablaufes erarbeitet werden. Dies geschah in enger Zusammenarbeit mit dem Veranstaltungs- und Versammlungsbüro und der Branddirektion des Kreisverwaltungsreferates sowie der Polizei. Um bei Problemen gegebenenfalls adäquat reagieren zu können, wurde der Festakt durchgängig vor Ort begleitet.

Neben Münchner Ehrenbürgern sowie führenden Vertretern der Opfergruppen des NS-Terrors waren auch Zeitzeugen als Ehrengäste geladen: KZ-Überlebende, münchenstämmige Verfolgte des NS-Regimes und an der Befreiung Münchens beteiligte Veteranen der US-Army, die teilweise eigens aus den USA, Israel oder Großbritannien anreisten. Hinzu kamen hochrangige

Vertreter der lokalen, der Landes- und der Bundespolitik sowie aus den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft.

Aus Kapazitätsgründen fand der Festakt nicht im NS-Dokumentationszentrum, sondern im benachbarten Amerikahaus statt. Im Anschluss wurden die Gäste über einen eigens für diesen Anlass erstellten Weg vom Amerikahaus durch den Garten und über die Brienner Straße in das NS-Dokumentationszentrum zur Besichtigung des Hauses geleitet.

Eine entsprechend große Sicherheitszone musste geschaffen werden. Sperrungen in der Brienner Straße und am Karolinenplatz sowie eine Unterbrechung des Trambahnverkehrs am Karolinenplatz waren erforderlich. Das Sicherheitskonzept sah unter anderem eine mehrstufige Einlasskontrolle der geladenen Gäste und akkreditierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Veranstaltung, einen eigenen Pressebereich mit separater Einlasskontrolle sowie eine weiträumige Absperrung und polizeiliche Überwachung der Sicherheitszone vor, die durch verschiedene Maßnahmen im Vorfeld „safe“ gemacht worden war. Polizei, private Sicherheitsdienste und alle beteiligten städtischen Referate arbeiteten von der Anbahnung bis zum Ende der Veranstaltung in enger Abstimmung Hand in Hand.

Ein amtsbekannter Rechtsextremist meldete zunächst als Vertreter der Partei „Die Rechte – Kreisverband München“, später als Privatperson für den 30. April 2015 eine Versammlung mit dem Thema „Gegen anti-deutschen Schuld kult – Weg mit dem NS-Dokumentationszentrum!“ an. Als Veranstaltungsort wählte er den Karolinenplatz 3, direkt vor dem Eingangsbereich zum Amerikahaus.

Da eine solche Versammlung die Würde der Opfer des Nationalsozialismus an diesem Tag gefährdet hätte, wurde die Demonstration vom Kreisverwaltungsreferat auf den 2. Mai 2015 verlegt. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof entschied jedoch, dass den Veranstaltern das volle Demonstrationsrecht zu gewährleisten sei, solange es keine konkrete Prognose für einen unfriedlichen oder gewalttätigen Verlauf gäbe. Zudem könne nicht gesichert von einer Beeinträchtigung der Würde der Opfer ausgegangen werden, da es an einer eindeutigen Stoßrichtung gegen das Gedenken der Opfer des NS-Regimes ermangele. Das Gericht war der Argumentation der Stadt, die unter anderem darauf hinwies, es könne den angereisten Überlebenden des NS-Terrors nicht zugemutet werden, mit lärmenden Neonazis konfrontiert zu werden, leider nicht gefolgt.

Gerichtlich durchgesetzt werden konnte hingegen, dass die Versammlung nicht – wie ursprünglich angemeldet – direkt vor dem Eingang des Amerikahauses durchgeführt werden durfte. Es wurde eine räumliche Verlegung der Demonstration vom zunächst vorgesehenen Karolinenplatz in die Max-Joseph-Straße erreicht, sodass die spärlichen Demonstranten wenig zu sehen, aber aufgrund der elektrischen Verstärkung leider umso mehr zu hören waren. Zahlreiche Gegendemonstranten hielten lautstark dagegen.

Diese akustische Beeinträchtigung des Umfelds der Festlichkeiten störte jedoch den reibungslosen Ablauf des Festaktes nicht. Auch die weiteren Veranstaltungen in der Eröffnungswoche – zum Beispiel mehrere Abendempfänge für geladene Gäste im NS-Dokumentationszentrum – konnten wie geplant und ohne jegliches Sicherheitsproblem durchgeführt werden.

Das Interesse an der Aufklärung und der Thematik der NS-Verbrechen ist groß. Inzwischen besuchten bereits mehr als 200.000 Personen das NS-Dokumentationszentrum. Darunter waren über 400 Schulklassen, die die Ausstellung, das Bildungsprogramm und das Medienangebot intensiv genutzt haben. Das Angebot des NS-Dokumentationszentrums ist vielfältig: Neben der Dauerausstellung, wechselnden Sonderausstellungen, dem Lernforum und dem umfassenden Bildungsangebot wird quartalsweise ein neues Veranstaltungsprogramm mit Vorträgen, Tagungen, Podiumsdiskussionen und vielem mehr konzipiert.



Die Beschäftigung mit der NS-Zeit schärft das Bewusstsein für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und ist somit seitens des Kulturreferates ein Teil der kommunalen Präventionsarbeit. Diese Arbeit in den Handlungsfeldern der kulturellen und interkulturellen Bildung, nicht zuletzt hinsichtlich Toleranz und Demokratieverständnis, ist zweifellos wichtig. Das zeigen

zum Beispiel antisemitische Vorfälle, zu denen es im vergangenen Jahr kam. So wurden Bilder einer Ausstellung vor dem Jüdischen Gemeindezentrum auf dem Sankt-Jakobs-Platz geschändet und mit Hitler-Bärten versehen; das Haus der Kunst wurde während einer Ausstellungseröffnung mit Hakenkreuzen beschmiert. Die Arbeit des NS-Dokumentationszentrums hinsichtlich Prävention und Aufklärung bildet einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Extremismus und Terror und muss daher auch künftig fortgesetzt werden.

G7-Gipfel

Deutschland war am 7. und 8. Juni 2015 Gastgeber des 41. Treffens der Staats- und Regierungschefs der sechs größten westlichen Industriestaaten und Japans. Das Treffen der Gruppe der Sieben fand in Krün (Landkreis Garmisch-Partenkirchen) im Freistaat Bayern statt und wurde auf Schloss Elmau abgehalten. Auch das Schloss Kranzbach wurde vor und während des Gipfels von der deutschen Bundesregierung genutzt. Da Deutschland nach dem G7-Gipfel 2014 in Brüssel die G7-Präsidentschaft bis Ende 2015 übernommen hat, wurde die Konferenz von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel geleitet. Das sechste Gipfeltreffen in Deutschland nach Bonn (1978, 1985), München (1992), Köln (1999) und Heiligendamm (2007) stand unter dem Motto „An morgen denken. Gemeinsam handeln.“

Schloss Elmau befindet sich zwar zirka 100 km südlich von München. Trotzdem hatte der Gipfel auch große Auswirkungen auf die Landeshauptstadt München. Vor und während des Gipfeltreffens gab es massive Sicherheitsvorkehrungen.

Das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr hatte sehr allgemein gehaltene Planungsziele für den G7-Gipfel formuliert. Eine Konkretisierung dieser Ziele in echte Schutzziele, damit eine reale Bemessung der erforderlichen Einsatzeinheiten und Vorhalteeerhöhungen erfolgen könnte, nahm das Innenministerium nicht vor. Deshalb entwickelte die Branddirektion die folgenden **Planungsszenarien** für die Landeshauptstadt München. Die Planungen orientierten sich an einer Risikobetrachtung, die die Eintrittswahrscheinlichkeit und das Schadenausmaß berücksichtigt.

I. Besondere Themenschwerpunkte 2015

- Eine Demonstration mit Auseinandersetzungen zwischen Gipfelgegnern und Polizei; unter Einsatz von Wasserwerfern mit Zusätzen.

Eintrittswahrscheinlichkeit: gering

Schadenausmaß: begrenzte Personenzahl (zirka betroffene **300 Personen**); Schwerpunkt des Verletzungsmusters liegt bei **Sichtungskategorie III bis unverletzt**.

Ziel der Planung ist es, alle kontaminierten Personen/ Verletzten direkt an der Einsatzstelle zu dekontaminieren und somit eine Verschleppung der Reizstoffe in die Rettungstransportwagen (RTW)/Krankentransportwagen (KTW) oder gar in die Notaufnahmen der Kliniken zu verhindern. Von Dekontaminationseinrichtungen an den Kliniken wird abgesehen.

- Einzelattacken von Gipfelgegnern gegen die Polizei mit Einsatz unbekannter Substanzen.

Eintrittswahrscheinlichkeit: mittel

Schadenausmaß: begrenzte Personenzahl (zirka betroffene **20 Personen**); Schwerpunkt des Verletzungsmusters liegt bei **Sichtungskategorie III bis unverletzt**.

Ziel der Planung ist es, alle kontaminierten Personen/ Verletzten an der Einsatzstelle zu dekontaminieren und somit eine Verschleppung der Reizstoffe in die RTW/KTW oder gar in die Notaufnahmen der Kliniken zu verhindern. Von Dekontaminationseinrichtungen an den Kliniken wird abgesehen.

- Demonstration mit gewalttätigen Aktionen von Gipfelgegnern (Steinwürfe gegen die Polizei, Rängeleien, Gedränge/Geschiebe). Dabei Beschädigung von Gebäuden, Fenstern, Fahrzeugen, Verkehrszeichen und ähnlichem, Klein- und Mittelfeuer durch Brandstiftung.

Eintrittswahrscheinlichkeit: gering

Schadenausmaß: lokal begrenzt (zirka betroffene **150 Personen**); Schwerpunkt des Verletzungsmusters liegt bei **Sichtungskategorie III / Sichtungskategorie II**.

- Lokal begrenzter Anschlag mit konventionellen Mitteln (zum Beispiel Sprengsatz ohne AC-Zusatz, keine großflächige AC-Lage) oder Amoklauf (zum Beispiel Fahrzeug in Menschenmenge).

Eintrittswahrscheinlichkeit: mittel.

Erhöhte Eintrittswahrscheinlichkeit gegenüber der Normallage in München. Szenario gewinnt durch den Terroraufruf der IS gegen europäische Verkaufsstätten gerade für München im Gipfel-Zeitraum besonderes Gewicht, weil die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf Bayern gerichtet ist.

Schadenausmaß: lokal begrenzt (zirka betroffene **250 Personen**); übliche Verteilung der Verletzungsschwere (**20 Prozent Sichtungskategorie I / 20 Prozent Sichtungskategorie II / 60 Prozent Sichtungskategorie III**).

Auf dieser Grundlage wurden die erforderlichen Maßnahmen in enger Abstimmung mit dem Polizeipräsidium München, dem Technischen Hilfswerk, der Freiwilligen Feuerwehr, den Rettungsdienstunternehmen und den Hilfsorganisationen für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr getroffen. Als Planungs- und Einsatzzeitraum galten die Tage von Samstag, 30. Mai, bis Montag, 8. Juni 2015. In diesem Zeitfenster waren auf dem Stadtgebiet weitere Ereignisse mit G7-Bezug zu verzeichnen.

So fand am 3. und 4. Juni 2015 in München ein „Gipfel der Alternativen“ statt. Zu den behandelten Themen gehörten die Politik der G7, globale Machtverhältnisse, die Wiederkehr von Kriegen, der Klimawandel sowie Flucht und Migration.



Zum „Gipfel der Alternativen“ erfolgte am 4. Juni 2015 auch eine Großdemonstration. Es demonstrierten laut Polizeiangaben über 34.000 Menschen unter dem Motto „TTIP stoppen – Klima retten – Armut bekämpfen“ gegen das Treffen der G7 und insbesondere gegen das geplante Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP). Aufgerufen hatte der Verein Naturfreunde Deutschlands e.V. mit verschiedenen Organisationen, unter anderem Attac, Bund Naturschutz in Bayern, Bündnis 90/Die Grünen in Bayern, Campact, Die Linke, Oxfam, deutsche Welthungerhilfe und andere Parteien und Nichtregierungsorganisationen.

Da sich die Lage aufgrund der Erkenntnisse der Polizei und der Nachrichtendienste täglich veränderte, war es nicht möglich, bereits im Vorfeld des Einsatzzeitraumes eine verbindliche, fixierte Einsatzplanung zu erstellen. Vielmehr mussten Einsatzkräfte und Führungskomponenten sehr flexibel auf Erhöhungen (und Absenkungen) des Risikos reagieren können. Hierfür wurde das bereits vom Oktoberfest bekannte System der „Risikostufen“ modifiziert und erweitert:

Stufe „weiß“ = Regelbetrieb
Stufe „grün“ = Lagebeobachtung
Stufe „gelb“ = Führungsbereitschaft
Stufe „rot“ = Einsatzbereitschaft München
Stufe „blau“ = Einsatzbereitschaft München + externe Einheiten

Je nach tatsächlicher Risikostufe des konkreten Tages waren deshalb unterschiedlich viele Einsatzkräfte von Feuerwehr, ABC-Dienst und Rettungs-/Sanitätsdienst im Dienst oder in Rufbereitschaft.

Die Versammlungen und Aufzüge in München verliefen sehr friedlich und auch seitens der Sicherheitsbehörden lagen keine Erkenntnisse über Anschlagsvorbereitungen oder Gewaltattacken vor. Daher konnte der tatsächliche Einsatz auf einen Tag in Stufe „blau“ (Großdemonstration am Donnerstag, 4. Juni) und einen Tag in Stufe „rot“ (Samstag, 6. Juni) konzentriert werden.

Da die Schutzziele die Leistungsfähigkeit des Rettungs-/Sanitätsdienstes und des Katastrophenschutzes in München deutlich überstiegen, mussten externe Einsatzkräfte aus ganz Bayern in die Einsatzplanung einbezogen werden. Für München standen zwei Hilfeleistungskontingente Sanität/Transport und ein Hilfeleistungskontingent Sanität/Standard (= Behandlungsplatz) bereit. Unterstützung war auch auf dem Gebiet der Dekontamination von Personen und von Verletzten erforderlich. Hierfür waren zwei Einheiten aus Nordbayern anwesend. Am Tag der Stufe „blau“ waren 230 externe Einsatzkräfte und 490 Münchener Einsatzkräfte von Feuerwehr, Technischem Hilfswerk und Rettungs-/Sanitätsdienst zusätzlich zur normalen Regelvorhaltung im Dienst.

Der Einsatz konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Es kam zu keinen ernsthaften Zwischenfällen. Aufgrund der sehr warmen Witterungsverhältnisse kam es lediglich zu einem erwähnenswerten Einsatz, bei dem eine Gruppe von Versammlungsteilnehmern mit Trinkwasser versorgt werden musste. Im Rahmen der Vorbereitung des Treffens der sieben Regierungschefs am 7. und 8. Juni 2015 wurde durch die Branddirektion in Zusammenarbeit mit dem Veranstaltungs- und Versammlungsbüro des Kreisverwaltungsreferates die Versammlungslage beobachtet und auch hinsichtlich möglicher Auswirkungen für den Abwehrenden Brandschutz bewertet.

In München wurden im Zeitraum vom 30. Mai 2015 bis 6. Juni 2015 insgesamt 11 Versammlungen oder Kundgebungen im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel abgehalten. Zudem fand am 6. Juni anlässlich des anstehenden G7-Gipfels ein Konzert statt. Gemeinsam mit den Bürgern der Isarmetropole und Gästen aus aller Welt wurde hier zu mehr Einsatz im Kampf gegen Armut aufgerufen. Die Organisatoren des Großkonzertes am Königsplatz „United against poverty – zusammen gegen Armut“ wurden durch die Branddirektion intensiv beraten, beginnend bei der Wahl des Veranstaltungsortes. Anschließend wurden die Veranstaltungskonzeption und das Sicherheitskonzept geprüft und Auflagen erstellt. Die Veranstaltung wurde vor Ort überprüft und betreut.

Parallel zu den Ereignissen mit G7-Bezug galt es zudem, weitere besondere Ereignisse wie „Rockavaria“, die Pegida-Aufzüge und die Fronleichnamsprozession abzusichern. Trotzdem kam es zu keinen größeren Störungen während des G7-Gipfels. Alle Aktionen der Gipfelgegner verliefen friedlich. Die befürchteten gewalttätigen Proteste durch Globalisierungskritiker blieben aus. Zudem zeigte sich der Veranstalter der „Großdemo am 4. Juni 2015“ gegenüber der Polizei und der Versammlungsbehörde sehr kooperativ.

GIDA-Bewegungen in München

Die erste Kundgebung mit dem Namen „BAGIDA“ („Bayern gegen die Islamisierung des Abendlandes“) in München fand am 12. Januar 2015 nach dem Dresdner Vorbild statt. Seit Anfang September 2015 wurden die sogenannten Montagsspaziergänge von Pegida – München e.V. („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) angemeldet.



Die **regelmäßigen Pegida-Demonstrationen** ließen die Münchner Stadtgesellschaft nicht unberührt. Der fremdenfeindlichen Bewegung ist in ihrer politischen Aussage wesensimmanent, dass sie dem Islam seine Existenzberechtigung in Deutschland pauschal abspricht und die Weltreligion per se als gewaltbereit diffamiert. Aktuell finden sich unter den Pegida-Teilnehmerinnen und -teilnehmern rechtsextreme Kader, unter anderem aus der „BIA“, „Die Rechte“ oder der „Identitären Bewegung“.

Die zunehmende Radikalisierung von Pegida und die fehlende Distanzierung von rechtsextremistischen Mitläufern führte dazu, dass seitens des Kreisverwaltungsreferates mehrmals der Versuch unternommen wurde, die Versammlungen von NS-symbolträchtigen Orten und Tagen fernzuhalten. Dies geschah zuletzt im Rahmen einer zeitlichen Verlegung für die angemeldete Versammlung am 9. November 2015.

In den von dem Veranstalter angestrebten Gerichtsverfahren unterlag das Kreisverwaltungsreferat jedoch mehrfach. Das Verwaltungsgericht München entschied, dass in der Abhaltung der Versammlung keine eindeutige Stoßrichtung gegen das Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus hinreichend erkannt werden konnte. Das Gericht führte weiter aus, dass weder das Versammlungsthema noch die konkreten Begleitumstände

ein ehrverletzendes oder ein die Menschenwürde absprechendes Verhalten begründen würden. Die von der Behörde aufgeführten rechtsextremen Vorkommnisse wären entweder nicht der Versammlung zurechenbar gewesen oder hätten nicht die Schwere erreicht, die die höchstrichterliche Rechtsprechung einfordere.

Obwohl die umfassenden Güterabwägungen im Rahmen der Pegida-Versammlungen sehr zeit- und arbeitsintensiv sind und mit der derzeitigen personellen Besetzung des Versammlungsbüros dauerhaft in der gebotenen Qualität nur bedingt leistbar sind, wird das Kreisverwaltungsreferat trotz der gerichtlichen Niederlagen weiterhin jeden Einzelfall betrachten und prüfen, ob ein Einschreiten gegen Pegida möglich ist.

Vor dem Hintergrund starker demokratischer Gegendemonstrationen konnte Pegida in München jedoch nicht zu einer größeren Bewegung werden, sondern blieb weitgehend marginalisiert, wobei die Teilnehmerzahl gegen Ende 2015 wieder anstieg. Konnte die Bewegung zu Beginn noch bis zu 1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer für ihre Umzüge mobilisieren, war diese Zahl bald stark rückläufig und beschränkte sich bis Ende des Jahres auf durchschnittlich 200 bis 300 Personen.



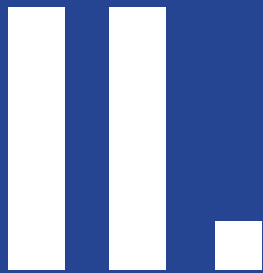
Anfang 2015 gab es anlässlich der ersten Pegida-Versammlungen große Gegendemonstrationen. So rief das Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat gemeinsam mit dem Verein „München ist bunt!“ und „Bellevue di Monaco“ unter dem Motto „Für ein buntes und weltoffenes München – Gegen Pegida, Bagida & Co“ zum Widerstand gegen die verschiedenen Gruppierungen von Islamkritikern auf. Zur Kundgebung auf dem Sendlinger-Tor-Platz kamen rund 20.000 Menschen, um ein Zeichen gegen Rechts zu setzen. Weitere Veranstaltungen folgten – zum Beispiel eine Friedenskette, an der erneut rund 15.000 Men-

schen teilnahmen. Die Stadtgesellschaft setzte damit ein klares Zeichen für Toleranz und ein friedliches Miteinander.

Die Landeshauptstadt München hat sich hier von Beginn an deutlich positioniert. Versuche von Pegida, einen Aufruf von Münchens Oberbürgermeister Reiter zur Teilnahme an einer Gegendemonstration verbieten zu lassen, blieben erfolglos. Das Verwaltungsgericht München lehnte den Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen den Oberbürgermeister ab.

Die Präsenz im Münchner Stadtbild erreichten die Pegida-Demonstrationen weniger durch eine hohe Mobilisierungsfähigkeit – der Kreis der Teilnehmenden blieb sehr begrenzt – sondern eher durch die Häufigkeit der Demonstrationszüge und Kundgebungen sowie durch die bewusste Wahl sensibler Orte für Kundgebungen, wie beispielsweise den Odeonsplatz vor der Feldherrnhalle.





Weitere sicherheitsrelevante Themen 2015

Sicherheit im öffentlichen Raum und subjektive Sicherheit

Verbraucherschutz

Maßnahmen im Zusammenhang mit Zuwanderinnen und
Zuwanderern aus EU-Staaten in prekären Lebensverhältnissen
(Armutszuwanderung) und Obdachlosen

Maßnahmen zum Schutz von Kindern, Jugend und Familie

Maßnahmen zum Schutz vor Krankheiten

Umgang mit atypischen Gefahrenlagen

Bußgeldverfahren



Sicherheit im öffentlichen Raum und subjektive Sicherheit

Verstöße und Störungen durch Personen im öffentlichen Raum

Das kontinuierliche Bevölkerungswachstum in München führt zwangsläufig dazu, dass der knappe öffentliche Raum immer stärker frequentiert und vielfältiger genutzt wird. Damit einhergehend kommt es fast zwangsläufig zu vermehrten Nutzungskonflikten und einem Anstieg der Sicherheits- und Ordnungsstörungen. Um gerade diesen Konflikten im öffentlichen Raum effektiver begegnen zu können, nehmen sich viele Akteure dieser Problematik an. Es werden sowohl verstärkt Maßnahmen der einzelnen Referate ergriffen als auch die referatsübergreifende Kommunikation in verschiedenen Zusammenschlüssen und Arbeitskreisen vertieft, um gemeinsam eine Lösung zu finden.

Sicherheits- und Aktionsbündnis Münchner Institutionen (S.A.M.I.)

S.A.M.I. setzt sich aus einem engen und einem erweiterten Teilnehmerkreis zusammen. Der enge Kreis besteht aus dem Polizeipräsidium München, dem Kreisverwaltungsreferat, dem Sozialreferat und dem Referat

für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München. Dieser Kreis wird je nach Bedarf um weitere städtische Referate und sonstige Behörden oder Institutionen, wie beispielsweise das Baureferat, die Bundespolizei, die Münchner Verkehrsgesellschaft mbH oder die Deutsche Bahn AG, erweitert.



Am 26. November 2015 fand zwischenzeitlich die 23. Arbeitssitzung des Sicherheits- und Aktionsbündnisses Münchner Institutionen statt. Durch aktive Präventionsarbeit sollen Probleme in einem ressortübergreifenden Ansatz frühzeitig erkannt, rascher gelöst und so das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung weiter nachhaltig gestärkt werden. Durch ganzheitliche Betrachtung und ein abgestimmtes Vorgehen aller tangierten Stellen können umfassende und angemessene Lösungsstrategien für Problembereiche – gegebenenfalls auch schon im Vorfeld strafrechtlich relevanter Verhaltensweisen – entwickelt werden.

Schwerpunkte der Arbeit des Aktionsbündnisses sind die Beobachtung von Treffpunkten von Angehörigen sozialer Randgruppen, wenn diese mit szenetypischen

Sicherheits- und Ordnungsstörungen einhergehen, und die Abstimmung notwendiger Maßnahmen mit allen beteiligten Behörden, um koordiniert und zielorientiert an einer Problemlösung zu arbeiten (wie durch die Intensivierung polizeilicher Kontrollen, das Erlassen von Zwangsgeldbewehrten Aufenthaltsverboten, personell verstärkte Streetworkarbeit oder die Verringerung der sogenannten „Rückzugsräume“ für die Szeneangehörigen in den öffentlich zugänglichen Bereichen durch gestalterische Maßnahmen).

„Cool bleiben – friedlich feiern in München“

Bereits 2012 haben die Stadt München, das Polizeipräsidium sowie Betreiber der betroffenen Innenstadtklubs unter dem Motto „Cool bleiben – friedlich feiern in München“ ein gemeinsames Vorgehen gegen Gewalttäter im Nachtleben entwickelt und ein gemeinsames Maßnahmenbündel beschlossen.

Seitdem erlässt das Kreisverwaltungsreferat – neben den polizeilichen Maßnahmen, den Hausverboten der Wirte und den präventiven Tätigkeiten des Stadtjugendamtes – hoheitliche Betretungsverbote gegen auffällige Gewalttäter. Erlassen werden diese gegen Personen, die im Bereich der Innenstadtklubs zwischen Sendlinger Tor und Maximiliansplatz durch sogenannte Rohheitsdelikte (unter anderem Raub, gefährliche Körperverletzung, sexuelle Nötigung, Bedrohung) im Nachtleben auffällig wurden. Dadurch wird das Betreten der **„Feiermeile Innenstadt“** und insbesondere auch der beteiligten Clubs und Gaststätten im Zeitraum von 22 bis 7 Uhr für die Dauer von einem Jahr untersagt.

Im Jahr 2015 (2014/2013) hat das Kreisverwaltungsreferat insgesamt 5 (9/11) Betretungsverbote im Bereich der Feiermeile erlassen.

Im Rahmen des vierteljährlich tagenden Sicherheits- und Aktionsbündnisses Münchner Institutionen (S.A.M.I.) beobachtet das Kreisverwaltungsreferat gemeinsam mit den anderen Beteiligten, mit welchem Erfolg die im Rahmen des Konzepts „Cool bleiben – friedlich feiern in München“ getroffenen Maßnahmen tatsächlich greifen. Darüber hinaus wird im Rahmen von S.A.M.I. auch die Kriminalitätsentwicklung in anderen Bereichen des Münchner Nachtlebens im Auge behalten.

Angelehnt an das Vorgehen auf der Feiermeile kann und soll das Konzept von „Cool bleiben – friedlich feiern in München“ auch auf andere Örtlichkeiten, an denen eine verstärkte sicherheitsrechtliche Problematik gesehen wird, ausgeweitet werden und Anwendung finden.

2015 erfolgte dies für den Bereich des **Optimolgeländes**, der sich bis dahin nach Überzeugung des Kreisverwaltungsreferates und der Polizei zu einem sicherheitsrechtlichen Brennpunkt und Kriminalitätsschwerpunkt entwickelt hatte.

In diesem Bereich hat das Kreisverwaltungsreferat insgesamt sieben Betretungsverbote gegen Personen erlassen, die durch Gewaltdelikte auffällig wurden.

Betretungsverbote gegen gewaltbereite Fußballfans

Bei Fußballspielen der 1. und 2. Bundesliga sowie bei Champions-League-Begegnungen muss im Vorfeld von Seiten der Polizei geprüft werden, ob es zwischen den Fans der gegnerischen Mannschaften wegen bestehender Feindschaften oder Rivalitäten zu körperlichen Auseinandersetzungen kommen kann. Gewaltbereite Personen suchen aufgrund hoher Sicherheitsstandards in der Allianz-Arena oder dem Grünwalder Stadion die Auseinandersetzung vermehrt außerhalb der Stadien, vor allem im Bereich der U-Bahnhöfe, des Hauptbahnhofs und im weiteren Umfeld der Fußballstadien. Durch bewusste verbale Provokationen werden gezielt körperliche Auseinandersetzungen initiiert. Die Gewalt richtet sich nicht zwangsläufig nur gegen gegnerische Fans, sondern auch gegen Polizeibeamte und Unbeteiligte.

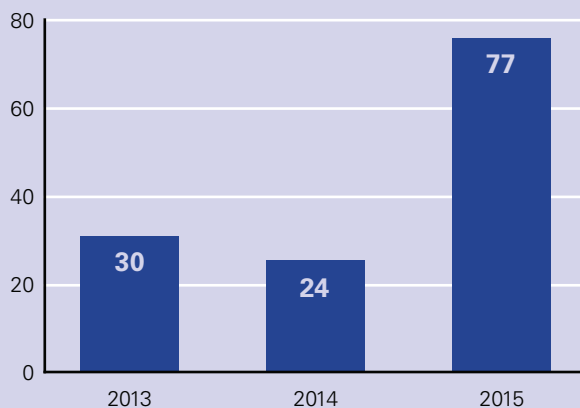
Zur Verhinderung des Aufeinandertreffens verfeindeter Personen oder Personengruppen erließ das Kreisverwaltungsreferat 2015 insgesamt 21 Betretungsverbote, die die gewaltbereiten Fußballfans am Betreten des Umfelds des Stadions, bestimmten U-Bahnhöfen oder kritischen Treffpunkten im Stadtgebiet hindern sollen. 2 dieser Betretungsverbote wurden für die komplette Fußballsaison ausgesprochen. Zudem ergingen 8 Ermahnungen.

Aufenthaltsverbote gegen Betäubungsmittelkonsumenten und -händler

Im Jahr 2015 (2014/2013) erließ das Kreisverwaltungsreferat 77 (24 /30) Aufenthaltsverbote für die Dauer von einem Jahr gegen wiederholt auffällige Konsumenten und Händler, um keine Szene-Treffpunkte für Betäubungsmittelkonsumenten sichtbar zu etablieren und dadurch neue Konsumenten anzulocken. Trotz höherer Deliktzahlen konnte wegen

fehlendem Wohnsitz nicht gegen alle Konsumenten oder Händler ein Aufenthaltsverbot erlassen werden.

■ Ergangene Aufenthaltsverbote



Die betroffenen Personen dürfen die verbotenen Bereiche zwar betreten, um zum Beispiel die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen oder Dinge des täglichen Lebens zu erledigen, sich aber nicht länger als 15 Minuten in diesen Bereichen aufhalten und auch keine Drogen erwerben oder veräußern.

Aufenthaltsverbote gegen „sonstige Störer“

Zusätzlich wurden im Bereich des Hauptbahnhofs Aufenthaltsverbote gegen Personen wegen Verunreinigungen oder Belästigungen von Passanten im Zusammenhang mit übermäßigem Alkoholgenuss (sogenannte „notorische“ Störer) erlassen oder gegen Personen, die durch Körperverletzungsdelikte polizeilich auffällig wurden.

2015 (2014/2013) wurden für den Bereich des Hauptbahnhofs insgesamt 12 Aufenthaltsverbote erteilt. Davon in 6 (29/32) Fällen gegen „notorische“ Störer. 6 (3/1) Personen erhielten ein Aufenthaltsverbot aufgrund körperlicher Auseinandersetzungen. Da nicht alle am Hauptbahnhof angetroffenen Personen eine aktuelle Meldeadresse haben, beziehen sich die hier genannten Zahlen lediglich auf die Fälle, in denen eine Zustellung der Bescheide auch möglich war.

Auch für die Bußgeldstelle des Kreisverwaltungsreferates lag ein Schwerpunkt der Ahndung auf dem Gebiet des Sicherheitsrechts 2015 am Münchener Hauptbahnhof. Um diesen herum, besonders am Bahnhofsvorplatz, kam es auch im Berichtsjahr wieder zu massiven

Beschwerden seitens der Passanten und Geschäftsleute wegen der sich dort zu etablieren drohenden Störerszene mit einhergehenden Beeinträchtigungen der Sicherheit und Ordnung. In diesem Zusammenhang wurden deshalb, nach entsprechenden Anzeigen der Polizei, Hunderte von Bußgeldverfahren wegen Belästigungen der Allgemeinheit, unzulässigen Beeinträchtigungen des Gemeingebrauchs und/oder Verunreinigungen öffentlichen Straßengrunds durchgeführt.

Insgesamt kam es dort zu 451 Ahndungen mit Geldbußen.

Das Kreisverwaltungsreferat hinderte 2015 (2014/2013) zudem 5 (6/5) Personen am Betreten des Frühlingsfestes auf der Theresienwiese, da diese im Vorjahr polizeilich auffällig waren.

Darüber hinaus wurden durch das Kreisverwaltungsreferat im Vorfeld und während des laufenden **Oktoberfestes** gegen 44 (51/59) Personen entsprechende Anordnungen in Form von Betretungsverböten erlassen, die auf dem Gelände des Oktoberfestes oder in unmittelbarer Umgebung Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten begangen hatten.

Maßnahmen wegen Delikten mit sexuellem Hintergrund

Das Kreisverwaltungsreferat erließ 2015 (2014/2013/2012), 2 (1/1/1) Kontakt- und Betretungsverböte gegen Personen, bei denen der Verdacht bestand, Kontakt zu Kindern zu suchen, um diese sexuell missbrauchen zu können. Anders als im Strafrecht kann die Sicherheitsbehörde – ohne einen konkreten Tatnachweis führen zu müssen – den Kontakt zu potenziellen Opfern verhindern und erschweren.

Zudem wurden 16 Ermahnungen gegen Sexualstraftäter ausgesprochen. 10 davon ergingen aufgrund verdächtigen Verhaltens gegenüber Kindern. In 6 anderen Fällen betrafen die Ermahnungen Vorfälle wegen sexueller Beleidigung gegenüber Frauen, davon 3 in verbaler oder tätlicher Form und 3 durch unangemessene Foto- oder Filmaufnahmen.

Zudem ergingen durch das Kreisverwaltungsreferat auch für das Oktoberfest 2015 (2014) 8 (2) Betretungsverböte aufgrund von Delikten mit sexuellem Hintergrund.

Betteln im öffentlichen Raum

Grundsätzlich ist das sogenannte „stille Betteln“ beziehungsweise das „Demutsbetteln“ in München zulässig. Eine Großstadt wie München muss akzeptieren, dass sich Menschen für diese Form des Lebensunterhaltes entscheiden und auch sichtbar sind. Lediglich im Bereich der Altstadt-Fußgängerbereiche-Satzung, auf dem Oktoberfest sowie im Bereich des Viktualienmarktes, der Grünanlagen-Satzung und der Stachusbauwerk-Satzung ist Betteln in jeglicher Form untersagt.

Insbesondere dann, wenn andere Bürgerinnen und Bürger durch bestimmte Verhaltensweisen der Bettler oder die Intensität des Bettelns (wie Verstellen der Gehwege) beeinträchtigt werden, spricht man von einer unerlaubten Sondernutzung, die eine Ordnungswidrigkeit oder eine Straftat darstellt wie bei Belästigung oder Nötigung.

Im Zuge der EU-Osterweiterung war es zu einem deutlichen Anstieg von südosteuropäischen Bettlern im Stadtgebiet München gekommen. Die daraufhin

gemeinsam in S.A.M.I. vereinbarten Maßnahmen gegen aggressives und organisiertes Betteln entfalteten im Laufe der Zeit nicht mehr die gewünschte Wirkung. Aufgrund dessen hatte das Kreisverwaltungsreferat in Abstimmung mit dem Polizeipräsidium München eine Allgemeinverfügung über die Untersagung bestimmter Formen des Bettelns in Teilen des Stadtgebietes München erlassen.

Seit Erlass der Allgemeinverfügung Betteln, die am 12. August 2014 in Kraft getreten war, ist die Zahl der verschiedenen Bettelformen zurückgegangen. Die Anzahl der Polizeianzeigen wegen Verstößen gegen die Allgemeinverfügung hat sich auf einem niedrigerem Level eingependelt als vor Beginn der Regelung. Zwar ist die Zahl der Bettelnden selbst nicht geringer geworden, nach subjektiver Einschätzung aber das Auftreten aggressiver Bettelformen. Ursache dafür könnte sein, dass es zwischenzeitlich bei den Bettelnden bekannt ist, dass aggressives Betteln zu verstärkten Maßnahmen führt. Ein Verdrängungseffekt in andere Stadtviertel konnte bislang aufgrund der eingehenden Meldungen von Polizei, Bürgerinnen und Bürgern nicht festgestellt werden.

Gebietsgrenzen Allgemeinverfügung



(c) Bayerische Landesvermessung

Hinsichtlich der Bettlerthematik lagen der Bußgeldstelle des Kreisverwaltungsreferates für 2015 (2014/2013) insgesamt 451 (599/439) Bettleranzeigen vor.

Davon

- im Bereich der Altstadt-Fußgängerbereiche-Satzung: 261 (382/284),
- im nicht satzungsrechtlich geschützten Bereich (Bayerisches Straßen- und Wegegesetz): 184 (201/155)
- im Bereich der Markthallensatzung: 6 (12/0)
- im Bereich der Grünanlagensatzung: 0 (4/0).

Maßnahmen im Hinblick auf Vandalismus

Das Kommunalreferat als Vertreter des Eigentums der Stadt München steht immer wieder vor der Herausforderung, dass in öffentlichen Einrichtungen wie beispielsweise den Kulturzentren für Bürgerinnen und Bürger vereinzelt Vandalismus- und Verschmutzungsschäden am und im Gebäude festzustellen sind. Insbesondere durch Jugendliche und junge Erwachsene, aber auch durch sogenannte „Wohnungsflüchter“, Personen die zwar eine Wohnung haben, sich aber mit Gleichgesinnten im öffentlichen Raum aufhalten und Alkohol konsumieren. Darüber hinaus kann es auch zu Diebstählen, Konflikten und Auseinandersetzungen mit Besuchern und dem Personal kommen. Aus diesem Grund werden, sofern erforderlich, Hausmeister ganztags vor Ort eingesetzt.

Darüber hinaus werden regelmäßig Gespräche mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen geführt. Teilweise werden Hausverbote ausgesprochen. Die Polizei wird bei Diebstählen informiert und eingeschaltet. Es erfolgt ein „Zivilcourage-Training“ für das Personal durch die Polizei. Die „Wohnungsflüchter“ werden von einem Sozialarbeiter betreut.

Es handelt sich hierbei um Einzelfälle. Bevor aber die Einrichtungen nachhaltig bei Besucherinnen und Besuchern in Misskredit geraten, schaltet das Kommunalreferat bei anhaltenden Schäden auch die Polizei ein.

Konfliktmanagement im Gemeinwesen – AKIM und SteG

In Großstädten wird der öffentliche Raum von vielen Menschen genutzt. Mit der Verdichtung der Bebauung nimmt auch der Bedarf an gegenseitiger Toleranz und

Rücksichtnahme zu. Mit den Konflikten, die entstehen können, befassen sich in München zwei Stellen im Amt für Wohnen und Migration: das allparteiliche Konfliktmanagement in München (AKIM) und die Stelle für Gemeinwesenmediation (SteG).



Das **allparteiliche Konfliktmanagement in München** ist zuständig für Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum – auf Straßen, Plätzen, Grünanlagen – wo Störungen auftreten, bei denen Beteiligte und Verantwortlichkeiten zunächst nicht klar sind. Wichtiges Ziel dabei ist, dass alle Menschen sich im öffentlichen Raum sicher und wohl fühlen können. Niemand soll vertrieben, sondern das Miteinander verträglich gestaltet werden. Das heißt konkret: Die Bedürfnisse der Anwohnerinnen und Anwohner werden genauso ernst genommen wie die Wünsche von Nutzergruppen, die durch ihre Präsenz oder ihr Verhalten Irritation hervorrufen. Hier gilt es, die Interessen und Ansprüche auszubalancieren.

Das **nächtliche Feiern** mit oder ohne Beteiligung von Gastronomie passt oft nicht zusammen mit den Wünschen von Anwohnerinnen und Anwohnern nach nächtlicher Ruhe und einem geordneten Lebensumfeld. AKIM unterstützt durch Koordination und Moderation der Maßnahmen zur Linderung des Problems, aber auch durch punktuelle nächtliche Einsätze am Feierort. 2015 war AKIM mit Schwerpunktprojekten im Bereich der Müllerstraße und am Gärtnerplatz im Einsatz.

Konfliktmanagerinnen und Konfliktmanager von AKIM informieren auch bei ausgewählten, besonders konfliktreichen Standorten von **Flüchtlingsunterkünften** die Anwohnerinnen und Anwohner in direkten Gesprächen über die neue Unterkunft, sammeln Befürchtungen und Hinweise der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner ein, um die Informationsveranstaltungen der Stadt München für die Anwohnerschaft zu verbessern.

Auch bei akuten Konflikten in Überbrückungsunterkünften unterstützt AKIM. In Gesprächen mit den Beteiligten werden die Problemlagen aufgenommen, eine engmaschige Weitergabe an die zuständigen Stellen ermöglicht und die Umsetzung sowie Rückkopplung an die Beteiligten koordiniert.

Auch das **Grillen** stellt ein spezielles Konfliktfeld im öffentlichen Raum dar. Der Wunsch nach nicht-kommerziellen Möglichkeiten, miteinander zu essen und zu feiern, führt zu Konflikten mit Anwohnerinnen und Anwohnern und anderen Nutzerinnen und Nutzern bezüglich des auftretenden Rauchs, Abfalls, Lärms und Vandalismus. AKIM hat 2015 das Nutzerverhalten der Grillenden im Westpark untersucht, auf ihr Verhalten eingewirkt und Vorschläge zur Bearbeitung der Konflikte aufbereitet.

Die **Stelle für Gemeinwesenmediation (SteG)** vermittelt bei Konflikten im gesamten Stadtgebiet, vor allem in den Bereichen Nachbarschaft, Wohnumfeld, Stadtteil, Schule, Kindertagesstätten und Ausbildung.

Im Jahr 2015 (2014/2013) gab es hier 143 (121/105) Fallanfragen.

Maßnahmen zur Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Die Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) – eine 100prozentige Tochtergesellschaft der Stadtwerke München GmbH (SWM) – ist als Betreiberin von U-Bahn, Tram und Bus in München für die Sicherheit der Kundinnen und Kunden zuständig.

Die Münchner U-Bahn-Bewachungsgesellschaft mbH (MUG) führt im Auftrag und nach Weisung der Stadtwerke München GmbH die Bewachung der U-Bahnanlagen durch.

Von der U-Bahnwache wurden im Jahr 2015 rund 185.000 Personal-Stunden im Außendienst erbracht, davon fast 90 Prozent (gut 160.000 Stunden) im uniformierten Streifendienst. Wegen hausrechtlich relevantem Fehlverhalten kam es dabei im Berichtsjahr (2014/2013) zu rund 3.000 (knapp 3.200/4.000) Personalienfeststellungen. Über 350 (fast 350/500) Hausverbote wurden gegen Störer ausgesprochen.

In 164 (172/254) Fällen wurden Straftaten festgestellt und entsprechende Strafanträge gestellt.

Die Zahl der Einsatzstunden der U-Bahnwache lag 2015 auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr. Die Zahl der Hausrechtsmaßnahmen lag geringfügig niedriger als 2014 und damit unter dem Mittelwert der letzten Jahre.

In den 100 Münchner U-Bahnhöfen befinden sich insgesamt 454 Notfallsäulen, deren Notruffunktion eine direkte Verbindung zum U-Bahnbetriebszentrum der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH herstellt.

Die Notrufsprechstellen in den Aufzügen im U-Bahnbereich verbinden ebenfalls mit dem U-Bahn-Betriebszentrum. Zur Sicherheit der Fahrgäste stehen darüber hinaus in allen U-Bahnwagen sowie in den Anhängern der Buszüge Notruf-Sprechstellen zur Verfügung.

Die U-Bahnhöfe werden durch über 1.500 (rund 1.500/1.400) Kameras überwacht, deren Bilder rund um die Uhr aufgezeichnet werden. Die erfassten Daten werden 7 Tage gespeichert und können im Bedarfsfall abgerufen und gesichert werden. Darüber hinaus sind mehr als 2.500 (2.400/2.000) Kameras in den Fahrzeugen der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH installiert. Die Zahl der Fahrzeuge mit Videokameras wird laufend erhöht. Hier zeichnen lokale Datenträger zirka 48 Stunden auf.

Viele wichtige Informationen zum Thema Sicherheit finden sich auf der Internetseite der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH unter www.mvg.de/services/fahrgastservice/sicher-unterwegs sowie der U-Bahnwache unter www.muenchner-u-bahnwache.de. Zusätzlich wird regelmäßig in den sozialen Medien über Sicherheitseinrichtungen und Verhaltenstipps informiert (wie auf www.youtube.com/user/MVGservice).

Veranstaltungen und Versammlungen

Das Kreisverwaltungsreferat ist Sicherheits- und Erlaubnisbehörde im Bereich Veranstaltungen.

Je nach Örtlichkeit (Privatgrund oder öffentlicher Grund) und je nach Art der geplanten Veranstaltung werden die konkret notwendigen sicherheitsrechtlichen **Maßnahmen gegenüber den Veranstaltern** erlassen, um

Besucherinnen und Besucher sowie die weiteren Betroffenen (zum Beispiel Anlieger, Verkehrsteilnehmer) vor Gefahren zu schützen.

Eine enge Zusammenarbeit des Veranstaltungs- und Versammlungsbüros mit der Branddirektion und der Verkehrsabteilung des Kreisverwaltungsreferates sowie dem Polizeipräsidium München ist erforderlich. Je nach Art der Veranstaltung werden aber auch andere städtische Stellen eingebunden, wie das Referat für Gesundheit und Umwelt, das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, das Baureferat oder das Referat für Arbeit und Wirtschaft.

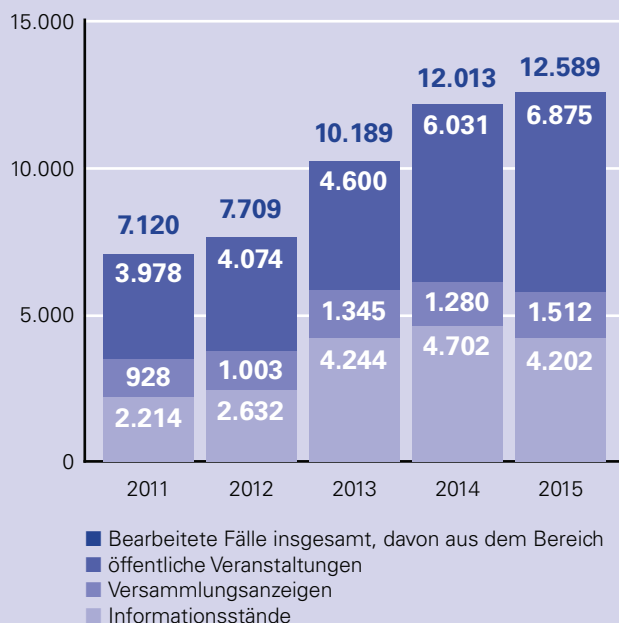
Wenn erforderlich, beteiligt das Veranstaltungs- und Versammlungsbüro aber auch externe Stellen, beispielsweise die öffentlichen Nahverkehrsgesellschaften, wie die MVG und die S-Bahn oder das Landesamt für Verfassungsschutz.

Im Jahr 2015 bearbeitete das Veranstaltungs- und Versammlungsbüro insgesamt 12.589 Fälle.

Darunter befanden sich

- 6.875 Fälle aus dem Bereich öffentliche Veranstaltungen (auch Märkte und Ausstellungen) in Grünanlagen, auf öffentlichen Straßen und Plätzen sowie auf privaten Flächen,
- 1.512 Versamlungsanzeigen sowie
- 4.202 Anträge für die Genehmigung von Infoständen.

■ **Fälle/öffentliche Veranstaltungen/ Versamlungsanzeigen und Anträge für Genehmigung von Informationsständen**



Allein die **Versamlungsanzeigen** sind 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 18 Prozent gestiegen.

Dagegen war ein Rückgang um zirka 11 Prozent bei den Anträgen für die Genehmigung von **Informationsständen** zu verzeichnen. 4.202 (4.702) Anträge ergingen hier 2015 (2014).

Der deutliche Rückgang bei den Informationsständen ist dadurch zu erklären, dass der vorjährige Themenschwerpunkt bei der Initiative gegen den Bau des Zentrums für Islam in Europa – München (ZIE-M) mit 119 Ständen lag und für 2015 wegfiel. Das angestrebte Bürgerbegehren scheiterte an formellen Gründen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist aber die Zahl der Informationsstände zum Themenkomplex „Islam“ von 108 Ständen auf 141 Stände, also um 31 Prozent angestiegen.

Dabei waren die Stände im gesamten Stadtgebiet verteilt, wobei den Schwerpunkt die Münchner Innenstadt bildete. Zu nennenswerten Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Abhaltung dieser Informationsstände kam es bislang nicht, wenngleich sich insbesondere nach den Pariser Vorkommnissen die Beschwerdesituation seitens der Bürgerschaft verstärkte.

2015 (2014/2013) wurden außerdem 101 Versamlungen (130/132) und 5 Informationsstände (158/35) aus dem rechtsextremen und rechtspopulistischen Umfeld angezeigt oder beantragt. Dabei wurden alleine 40 sich fortbewegende Versamlungen durchgeführt.

Oktoberfest 2015

Das 182. Oktoberfest fand im Zeitraum vom 19. September bis 4. Oktober 2015 auf dem Gelände der Theresienwiese statt und wurde nach Schätzung der Festleitung von 5,9 Millionen Gästen besucht. Parallel wurde wieder auf dem Südwest-Teil der Theresienwiese, einem zirka 3 ha großen eingezäunten Areal, die „Oide Wiesen“ durchgeführt.

Im Zusammenhang mit der Organisation und Durchführung des Oktoberfestes wurden im Vorfeld vom Referat für Arbeit und Wirtschaft in Zusammenarbeit mit dem vom Veranstalter beauftragten Baustellenkoordinator Maßnahmen umgesetzt, die erneut deutlich zur Verbes-



serung von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz während des Auf- und Abbaus des Oktoberfestes beitrugen.

Dazu zählten

- die Absperrung der Bautätigkeit durch einen geschlossenen Bauzaun,
- farbliche Markierungen der Wege für die Feuerwehr und den Rettungsdienst,
- die Verkürzung der Aufbauzeiten für die gastronomischen Mittelbetriebe sowie Schaustellergeschäfte, wie auch
- die Einrichtung einer Nord-Süd-Querung über die Schaustellerstraße und einer Ost-West-Querung über die Matthias-Pschorr-Straße.

Es wurde erneut ein „Leiter Ordnungsdienst“ (ODL) im Sinne des § 43 der Versammlungsstättenverordnung installiert. Dieser war gegenüber allen auf dem Oktoberfest tätigen Ordnungsdiensten weisungsbeugt, sofern diese außerhalb der Hausrechtsbereiche der Beschicker tätig wurden. Zu seinen Aufgaben gehörten insbesondere die Erstellung eines Ordnerkonzeptes, das Erkennen und die Abwehr von Gefahrensituationen und die Führung und Anweisung der auf dem Festgelände vertretenen Sicherheits- und Ordnungsdienste außerhalb der Hausrechtsbereiche der Beschicker.

Wie auch in den vergangenen Jahren wurden für das Oktoberfest durch das Kommunalreferat die Vorgaben für den Ordnungsdienst auf dem Gelände erarbeitet und in enger Abstimmung mit dem Referat für Arbeit und Wirtschaft über die Leistungsbeschreibung die Basis für die Ausschreibung geschaffen, um den Gästen eine sichere und entspannte Wiesn zu gewährleisten.

Des Weiteren wurde vom Veranstalter für die Überwachung der Zufahrten sowie des fließenden und ruhenden Verkehrs auf dem Festplatz ein privater Ordnungsdienst eingesetzt.

Die Anzahl der Ordnungsdienstkräfte wurde vom Veranstalter in diesem Jahr nochmals aufgestockt. So waren 2015 (2014) von Seiten des Veranstalters neben den zirka 2.000 Ordnungskräften durch die Oktoberfest-Beschicker bis zu 150 (128) Ordnungskräfte gleichzeitig im Einsatz.

Besonderes Augenmerk lag in diesem Jahr auf der Einhaltung der Lieferzeiten und der Zufahrtskontrollen.

2015 (2014/2013) erteilte das Veranstaltungs- und Versammlungsbüro 3.297 (3.378/3.500) personenbezogene sowie 1.317 (1.132 /1.300) Einfahrtserlaubnisse zum Befahren des Festgeländes.

Das Oktoberfest beschäftigt auch ganzjährig den Bereich der Veranstaltungssicherheit bei der Branddirektion des Kreisverwaltungsreferates. Beginnend mit Beratungen während des laufenden Festes für das Fest im Folgejahr, über die Bearbeitung der Neuplanungen und Stellungnahmen zu diversen Themen, folgt im Sommer die Genehmigung der Bestuhlungs- und Rettungswegpläne.

14 Tage vor Wiesnbeginn verlegen dann sechs Mitarbeiter ihr Büro in das Servicezentrum am Rande der Festwiese, um vor Ort ansprechbar für Zeltbauer und Wirte zu sein und die Bauten auf Einhaltung der Planungen und Vorgaben zu kontrollieren.

Ab dem ersten Wiesn-Samstag sind dann zwischen zwei und sechs Beamte der Einsatzvorbeugung vor Ort, um im laufenden Betrieb brandschutztechnische Mängel frühzeitig erkennen und abstellen zu können. Außerdem unterstützen sie die Kollegen der Feuerwache auf der Festwiese bei Einsätzen mit ihrem fundierten Fachwissen. 2015 war dies insbesondere bei dem immer wieder auftretenden Brandgeruch in der HB-Festhalle von Vorteil.

Während der Öffnungszeit der Wiesn leisteten die Kollegen zirka 430 Stunden Dienst.

Zudem wurde 2015 zur Verfahrensoptimierung von der Landeshauptstadt München das **Online-Portal zur Meldung der Bewachungsmitarbeiterinnen und Bewachungsmitarbeiter** entwickelt und eingeführt. Damit konnten die Bewachungsunternehmen erstmals ihr Personal dem Veranstaltungs- und Versammlungsbüro

(VVB) des Kreisverwaltungsreferates online melden. Nach positiver Zuverlässigkeitsprüfung wurden über das Online-Portal in Verbindung mit speziellen Ausweisdruckern einheitliche und fälschungssichere Ausweise für jede einzelne Mitarbeiterin und jeden einzelnen Mitarbeiter der Bewachungsunternehmen erstellt.

Es waren insgesamt 29 Bewachungsunternehmen auf dem Wiesngelände und in den Zelten im Einsatz. 2.120 Bewachungsmitarbeiterinnen und Bewachungsmitarbeiter wurden durch das Kreisverwaltungsreferat auf ihre Zuverlässigkeit hin überprüft, 166 wurden abgelehnt.

Das Online-Portal hat sich bewährt und soll bis 2016 mit Hilfe der gesammelten Erfahrungswerte weiter optimiert werden.

Aufgrund eines sehr hohen Besucherandrangs wurden am letzten Wiesnwochenende zusätzliche Maßnahmen ergriffen. Dazu zählten Informationen über Radio-durchsagen und Social Media, auf Webseiten und zum Beispiel der App KATWARN sowie Hinweise an Fahrgäste durch die MVG. Es erfolgten aber teilweise auch Umleitungen an den Haupteingängen zum Wiesngelände. Außerdem wurde die Theresienwiese zeitweise nicht mehr von öffentlichen Verkehrsmitteln angefahren.

Meister-Feier der Damen- und Herrenmannschaft des FC Bayern



Der FC Bayern München hat als erster Verein in einer Saison sowohl mit der Frauen- als auch mit der Herrenmannschaft die Deutsche Fußballmeisterschaft gewonnen. Aus diesem Anlass fand am 24. Mai 2015 ein entsprechender Empfang der Mannschaften auf dem Rathausbalkon statt. In Abstimmung mit dem FC Bayern München wurde die Ehrung erstmalig an einem Sonntag vorgenommen. Der FC Bayern Mün-

chen und die Landeshauptstadt München kamen damit einem wiederholt vorgebrachten Wunsch der Wirte und Geschäfte in der Innenstadt nach. Auch die Sicherheitsbehörden begrüßten die Verlegung auf einen Sonntag.

Aufgrund der bei der Feierlichkeit erwarteten hohen Zuschauerzahl auf dem Marienplatz war für die Veranstaltungen ein Sicherheitskonzept erforderlich. Die Leistungsbeschreibung für die Ausschreibung der Sicherungsmaßnahmen wurden, nach intensiver Zusammenarbeit mit dem Direktorium der Landeshauptstadt München als Veranstalter, durch den Fachbereich des Kommunalreferates erstellt.

Außerdem wurden durch das Direktorium die Abstimmungen im Vorfeld mit dem Baureferat, dem Kreisverwaltungsreferat, der Polizeidirektion, der Bahnpolizei, der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH, dem Abfallwirtschaftsbetrieb München und externen Sicherheitsdienstleistern koordiniert. Dazu fanden auf Einladung des Direktoriums insgesamt drei Koordinierungsrunden statt, an denen auch weitere Behörden und Fachdienststellen beteiligt waren.

Das Veranstaltungs- und Versammlungsbüro genehmigte die Feier auf dem Marienplatz. Das für diese Veranstaltung erforderliche Sicherheitskonzept wurde durch das Veranstaltungs- und Versammlungsbüro, die Branddirektion sowie das Polizeipräsidium München geprüft.

Wie in den Vorjahren wurde der Veranstalter durch die Branddirektion gemeinsam mit den anderen Sicherheitsbehörden intensiv beraten und bei der Konzeption unterstützt, sodass die beiden Mannschaften von etwa 12.000 begeisterten Fans auf dem Marienplatz gefeiert werden konnten. Aufgrund des großen Andrangs musste der Platz am frühen Nachmittag gesperrt werden.

Die Münchner Verkehrsgesellschaft mbH verstärkte während der Feierlichkeiten den Einsatz des Sicherheitspersonals, unter anderem durch Unterstützungskräfte der Hamburger Hochbahnwache.

Sondernutzungen

Eine Sondernutzung liegt vor, wenn öffentlicher Straßengrund über den Gemeingebrauch (Gehen, Fahren, Parken) hinaus genutzt wird und bedarf nach Art. 18 Abs. 1 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) der Erlaubnis. Sie darf erst nach Erteilung der Erlaubnis ausgeübt werden.

Die zum 1. Mai 2014 in Kraft getretenen Sondernutzungsrichtlinien an öffentlichen Straßen, deren Bestimmungen gegenüber den bisherigen Regelungen, wo immer möglich, liberalisiert und dereguliert wurden, hatten sich bereits im Vorjahr bewährt.

Einige Beispiele:

- Die Vorgaben für die Gestaltung von Freischankflächen wurden entschlackt (wie durch die grundsätzliche Zulässigkeit von Bänken oder den Wegfall von Größenbeschränkungen für Sonnenschirme); dies räumt den Wirtin größere Spielräume ein, ohne das Stadtbild zu belasten.
- Die Möglichkeit, die freizuhaltende Durchgangsbreite bei Freischankflächen in Härtefällen unter strengen Vorgaben auf bis zu 1,30 m zu reduzieren, erwies sich als unproblematisch; bislang wurden keine entsprechenden Neuanträge eingereicht.
- Die neue Regelung, vor Gewerbebetrieben und Dienstleistungsunternehmen Sitzgelegenheiten aufstellen zu dürfen, stieß auf große Resonanz, allerdings aufgrund der Außenwirkung wohl nicht zuletzt auch als Ersatz für die unzulässigen und seit einigen Jahren konsequent verfolgten „Kundenstopper“.
- Die Möglichkeit, die Verkaufswägen ambulanter Obsthändler außerhalb des Mittleren Rings während der Woche auch über Nacht an ihrem Standplatz belassen zu können, erleichterte den Gewerbetreibenden ihren Erwerbsalltag, ohne Probleme für die Verkehrssicherheit oder die Anwohner heraufzubeschwören.

Im Rahmen der Evaluierung übernahm der Stadtrat die Betriebszeitregelung für Freischankflächen dauerhaft in die Sondernutzungsrichtlinien. Hinsichtlich dieser wird auf die Ausführungen unter dem Thema „Gastronomie“ verwiesen.

Hinsichtlich anderer Arten von Sondernutzungen erfolgten nur einige geringfügige Änderungen.

Einzelmaßnahmen im Bereich Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung

Die **Terrororganisationen Islamischer Staat und Jabhat al-Nusra** werben weiterhin aktiv für ihre Ziele und rekrutieren länderübergreifend erfolgreich Kämpfer (sogenannte Jihadisten). Die Zielgruppe der Anwerbeaktionen bilden nach wie vor überwiegend junge Männer, die über verschiedene Medien wie Flugblätter, Zeitschriften, CD's, Radio, Fernsehen oder Internet geworben werden. Letzteres spielt bei der Radikalisierung von jungen Menschen eine immer größere Rolle. Dies hat zur Folge, dass extremistisch-jihadistische Internetaktivitäten (wie Posts und Likes bei Facebook) immer häufiger Bestandteil zur Begründung von Ausweisungsverfügungen werden.

Auch die Stadt München ist weiterhin von diesem Phänomen betroffen. Der salafistischen Szene in München sind derzeit rund 200 Personen zuzurechnen.

Während sich der Großteil zumindest vordergründig von Gewaltaktivitäten distanziert, zeigen einige Personen auch die Bereitschaft, sich aktiv an Kampfhandlungen in Syrien oder anderen einschlägigen Krisenregionen zu beteiligen.

Derzeit werden mehrere Strafverfahren gegen ausgeiste und ausreisewillige Personen betrieben. Beim Radikalisierungsprozess fällt auf, dass der überwiegende Teil der ausgeisten jungen Männer mit dem Koranverteilungsprojekt LIES! in Verbindung stand. Das Kontaktumfeld dieses Projekts war maßgeblich an der Radikalisierung im Vorfeld der Ausreise beteiligt.

Als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Beschleunigte Identifizierung und Rückführung von Gefährdten (AG BIRGiT)“ ergreift das Kreisverwaltungsreferat in Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidium München, dem Bayerischen Landeskriminalamt und dem Landesamt für Verfassungsschutz Maßnahmen gegen gewaltbereite Islamisten. Je nach Fallkonstellation werden die Betroffenen soweit möglich am Verlassen der Bundesrepublik Deutschland und damit an der Teilnahme am bewaffneten Jihad gehindert. Dies geschieht unter anderem mittels Reisebeschränkungen und Meldeauflagen. Rückkehrern aus den Kampfgebieten werden zudem – neben der strafrechtlichen Verfolgung – Auflagen auferlegt, um eine weitere Einflussnahme, wie die

Rekrutierung und Radikalisierung weiterer kampfbereiter Personen, zu unterbinden.

Entsprechend der Linie des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr wird bei Personen, von denen eine Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ausgeht, genau geprüft, ob eine **Aufenthaltsbeendigung** angestrebt oder **Maßnahmen der Ausreiseverhinderung** ergriffen werden.

Hierbei wird jeder Fall einer genauen Einzelfallbetrachtung unterzogen. Das unter Sicherheitsgesichtspunkten jeweils am besten geeignete Vorgehen wird über die Arbeitsgemeinschaft „Beschleunigte Identifizierung und Rückführung von Gefährdern (AG BIRGiT)“ mit allen Sicherheitsbehörden abgestimmt.

Das Mittel der Ausreiseverhinderung kommt vor allem in den Fällen zur Anwendung, bei denen eine Wiedereinreise nach Deutschland nicht mit Mitteln des Aufenthaltsgesetzes verhindert werden kann (wie bei faktischen Inländern aufgrund des hohen Ausweisungsschutzes). Hat ein Betroffener das Land bereits verlassen und liegen Erkenntnisse vor, dass er sich aktiv am Kampf beteiligt, wird die Wiedereinreise durch Ausweisung oder durch Feststellung des Erlöschens des Aufenthaltstitels verhindert.

Die Ausländerbehörde konnte allerdings zwei Personen auch mit dem Erlass von Ausreiseuntersagungen nach § 46 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz und dem Einzug der Reisepässe nicht daran hindern, das Bundesgebiet in Richtung der Kampfgebiete zu verlassen.

Die Ausländerbehörde München steht über die AG BIRGiT immer in engem Kontakt mit den Sicherheitsbehörden des Freistaats und des Bundes, um mögliche Gefährdungen frühzeitig erkennen und entsprechende Maßnahmen veranlassen zu können.

Des Weiteren arbeitet die Ausländerbehörde eng mit anderen Behörden des Polizei- und Ordnungsrechts sowie der Abteilung Sicherheit und Ordnung des Kreisverwaltungsreferates zusammen. Mit diesen werden Maßnahmen zur Verhinderung der Begehung von Straftaten und sonstigen Verstößen gegen die Rechtsordnung koordiniert, wie Meldeauflagen, Kontaktverbote oder sonstige einzelfallbezogene ausländerrechtliche Auflagen und Verfügungen.

Sollte es sich bei den Ausreisewilligen und Kampfbereiten um Personen mit **deutscher Staatsangehörigkeit** handeln, ist das Bürgerbüro des Kreisverwaltungsreferates zuständig. Hier wird geprüft, ob **pass- und ausweisbeschränkende Maßnahmen** zur Verhinderung einer Ausreise eingeleitet werden müssen.

Das Bürgerbüro des Kreisverwaltungsreferates wurde bisher mit 11 Fällen befasst.

Drei Personen befinden sich in Haft. Hier ist die Entziehung des Reisepasses und die Beschränkung des Personalausweises mit Bescheid verfügt worden oder sind die Maßnahmen in Vorbereitung. Eine weitere sich in Haft befindliche Person wurde zu einer elfjährigen Haftstrafe verurteilt. Weitere Maßnahmen sind derzeit nicht erforderlich, weil sich die Person glaubhaft vom Extremismus abgewandt hat. In zwei anderen Fällen wurden pass- und ausweisbeschränkende Maßnahmen erlassen, um eine Ausreise aus dem Bundesgebiet zu verhindern. Bei einer Person wird die Einleitung entsprechender Maßnahmen derzeit noch geprüft. Bei einer anderen Person hat sich die Zuständigkeit aufgrund Wegzuges geändert. Die Prüfung weiterer Maßnahmen erfolgt nunmehr durch die jetzt zuständige Behörde. Drei Personen sind nach Erkenntnissen der Polizei schon ausgeweisert. In diesen Fällen sind derzeit keine pass- und ausweisbeschränkenden Maßnahmen möglich.

In Einzelfällen werden durch den Bereich Allgemeine Gefahrenabwehr des Kreisverwaltungsreferates bei entsprechender Gefahrenprognose Anordnungen nach dem Bayerischen Landesstraf- und Verordnungsgesetz erlassen.

Bisher wurden in 5 Fällen **Meldeauflagen** verfügt. In 3 weiteren Fällen wurden entsprechende Anordnungen vorbereitet, jedoch aufgrund Inhaftierung oder vorübergehendem Aufenthalt außerhalb Bayerns noch nicht erlassen. In 4 Fällen ergingen **Mitführverbote für Messer und gefährliche Gegenstände**, die nicht unter das Waffengesetz fallen. In jeweils einem Fall wurde ein **Kontaktverbot** zu bestimmten Personen und ein **Betretungsverbot** für ein bestimmtes Areal erlassen.

Das Kreisverwaltungsreferat steht in einem ständigen Austausch mit den verschiedenen städtischen und externen Institutionen, die sich mit dem Themenspektrum „gewaltbefürwortender Salafismus“ befassen.

Ausländerrechtliche Einzelmaßnahmen im Bereich Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung

Kriminalitätsbekämpfung

Die Ausländerbehörde wird aufgrund gesetzlicher Meldepflichten darüber informiert, wenn Ausländer Straftaten begangen haben. Darüber hinaus wird vor der Erteilung von bestimmten Aufenthaltstiteln durch eine elektronische Abfrage bei der Polizei und den Sicherheitsdiensten überprüft, ob neue Erkenntnisse hinsichtlich Straftaten vorliegen.

Je nach Straftat, Strafmaß, Umständen des Einzelfalls und der anzunehmenden Wiederholungsgefahr werden ausländerrechtliche Maßnahmen bis hin zur Ausweisung, Feststellung des Verlustes des Freizügigkeitsrechtes und Abschiebung ergriffen. Dabei werden die getroffenen Maßnahmen regelmäßig in aufwändigen verwaltungsgerichtlichen Verfahren überprüft.

Sind aufenthaltsbeendende Maßnahmen rechtlich nicht angezeigt, werden sonstige Präventivmaßnahmen wie Verwarnungen, Belehrungen und weitere Maßnahmen zum Teil nach Abstimmung in Arbeitsgruppen mit anderen Behörden durchgeführt. Beispiele solcher Arbeitsgruppen sind PROPER (Projekt personenorientierte Ermittlungen und Recherchen hinsichtlich jugendlicher Intensivtäter) und KERMIT (Konzeption zur Intensivierung personenbezogener Ermittlungen und Maßnahmen gegen erwachsene Mehrfach- und Intensivtäter).

Im Jahr 2015 (2014/2013) wurden alleine im Bereich der Schwer- und Betäubungsmittelkriminalität 66 (85/74) Ausweisungsbescheide erlassen, in 66 (69/83) Fällen der Verlust des Rechtes auf Freizügigkeit festgestellt, 2 Aufenthaltstitel per Bescheid versagt und 112 (98/102) Abschiebungen durchgeführt. In 89 (96/151) Fällen wurde nach der ausländerrechtlichen Prüfung eine Verwarnung erteilt. Im Arbeitsbereich PROPER wurden 53 (57/46) Fälle und im Arbeitsbereich KERMIT 28 (32/41) Fälle bearbeitet.

Die Zahl der ausländerrechtlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Schwer- und Betäubungsmittelkriminalität ist 2015 (134) im Vergleich zum Vorjahr (148) wieder leicht gesunken. Dies ist auf die im Jahr 2015 erfolgte Anpassung des Rechts der Aufenthaltsbeendigung zurückzuführen, mit der zum 1. Januar 2016 ein reformiertes Ausweisungsrecht in Kraft trat. Im Hinblick auf die geänderte Rechtslage

und die Tatsache, dass auch in bereits anhängigen Verwaltungsstreitverfahren ab dem 1. Januar 2016 das neue Ausweisungsrecht anzuwenden ist, wurde – soweit im Einzelfall vertretbar – der Erlass aufenthaltsbeendender Bescheide bis zum Inkrafttreten der neuen Regelungen aus verwaltungsökonomischen und prozesstaktischen Gründen zurückgestellt.

Terrorismusbekämpfung

Die Bekämpfung von terroristischen Aktivitäten ist seit mehreren Jahren ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit der Ausländerbehörde.

Die Ausländerbehörde München nimmt im Zuge dessen auch an der AG BIRGiT teil, die bei Hinweisen tätig wird, dass ein ausländischer Staatsangehöriger durch islamistisch-extremistische oder sonstige terroristische Aktivitäten eine Gefährdung des Staates und seiner Bürger darstellt oder im Zusammenhang damit zu Gewalttaten, Verbrechen oder zum Hass gegen Minderheiten auffordert.

In diesem Zusammenhang kann die Ausländerbehörde eine Reihe von Ordnungsverfügungen treffen und auch durch Ausweisung und Abschiebung den Aufenthalt von Sicherheitsgefährdern in Deutschland beenden.

Im Bereich Terrorismusbekämpfung wurden 2015 (2014/2013) in Zusammenarbeit mit der AG BIRGiT insgesamt 9 (6/3) aufenthaltsbeendende Bescheide (7 Ausweisungen, eine Titelversagung, eine Titelerücknahme) erlassen. Des Weiteren wurde in 4 (1) Fällen das Erlöschen des Aufenthaltstitels festgestellt.

Zur Erkennung und vorbeugenden Bekämpfung von terroristischen Aktivitäten werden durch die Ausländerbehörde auf Weisung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr bestimmte Ausländergruppen vor der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis oder vor Ausstellung einer Duldung oder eines Reiseausweises sicherheitsrechtlich befragt. Dabei wird die Vorakte gesichtet, werden Reisebewegungen analysiert, sonstige Auffälligkeiten registriert und gegebenenfalls an die Sicherheitsbehörden weitergemeldet.

Teil der Befragung ist auch die Nachfrage nach Kontakten zu bestimmten, als extremistisch eingeschätzten Gruppen. Dadurch wird den Befragten deutlich gemacht, dass der Kontakt zu und das Engagement in

diesen Gruppen zu ausländerrechtlichen Konsequenzen führen kann, was auch präventiv wirkt.

2015 (2014/2013) wurden zur vorbeugenden Bekämpfung terroristischer Aktivitäten insgesamt 5.841 (6.996/7.800) Sicherheitsbefragungen durchgeführt. Des Weiteren wurden 1.760 (1.704/2.487) im Rahmen der Sicherheitsanfrage gemäß § 73 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz übersandte Erkenntnismitteilungen des Bayerischen Landeskriminalamtes auf das Vorliegen von sicherheitsrelevanten Aspekten oder Terrorismusbezug geprüft.

In der Terrorismusbekämpfung sind die Bescheidszahlen weitgehend gleichbleibend. Die Zahl der Befragungssachverhalte ist in den Jahren 2013 und 2014 kontinuierlich gestiegen und blieb auch im Jahr 2015 auf sehr hohem Niveau. Die hohen Fallzahlen sind zurückzuführen auf die Zunahme des Zuzugs von Ausländerinnen und Ausländern, die nach Weisung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr sicherheitsrechtlich zu befragen sind, und auf die Ausweitung des zu befragenden Personenkreises. Die Befragungsvorgaben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern konnten jedoch aus personellen Gründen noch nicht vollständig umgesetzt werden. So wurden im Jahr 2015 in der Ausländerbehörde weniger Befragungen durchgeführt als in den beiden vorangegangenen Jahren und als nach bayerischer Weisungslage erforderlich gewesen wäre, wobei die Defizite primär den Befragungsrhythmus betreffen.

Mit einer weiteren Steigerung der Fallzahlen ist aufgrund der anhaltenden Flüchtlingsströme aus Syrien und dem Irak zu rechnen.

Der Münchner Stadtrat hat mit Beschluss vom 29. Juli 2015 die Anpassung der Personalausstattung der Ausländerbehörde an die Herausforderung drastisch steigender Flüchtlingszahlen gebilligt. Unter anderem wurde die Zuschaltung von drei zusätzlichen Vollzeitstellen im Befragungswesen beschlossen, um die sicherheitsrechtlichen Befragungsvorgaben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr vollumfänglich erfüllen zu können.

Maßnahmen gegen Rassismus, gegen rechtsextremistische und rechtspopulistische Bestrebungen und gegen Menschenfeindlichkeit im Stadtgebiet

Eine demokratische Stadtgesellschaft stellt langfristig den besten Schutz gegen Rechtsextremismus, Rassismus sowie verschiedene weitere Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit dar. Die Kommune – ihre Handlungsbereitschaft, -strategie und ihr Selbstverständnis – spielt eine zentrale Rolle, um rechtsextremen und rassistischen Einstellungs- und Verhaltensmustern wirkungsvoll entgegenzutreten. Die Fachstelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit hat die Aufgabe, sämtliche demokratischen Kräfte in München, die sich gegen demokratiefeindliche Tendenzen engagieren, zu bündeln, weiter zu vernetzen und zu stärken.

Die Münchner Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit

Am 29. April 2015 hat der Münchner Stadtrat das Handlungskonzept der Landeshauptstadt München gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verabschiedet. Das Konzept wurde unter Federführung der Fachstelle für Demokratie in Abstimmung mit relevanten zivilgesellschaftlichen und verwaltungsinternen Stellen erarbeitet, um bestehende Maßnahmen stärker zu bündeln, Fehlstellen frühzeitig zu erkennen und eine Verstärkung zivilgesellschaftlichen Engagements zu sichern. Der Münchner Ansatz setzt auf Kommunikation und allseitige Kooperationsbeziehungen. Mit dem kommunalen Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Rassismus in München konnte eine tragfähige Struktur geschaffen werden, in der verschiedene Stellen und Initiativen innerhalb und außerhalb der Verwaltung zusammenwirken. Leitziel der Münchner Handlungsstrategie ist die Vision einer heterogenen Stadtgesellschaft, in der diese Vielfalt als Bereicherung begriffen wird und in der Toleranz und Respekt im Umgang miteinander groß geschrieben werden.

Besondere Akzentsetzungen der Münchner Strategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind die Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements, die Förderung und Entwicklung einer professionellen zivilgesellschaftlichen

Projektlandschaft, die Möglichkeit bei Bedarf schnell und passgenau zu reagieren sowie die Auslotung von Handlungsspielräumen im Rahmen der gebotenen Neutralitätspflicht.

In der konkreten Umsetzung umfasst dies unter anderem die Kooperation zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft beispielsweise im Rahmen des Bündnisses für Toleranz und des kommunalen Netzwerkes gegen Rechtsextremismus und Rassismus, die Unterstützung von aktiven Bürgerinnen und Bürgern beispielsweise in Form eines Rechtsschutzes für die BA-Beauftragten gegen Rechtsextremismus sowie gegebenenfalls den Schutz von aktiven Bürgerinnen und Bürgern, die aufgrund ihres Engagements von extrem rechter Seite bedroht werden. Getragen wird dieses Vorgehen von einer professionellen Projektlandschaft, welche die Bereiche Analyse, Recherche und Dokumentation (firm), Beratung (BEFORE e.V.), Pädagogik (Netzwerk Demokratische Bildung, Demokratietrainer/innen, „Pastinaken“) arbeitsteilig bedient. Die BA-Beauftragten gegen Rechtsextremismus dienen dabei als Scharnier zwischen der Stadtspitze und den Bezirken.

Eine ausführliche Übersicht und weitere Materialien zu rechtsextremen Aktivitäten in München sind unter www.muenchen.de/demokratie abrufbar oder bei der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus in München (firm).

Erweiterung des Aufgabenspektrums der Fachstelle und Einrichtung einer Opferberatung

Mit der am 20. November 2014 vom Stadtrat beschlossenen Zusammenlegung der Fachstelle gegen Rechtsextremismus mit der Antidiskriminierungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund wurde die Antidiskriminierungs- und die Antirassismusbearbeitung sowie die Arbeit gegen Rechtsextremismus der Landeshauptstadt München im Jahr 2015 strategisch neu aufgestellt. Im Zuge dieser Umstrukturierung erweiterte sich das Aufgabenspektrum der Fachstelle.

Neben der Arbeit gegen Rechtsextremismus ist die Fachstelle jetzt zusätzlich für die Themenfelder Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zuständig, die nicht nur in der extremen Rechten, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft verbreitet sind. Auf diese Weise werden strukturierte und vorausschauende Absprachen im Bereich der Intervention wie Prävention ermöglicht. Parallel zu dieser Umstrukturierung wurde durch einen Zuschuss der Landeshauptstadt München an einen freien Träger die Einrichtung einer Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt realisiert.

Aufgrund der Parallelen im Bereich des Menschenbildes von Rechtsextremen und extremistischen Islamistinnen und Islamisten befasst sich die Fachstelle für Demokratie seit dem Jahr 2015 zudem mit jihadistischem Salafismus.

Da sich das Aufgabenspektrum seit ihrer Einrichtung 2009 erheblich erweitert hat und nicht mehr nur den Kernbereich des organisierten Rechtsextremismus umfasst, beschloss der Stadtrat am 24. Juni 2015 die Umbenennung der Fachstelle gegen Rechtsextremismus. Diese trägt nun den Namen Fachstelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit.

Rechtspopulistische und rechtsextreme Entwicklungen im Berichtsjahr

Mit den Parteien „Die Rechte“ und „Der Dritte Weg“ versuchten 2015 gleich zwei neonazistische Organisationen unter Ausnutzung des Parteienprivilegs in Bayern und München Fuß zu fassen. Beide Gruppierungen richteten sich vornehmlich an die Kameradschaftsszene und das unorganisierte neonazistische subkulturelle Milieu.

Die neonazistische und offen antisemitisch auftretende Partei „Die Rechte“ versuchte 2015 verstärkt durch Provokationen aufzufallen. Neben Kundgebungen, unter anderem vor dem Strafjustizzentrum in der Nymphenburger Straße aus Solidarität mit den Angeklagten des NSU-Prozesses, organisierte „Die Rechte“ auch kleine „Verteilaktionen“ von Aufklebern an mehreren Münchner Schulen. Die Unterstützung für „Die Rechte“ hielt sich bisher in München sehr in Grenzen, man geht von einem Kreis von Personen im niedrigen zweistelligen Bereich aus.

Die im Herbst 2013 gegründete Partei „Der Dritte Weg“ dient als Auffangbecken für die wichtigsten Kader der im Juli 2014 verbotenen Organisation „Freies Netz Süd“ (FNS). Diese personelle Kontinuität wurde zum Beispiel bei einer Kundgebung im Februar 2015 in München-Giesing deutlich. Bei der Versammlung unter dem Motto „Schluss mit dem Völkermord an uns Deutschen“ waren Anmelder, Versammlungsleiter und Redner jeweils ehemalige Kader des FNS. Inhaltlich richtet sich die Partei mit ihrer Propaganda und ihren Aktionen schwerpunktmäßig gegen Asylsuchende und deren Unterkünfte. Im Internet bietet der „Dritte Weg“ einen Leitfaden zur Verhinderung von Asylsuchendenunterkünften in der Nachbarschaft zum Download an. Mehrfach gab es Flugblattverteilaktionen und Kundgebungen gegen Flüchtlinge in bayerischen Kommunen.

„Die Rechte“ und „Der Dritte Weg“ stehen beide in direkter Konkurrenz zur NPD, die 2015 vor dem Hintergrund des bevorstehenden Verbotsverfahrens wenig handlungsfähig erschien. Einzelne Aktive suchten daher die Zusammenarbeit mit der Partei „Die Rechte“ oder anderen extrem rechten Gruppierungen.

Die Flüchtlingsthematik hat 2015 das Potential entwickelt, als gemeinsame Projektionsfläche rechtspopulistische und extrem rechte Gruppierungen zu einen. In München waren 2015 mindestens 13 Stadtteile von Aktivitäten gegen Unterkünfte und Geflüchtete betroffen; 2014 etwa 4 Stadtteile. Die Aktivitäten reichten von Nachbarschaftsklagen, Online-Petitionen, geplanten Bürgerbegehren, Unterschriftensammlungen und Protestschreiben mit jeweils mehr oder weniger offen rassistischer Argumentation über Hassmails an Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Verwaltung bis zu aggressiven rassistischen Redebeiträgen bei Infoveranstaltungen und einer neonazistischen Wortergreifung bei einer Bezirksausschusssitzung. Es gab Facebookgruppen bzw. -seiten mit entsprechenden Posts, Kommentaren und Verlinkungen, anonyme Hetzflugblätter und offene Verteilungen vor Bürgerversammlungen. Aufgrund möglicher rechter Mobilisierungen und der Verbreitung falscher Informationen wurde für Sitzungen und Versammlungen Polizeischutz notwendig. Es fanden neonazistische Kundgebungen statt, und es kam zu direkten Angriffen auf Unterkünfte oder Baustellen selbiger mit Schmierereien, eingeschlagenen Fenstern und Sachbeschädigungen an Zäunen und Baugeräten.

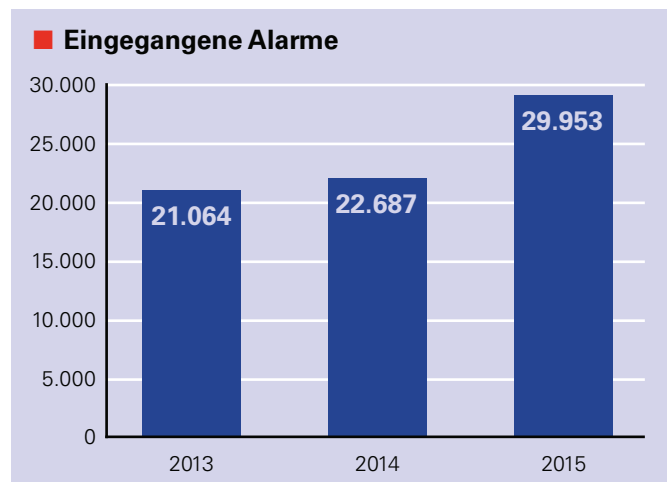
Brandbekämpfung/Technische Hilfeleistung/Rettungsdienst

Vorrangige Aufgabe der Branddirektion ist es, Menschen und Tiere aus Brand- oder sonstiger Lebensgefahr zu befreien und technische Hilfe bei Unglücksfällen oder Notständen zu leisten.

Insgesamt gingen 2015 bei der Branddirektion 29.953 Alarmer ein. Dabei hat die Branddirektion 21.199 (20.069/18.467) Mal Hilfe geleistet.

Im Stadtgebiet gab es insgesamt 2.007 (1.875/1.820) Brände. Davon waren 1.934 Kleinbrände, 62 Mittelbrände und 11 Großbrände.

Die Analytische Task-Force mit ihren speziellen Fähigkeiten wurde bei 14 (16) Einsätzen angefordert.



Im Rahmen der Notfallrettung wird die notfallmedizinische Versorgung am Notfallort und der Notfalltransport gewährleistet. Koordiniert wird dies über die Integrierte Leitstelle der Berufsfeuerwehr.

Bei der Integrierten Leitstelle sind unter der Rufnummer 112 insgesamt 487.370 (484.654/485.297) Notrufe eingegangen. Innerhalb der angestrebten maximal zehn Sekunden wurden insgesamt 70 Prozent (75/80 Prozent) der Notrufe angenommen. Es wurden insgesamt 290.367 (239.531/230.000) Rettungsdiensteinsätze disponiert.

2015 wurden durch die Branddirektion zudem 124 neue Brandmeldeanlagen auf die Alarmempfangseinrichtung aufgeschaltet. Insgesamt waren zum Jahresende 2.901 Anlagen bei Firmen, Krankenhäusern oder Tiefgaragen aktiv und bereit, im Falle einer Feuermeldung den Notruf automatisch direkt in der Integrierten Leitstelle abzusetzen. Die Übertragungseinrichtungen wurden durch die Branddirektion regelmäßig überprüft. Mit dieser Tätigkeit sichert die Branddirektion die schnelle Brandmeldung und damit das schnelle Eingreifen der Feuerwache bei Objekten mit besonderen Gefahren und trägt somit zur Sicherheit in München bei.

Im Berichtsjahr wurde auch weiter intensiv an den Projekten „Einführung des Digitalfunks“, Neubau der Integrierten Leitstelle sowie des Katastrophenschutz-zentrums gearbeitet.

An dieser Stelle verweisen wir auf die Ausführungen unter „Veranstaltungen und Versammlungen“ und „Meldewesen, Verhütung und Bekämpfung bei Infektionskrankheiten“, bei welchen die Berufsfeuerwehr München ebenfalls maßgeblich beteiligt ist.

Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz

Die Risikobeurteilung, die Abnahme sowie die Prüfung von Sicherheitskonzepten von Großveranstaltungen ist Teil dieses Aufgabenbereiches. Dieser hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen und liegt auch in 2015 auf einem weiter konstant hohen Niveau. Ursächlich hierfür sind, neben der deutlich höheren Anzahl von Großveranstaltungen, nach wie vor der Drang nach unkonventionellen Veranstaltungen, das geänderte Gefahrenbewusstsein nach Schadensereignissen und die verbesserte Rechtslage zum Schutz der Besucherinnen und Besucher.

So wurden 2015 insgesamt 2.474 Stellungnahmen zu Veranstaltungen sowie 428 Genehmigungen von feuergefährlichen Handlungen (inklusive Pyrotechnikabnahmen) erteilt.

Das Erlebnis einer Veranstaltung geht einher mit dem Anspruch, diese „sicher“ erleben zu können. Für die Branddirektion ist es daher nicht nur Aufgabe, eine Gefahr abzuwehren, wenn sie eingetreten ist, sondern vielmehr dafür zu sorgen, dass es gar nicht zu der Gefahr kommen kann.

Der Aufgabenbereich der Branddirektion umfasst im Hinblick auf das Thema „Veranstaltungssicherheit“ folgende Zuständigkeiten:

- Beratung bei der Erstellung und Prüfung von Sicherheitskonzepten,
- Beratung und Prüfung in Bezug auf die Bemessung der Brandsicherheitswache und des Sanitätsdienstes,
- fachliche Bewertung für das Veranstaltungs- und Versammlungsbüro (Veranstaltungsaufgaben),
- Zustimmung zur Brandschutzordnung und dem Sicherheitskonzept sowie den Ausnahmen vom Verbot von offenem Feuer und der Erprobung von Pyrotechnik,
- Information der Einsatzkräfte der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr über Besonderheiten vor Veranstaltungsbeginn,
- Kontrolle der Rettungs- und Angriffswege sowie der brandgefährlichen Anlagen bei Veranstaltungen aller Art,
- Unterstützung der Einsatzkräfte bei wirksamen Rettungs- und Löschmaßnahmen durch veranstaltungs-spezifisches Hintergrundwissen.

Nach der erfolgreichen Durchführung des Symposiums zur Veranstaltungssicherheit im Mai 2014 und der positiven Resonanz hatte sich die Branddirektion dazu entschieden, 2015 mit den Erkenntnissen aus „BaSiGo – Bausteine für die Sicherheit von Großveranstaltungen“ eine erweiterte und überarbeitete Auflage der „Handreichung für die Sicherheit von Großveranstaltungen“ zu erstellen.

Der **Leitfaden Veranstaltungssicherheit** konnte rechtzeitig zur Weltleitmesse für den Brand- und Katastrophenschutz, Rettung und Sicherheit „Inter-schutz 2015“ vom 8. bis 13. Juni 2015 in Hannover vorgestellt werden.

Dies ist von besonderer Bedeutung, da die Anzahl an Veranstaltungen und damit verbunden die Anforderungen an die Sicherheit in den letzten Jahren zugenommen haben. Eine Folge dieser Entwicklung ist, dass eine Vielzahl unterschiedlicher kommunaler Regelungen sowie Veröffentlichungen und Fortbildungsangebote zur Veranstaltungssicherheit erstellt wurden und bereitgestellt werden. Um in diesem Nebeneinander den Überblick zu behalten und vor allem Veranstaltungen zu ermöglichen, anstatt sie zu verhindern, hat die Branddirektion die erwähnte Handreichung fortgeschrieben und erheblich erweitert.

Die Grundlage für die Neuauflage ist das Münchener Praxiswissen, das durch die jährliche Bearbeitung von über 2.000 Veranstaltungen und der Prüfung von rund 70 Sicherheitskonzepten pro Jahr ständig erweitert wird.

Zusätzlich konnten neue Erkenntnisse durch die Beteiligung am nationalen, mit Experten von Polizei, Wissenschaft und Endanwendern besetzten und durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Forschungsprojekt „BaSiGo – Bausteine für die Sicherheit von Großveranstaltungen“ übernommen werden. Analog zur 2. Auflage konnte eine Empfehlung durch das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr erreicht werden. Darüber hinaus wurde der neue Leitfaden in den Gremien der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in Deutschland vorgestellt.

Das Ziel der Branddirektion ist es, Praxis und Wissenschaft so zu verbinden und die Ergebnisse aufzubereiten, dass das Wissen universell anwendbar, leicht verständlich und der Prozess „Veranstaltungssicherheit“ damit transparent gestaltet werden kann. Der neue Leitfaden soll daher nicht nur in Bayern, sondern

bundesweit umsetzbar und anwendbar sein. Er verfolgt dabei nicht den Anspruch andere Papiere zur Veranstaltungssicherheit zu verdrängen, sondern durch aktuelle Erkenntnisse und erfolgreich in der Praxis angewandte Lösungsansätze zu ergänzen.



Der Leitfaden orientiert sich daher am folgenden Aufbau:

- Einführung in das „System Veranstaltung“
- Einordnung der beteiligten Akteure,
- Unterteilung der Veranstaltung in Phasen, um Bearbeitungsschwerpunkte zu erkennen,
- Festlegung der Verantwortlichkeiten durch eine klare Rollenverteilung,
- Benennung und Erläuterung der Inhalte des Sicherheitskonzeptes,
- Beschreibung des Genehmigungsverfahrens,
- Planung für und Reaktion auf sicherheitsrelevante Ereignisse anhand verschiedener Arten des Betriebes während der Durchführung der Veranstaltung und
- Nachbereitung der Veranstaltung durch die beteiligten Akteure.

Die Anlagen des Leitfadens enthalten darüber hinaus Merk- und Infoblätter zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten wie „Sicherheitsabsperrungen“, „Verwendung von Pyrotechnik“ oder „Empfehlungen zur Nutzung von Farbpulver bei ‚Holi-Festivals‘“.

Um brandgefährliche Zustände festzustellen, die Einsatzplanungen zu überprüfen und Gefahren wie durch atomare, biologische oder chemische Gefahrstoffe für Einsatzkräfte zu erkennen, wurden 2015 (2014/2013) 9.112 (9.415/9.930) Gebäude teilweise oder ganz durch die Feuerbeschau überprüft.

Ein wesentlicher Aspekt bei den Überprüfungen liegt auch in Maßnahmen zur Sicherstellung wirksamer Löscharbeiten zur Minimierung eines Umweltschadens bei einem Brandereignis und bei Maßnahmen des Kulturgutschutzes bei Museen, Sammlungen und Glaubenseinrichtungen.

1.823 (1.728/1.712) Stellungnahmen wurden 2015 (2014/2013) für die Lokalbaukommission oder private Prüfsachverständige für Brandschutz, für die Staatlichen Hochbauämter, das Referat für Gesundheit und Umwelt sowie für die Regierung von Oberbayern erstellt, da aufgrund der Gebäudegröße oder Nutzung die Brandschutznachweise im Baugenehmigungsverfahren prüfpflichtig waren.

Dadurch wird die frühzeitige Einbindung der Feuerwehr bei der Sicherstellung der Rettungswege und den Maßnahmen zur Gewährleistung wirksamer Lösch- und Rettungsmaßnahmen gesichert.

Auch der Blitzschutz fällt in den Aufgabenbereich des vorbeugenden Brand- und Gefahrenschutzes der Branddirektion. Insgesamt sind derzeit 1.117 städtische Objekte mit äußeren Blitzschutzanlagen ausgerüstet. Um den Blitzschutz der städtischen Liegenschaften zu gewährleisten, wurden 2015 (2014/2013) 298 (244/229) Planungen und 359 (598/502) Prüfungen im Bereich Blitzschutz durchgeführt.

Aber auch im Zusammenhang mit dem Bau neuer Wohngebiete, Tunnel oder U-Bahnhöfe bedarf es der Mitarbeit der Branddirektion hinsichtlich sicherheitsrelevanter Aspekte.

Im Münchner Süden nördlich des Südfriedhofes wächst an der Hochäckerstraße ein Baugebiet mit einer Gesamtfläche von rund 19 Hektar. Die Branddirektion hat 2015 umfassende Beratungen von Architekten, Fachplanern und Bauherren durchgeführt, um die unterschiedlichen Belange in Einklang mit den vorgeschriebenen **Maßnahmen für den Einsatzfall der Feuerwehr** zu vereinen. Verschiedene Wohnmöglichkeiten mit besonderem Augenmerk auf Energieeffizienz und Nachhaltigkeit werden auf dem großen Areal umgesetzt.

Im Norden liegt an der Peralohstraße und am Sandgrubenweg ein kleinteiliges Wohngebiet mit vorwiegend Reihen-, Doppel- und Einfamilienhäusern. Zudem entsteht ein vielfältiges Wohnquartier mit unterschiedlichen Wohnformen und differenzierten Nachbarschaften. Notwendige soziale Infrastruktureinrichtungen entste-



hen durch großzügige öffentliche und private Grünflächen. Auch eine Kindertagesstätte befindet sich dort. 2016 werden letzte Beratungen für Neubauten durchgeführt und eventuell aufkommende Fragen bei der Umsetzung im Baubetrieb mit den Bauherren und deren Planern gelöst.

Mehrere Beratungen und Prüfungen fanden auch im Zusammenhang mit dem Projekt „Schwabinger Tor“ statt. Das Areal umfasst drei Hochhäuser und eine Tiefgarage mit ca. 20.000 m². Der erste Bauabschnitt ist mittlerweile in Betrieb.

Zur Inbetriebnahme des Tunnels Südwest fanden umfangreiche Abnahmen und Begehungen statt. Insgesamt wurden zirka 800 Einsatzkräfte der Feuerwehr München innerhalb von drei Wochen in die Besonderheiten des Tunnelbauwerks eingewiesen.

Und auch zum Planfeststellungsverfahren für den Umbau des U-Bahnhofs Sendlinger-Tor-Platz nahm die Branddirektion Stellung. Dadurch konnten wesentliche sicherheitstechnische Verbesserungen eingebracht werden.

Katastrophenvorsorge und Zivilschutz

Katastrophenschutz ist eine Aufgabe der Landeshauptstadt München in der Daseinsfürsorge. Die Branddirektion übernimmt im Katastrophenschutz eine koordinierende Rolle, um bei der Vorbereitung auf Großschadenfälle und Katastrophen und bei der Abwehr solcher Ereignisse die Kompetenzen und Zuständigkeiten der Referate und Fachdienststellen zielgerichtet zu bündeln.

Neben den städtischen Dienststellen wirken im Katastrophenschutz auch die Freiwillige Feuerwehr München, der Arbeiter-Samariter-Bund, das Bayerische Rote Kreuz, die Johanniter Unfall-Hilfe, der Malteser Hilfsdienst, das Medizinische Hilfswerk, das Technische Hilfswerk, das Polizeipräsidium München sowie die Bundespolizei als Einsatzorganisationen mit. Im Großschaden- und Katastrophenfall kommen diese unter der Leitung des Katastrophenschutzstabes der Landeshauptstadt München zum Einsatz.

Beteiligt wurde die Branddirektion 2015 als Katastrophenschutzbehörde auch am Silvesterabend. Nachdem die Landeshauptstadt München durch das Polizeipräsidium München eine konkrete Terrorwarnung vor islamistischen Anschlägen am Hauptbahnhof sowie am Pasinger Bahnhof erhielt, wurden beide Bahnhöfe von der Polizei geräumt. Die Branddirektion bereitete hier in der einsatzreichen Silvesternacht nach der kurzfristigen Warnung den möglichen Einsatz von Rettungsdienst und Feuerwehr nach einem Anschlag vor.

Der **Zivilschutz** ist ein Aufgabenpaket, das vor allem dem Schutz und der Versorgung der Zivilbevölkerung im Krisen-, Spannungs- und Verteidigungsfall dient.

Die Anzahl der Trinkwassernotbrunnen mit 134 und der öffentlichen Schutzräume mit 24 ist gegenüber 2014 und 2013 gleich geblieben. Bei den Trinkwassernotbrunnen wäre eine Steigerung um zwei bis drei Brunnen jährlich wünschenswert, scheiterte jedoch auch 2015 erneut an der Personalausstattung.

Von den 24 Schutzräumen, die noch im Jahr 2014 zur Verfügung standen, wurden 2015 drei Stück zurückgebaut oder entwidmet.

Der Bund bewertet die Sicherheitslage durch kriegsrische Handlungen bundesweit und reagiert entsprechend. Bei richtiger Einschätzung dieser Lage durch den Bund entsteht der Landeshauptstadt München bei weiterem Schutzplatzabbau kein sicherheitsrelevanter Nachteil.

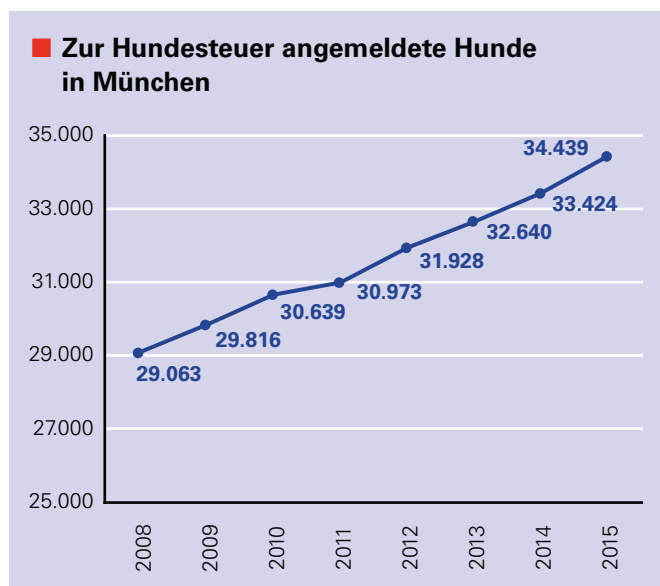
Störungen im Zusammenhang mit Tieren

Das Kreisverwaltungsreferat erlässt sicherheitsrechtliche Einzelanordnungen gegenüber Tierhalterinnen und Tierhaltern oder Organisationen (wie Zirkus, Tierpark, Versuchstieranstalt) zur Verhinderung künftiger Gefahren durch Tiere (gefährliche Hunde, Kampfhunde, sonstige gefährliche Tiere) im Stadtgebiet München. Dazu gehören das **Verhängen von Leinenzwang oder Maulkorbpflicht** ebenso wie die **Wegnahme von gefährlichen Tieren** (bei nicht genehmigter wie nicht ausreichend sicherer Haltung) oder ein generelles **Verbot zur Haltung oder Betreuung** von bestimmten Tieren oder Tieren jeglicher Art bei ungeeigneten Personen, die nicht die Gewähr zur sicheren Haltung eines Tieres bieten.

Im Jahr 2015 (2014/2013) wurden durch das Kreisverwaltungsreferat insgesamt 468 (506/442) sicherheitsrechtliche Anordnungen und Erlaubnisse gefertigt. Darüber hinaus waren 2.485 (2.980/3.344) sonstige sicherheitsrelevante Fälle zu verzeichnen.

Dem Stadtrat wurde im April 2015 durch das Kreisverwaltungsreferat ein Erfahrungsbericht zur „**Neuen Münchner Linie**“ im Umgang mit Hunden vorgelegt. Mit Beschluss in der Vollversammlung vom 29. April 2015 wurde das Kreisverwaltungsreferat vom Stadtrat beauftragt, das Konzept fortzuführen und die Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz der geltenden Regelungen für das Halten von Hunden in München zu optimieren.

Die Anzahl der in München gehaltenen Hunde steigt jährlich weiterhin an.



Ebenso erhöht sich die Zahl an Mitteilungen von Bürgerinnen und Bürgern in Bezug auf (gefährliche) Hundehaltungen in München weiter. Die Mehrung an Kontrolltätigkeiten geht damit stetig einher.

Die Außendienstmitarbeiter sind im gesamten Stadtgebiet im Einsatz und überwachen die Einhaltung der bestehenden Vorschriften (Hundeverordnung), kontrollieren Anordnungen sowie Auflagen, gehen Beschwerden der Bevölkerung nach und sind gleichzeitig Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Die Möglichkeiten sind jedoch mit zwei Personen im Außendienst für das gesamte Stadtgebiet sehr eingeschränkt. Die Aufgaben werden je nach Priorität abgearbeitet. So haben Aufträge, die beispielsweise mit konkreten Gefährdungen einhergehen oder in denen dringende sicherheitsrechtliche Anordnungen der Behörde im Raum stehen, Vorrang vor „normalen“ Kontrollgängen. Dies führt teilweise dazu, dass in einigen Stadtgebieten längere Zeit keine Präsenz der Kontrolleure erfolgt.

Der Umfang, in dem die Außendienstmitarbeiter für mehr Sicherheit in der Landeshauptstadt München durch ihre Kontrollen sorgen können, hängt letztlich vom Personaleinsatz ab. Infolgedessen folgte der Stadtrat auch dem Antrag, die Anzahl an Kontrolleuren im Außendienst um zwei Beschäftigte zu erhöhen. Beide Stellen konnten zwischenzeitlich besetzt werden. Zudem wurden die bisher befristet eingerichteten Stellen nunmehr entfristet, um die Erfüllung von Pflichtaufgaben dauerhaft zu ermöglichen.

Im Jahr 2015 (2014) haben die Mitarbeiter des Außendienstes 861 (591) Kontrollgänge (ohne konkreten Anlass) durchgeführt. Anlassbezogene Kontrollen fanden 209 (164) Mal statt.

2015 (2014) ergingen 279 (366) mündliche Belehrungen. In 25 (62) Fällen wurde ein Bußgeldverfahren eingeleitet. Die Beschäftigten erteilten darüber hinaus 527 (644) allgemeine Auskünfte. Zudem mussten 69 (91) Beschwerden (unter anderem wegen Verunreinigungen durch Hundekot, Gefährdungen durch Hunde oder sonstigem) entgegen genommen werden.

Die Praxis des strikten Verwaltungsvollzugs wurde weiter fortgeführt, das heißt, konkrete Gefährdungen oder Vorfälle in Einzelfällen hat das Kreisverwaltungsreferat konsequent und umgehend verfolgt. Dies spiegelt sich in den statistischen Daten wieder.

Zum Schwerpunkt Gefährhunde/Kampfhunde gingen 2015 (2014/2013) beim Kreisverwaltungsreferat 489 (532/439) Mitteilungen zu Vorfällen mit Hunden ein. In 176 (203/130) Fällen hat die Behörde sicherheitsrechtliche Anordnungen getroffen. Darüber hinaus ergingen 112 (123/141) Belehrungen.

Der Trend einer wachsenden Anzahl zu fertigender Bescheide ist mittlerweile gebrochen. Bei einem Rückgang von Mitteilungen zu Vorfällen mit Hunden von 2014 auf 2015 in Höhe von zirka 8 Prozent sind die Anordnungen um zirka 13 Prozent gesunken.

Betrachtet man die bei der Behörde angezeigten Vorfälle, so lassen sich für 2015 (2014/2013) folgende Verletzungszahlen von Personen und Tieren feststellen:

- verletzte Personen durch Kampfhunde (Kategorie II): 2 (8/0)
- verletzte Personen durch sonstige Hunde: 97 (85/69)
- andere Tiere verletzt durch Kampfhunde (Kategorie II): 5 (5/0)
- andere Tiere verletzt durch sonstige Hunde: 42 (39/37)

Die Zahl der Bissverletzungen ist 2015 (2014/2013) bei den gemeldeten Vorfällen mit 146 gegenüber den Vorjahren (137/106) erneut etwas angestiegen. Das ist jedoch nicht als Zeichen einer erhöhten Gefährdung durch Hunde zu werten, sondern ergibt sich durch die gemeldeten Vorfälle und den Umstand, dass die Bevölkerung mittlerweile sensibilisiert ist und weiß, dass sie sich in Fragen von Gefahren durch die Hundehaltung an das Kreisverwaltungsreferat wenden kann. Auch lässt sich in keinem Fall sagen, dass die Hunde generell bissiger werden. Die Bürgerinnen und Bürger teilen nur tendenziell bereitwilliger Beißvorfälle im Zusammenhang mit Personen und Tieren mit.

Unter Berücksichtigung der zirka 34.500 derzeit im Stadtgebiet München gemeldeten Hunde sind somit nur sehr wenig Hunde auffällig geworden, die Menschen oder Tiere verletzt haben. Kampfhunde der Kategorie II waren 2015 (2014/2013) in München 335 (323/328) angemeldet.

Wegen Verstoßes gegen sicherheitsrechtliche Anordnungen wurden in 28 (44) Fällen Zwangsgelder fällig. Insgesamt wurden 65 (107) Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet.

Die Bußgeldstelle des Kreisverwaltungsreferates war im Jahr 2015 (2014/Juli-Dezember 2013) mit 18 (72/14) Bußgeldverfahren im Zusammenhang mit dem Leinenzwang oder Betretungsverbot für bestimmte Flächen aufgrund der Hundeverordnung betraut. Davon in 7 (28) Fällen wegen Nichtanlebens eines großen Hundes innerhalb des Altstadt-rings und in 7 (40) Fällen wegen Betretens einer mit grünen Pollern gekennzeichneten Fläche in städtischen Grünanlagen durch einen großen Hund oder Kampfhund. 4 Fälle betrafen im Berichtsjahr das Freilaufenlassen eines Kampfhundes oder großen Hundes im Bereich von Wegen in einer mit grünen Pollern gekennzeichneten Grünanlage.

Seit 2014 ist die Hundehaltung für ein Jahr steuerfrei, wenn die Halterin oder der Halter eine theoretische und praktische Prüfung im Sinne der Hundesteuersatzung abgelegt hat. Dieser finanzielle Anreiz soll das freiwillige Ablegen eines Hundeführerscheins fördern.

Die Zahl der Anträge auf Steuerbefreiungen war 2015 (2014) weiterhin relativ niedrig. Dennoch ist eine zahlenmäßige Steigerung durchaus zu vermerken. Wurden 2014 noch 11 Anträge auf Steuerbefreiung aufgrund des Hundeführerscheins genehmigt, stieg die Zahl im Jahr 2015 auf 32 Genehmigungen an.

Sauberkeit



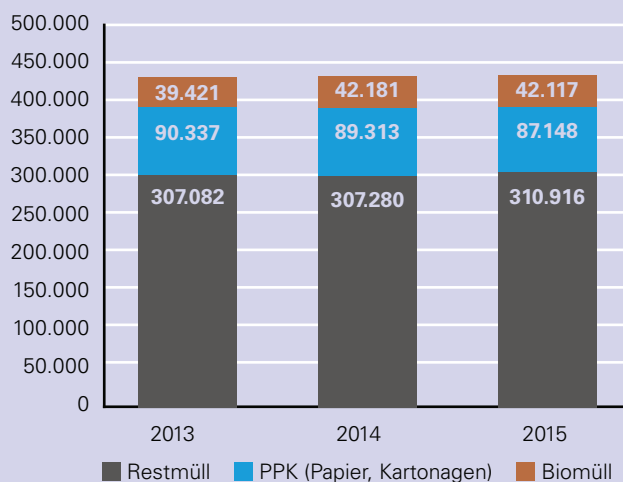
Der Pflegezustand und die Sauberkeit öffentlicher Räume werden in München als ein wichtiger Faktor für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung angesehen. Der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) und das Bau-

referat nehmen in diesem Bereich eine entscheidende Rolle zur Verbesserung der Sicherheit ein.

Stadtweit sorgt der Abfallwirtschaftsbetrieb München für die Vermeidung, die getrennte Erfassung, die fachgerechte Verwertung und die Beseitigung von Abfällen und steht dabei für einen verantwortungsvollen Umgang mit Wertstoffen, Restmüll und Problemabfällen.

2015 (2014/2013) wurden durch den Abfallwirtschaftsbetrieb München folgende Mengen an Müll im 3-Tonnen-System gesammelt (alle Angaben in Megagramm, Mg. Ein Mg entspricht einer Gewichtstonne, t):

■ Durch den Abfallwirtschaftsbetrieb München gesammelte Müllmengen (in Mg)



Vom Abfallwirtschaftsbetrieb München wurden 2015 328 tote Fundtiere auf öffentlichem Grund sichergestellt. Das bedeutet einen Rückgang zum Vorjahr mit 347 toten Fundtieren.

248 (267/199) tote Fundtiere wurden dem AWM im Jahr 2015 (2014/2013) gemeldet. Neben den vom Einsammeldienst daraufhin tatsächlich vorgefundenen 196 (211/162) wurden 132 (136/149) tote Fundtiere durch Polizei und Feuerwehr von öffentlichem Grund eingesammelt.

Das Baureferat ist für die gesamte Reinigung der öffentlichen Verkehrsflächen, des Straßenbegleitgrüns und die Entleerung der Abfallbehälter zuständig. Außerdem fällt der Winterdienst auf öffentlichen Verkehrsflächen in diesen Bereich. Die Aufgabe dient dem Aufrechterhalten der Sauberkeit und Hygiene sowie der Verkehrssicherheit bei winterlichen Verhältnissen im Stadtgebiet München, soweit nicht die Grundanlieger hierzu verpflichtet sind.

Für Reinigung und Winterdienst auf den öffentlichen Verkehrsflächen wurden 2015 (2014/2013) folgende finanzielle Mittel aufgewendet:

- Reinigung außerhalb Satzungsumgriff: 2.884.000 Euro (2.765.000 Euro/2.957.000 Euro)
- Reinigung innerhalb Satzungsumgriff: 34.995.000 Euro (31.915.000 Euro/28.932.000 Euro)
- Winterdienst außerhalb Satzungsumgriff: 9.893.000 Euro (7.652.000 Euro/14.764.000 Euro)
- Winterdienst innerhalb Satzungsumgriff: 3.540.000 Euro (6.122.000 Euro/6.319.000 Euro)

Die Zahlen liegen auch im Berichtsjahr in der Größenordnung der Vorjahre.

Die Kosten des Winterdienstes schwanken zwischen den einzelnen Haushaltsjahren, da der erforderliche Leistungsumfang direkt von der Witterung abhängt.

Subjektives Sicherheitsempfinden – Studie „Älter werden in München“

Sicherheitsempfinden älterer Menschen, Kriminalitätsfurcht und Auswirkungen von Umweltbelastungen

Im Rahmen der Studie „Älter werden in München“ wurden die verschiedenen Facetten des Älterwerdens in der Landeshauptstadt fachübergreifend betrachtet. Ziel der Studie war es herauszufinden, welche kleinräumigen Unterschiede es gibt und wie städtebauliche ebenso wie sozial-kulturelle Merkmale dabei ineinander greifen. Den Kern bildete eine große Haushaltsbefragung im Herbst 2013, bei der knapp 10.000 Haushalte mit mindestens einer Person im Alter zwischen 55 und 74 Jahren angeschrieben wurden. Betrachtet wurden ausgewählte Untersuchungsgebiete, die exemplarisch für bestimmte städtebauliche und sozialstrukturelle Quartierstypen in München stehen. Die Studie wurde vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung in enger Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat in Auftrag gegeben und von der Obersten Baubehörde inhaltlich und finanziell unterstützt. Als Ergebnis liegt ein genaueres Bild von den Wünschen, Bedürfnissen und Sorgen der jungen bzw. zukünftigen Senioren generation vor. Es gibt Aufschluss über wichtige Handlungsfelder der Stadtentwicklungs- und Sozialplanung sowie der Fachplanungen aus den unter-

schiedlichen Bereichen der Stadtverwaltung. Die Ergebnisse sind unter www.muenchen.de/aelterwerden abrufbar.

Da das **Sicherheitsempfinden** ein wesentlicher Einflussfaktor auf die Lebensqualität ist und auch Auswirkungen auf das Verhalten im öffentlichen Raum hat, wurde dieser Aspekt in der Studie „Älter werden in München“ mit verschiedenen Fragestellungen näher beleuchtet. Die Auswertungen zeigen, dass 91 Prozent der Befragten mit der Sicherheit im öffentlichen Raum im direkten Wohnumfeld „sehr zufrieden“ oder „eher zufrieden“ sind. Diese gute Bewertung der öffentlichen Sicherheit spiegelt auch die Tatsache wider, dass München die deutsche Großstadt ist, die die geringste Anzahl an polizeilich registrierten Straftaten im Vergleich zur Bevölkerungszahl verzeichnet.



Betrachtet man jedoch mit dem **subjektiven Sicherheitsgefühl bei Dunkelheit** im Viertel eine andere Facette von Sicherheit, so geben fast 25 Prozent der Befragten an, dass sie sich bei Dunkelheit in ihrem Viertel nicht sicher fühlen. Dass ältere Menschen eine höhere Furcht vor Kriminalität haben, ist kein unbekanntes Phänomen und zeigt sich daran, dass 27 Prozent der Befragten im Alter von 65 bis 74 Jahren sich bei Dunkelheit in ihrem Viertel unsicher fühlen, wohingegen dies bei den jüngeren Befragten im Alter von 55 bis 64 Jahren nur 19 Prozent sind. Die höhere Kriminalitätsfurcht von älteren Menschen (und Frauen) liegt allerdings nicht darin begründet, dass diese tatsächlich ein höheres Risiko haben, Opfer einer Straftat zu werden. Dieses Phänomen wird auch als Kriminalitätsfurchtparadoxon bezeichnet. Eine Erklärung für die höhere Kriminalitätsfurcht von bestimmten Gruppen ist die Vulnerabilitäts- oder Verletzbarkeitsthese. Diese geht davon aus, dass Personen, die sich aufgrund physischer Eigenschaften weniger gut gegen Kriminalität verteidigen können oder die erwarteten Folgen einer

Opfererfahrung als gravierender einschätzen, etwa weil sie länger brauchen sich davon zu erholen, eine erhöhte Furcht vor Kriminalität aufweisen.

Neben individuellen Eigenschaften spielen aber auch Eigenschaften der Wohnumgebung eine wichtige Rolle für das Sicherheitsgefühl. So zeigt ein Vergleich der elf in der Studie „Älter werden in München“ untersuchten Stadtviertel im Hinblick auf das subjektive Sicherheitsempfinden bei Dunkelheit deutliche Unterschiede. Besonders unsicher fühlen sich Befragte in Neuperlach, Laim/Kleinhadern, Ramersdorf und der Messestadt Riem. Vergleichsweise sicher fühlen sich dagegen Befragte aus Sendling, Schwabing, dem Ackermannbogen und Obermenzing.

Als mögliche Erklärungen hierfür lassen sich zum einen **städtebauliche Aspekte** anführen. Orientierungsmöglichkeiten, Übersichtlichkeit, Einsehbarkeit, Beleuchtung und Zugänglichkeit von öffentlichen Räumen haben einen maßgeblichen Einfluss auf das Sicherheitsgefühl. So ist das Sicherheitsgefühl nachts auf unbelebten Straßen in Wohngebieten mit viel Abstandsgrün schlechter als beispielsweise in Gegenden, in denen die Straßen nachts aufgrund gemischter Nutzung belebter und die Bebauung der Straße zugewandt ist. Insbesondere in Großwohnsiedlungen wie Neuperlach ist dieser Aspekt von Bedeutung.

Darüber hinaus wird das Sicherheitsgefühl auch durch **Anzeichen von Vernachlässigung im öffentlichen Raum** negativ beeinflusst. Dies betrifft sowohl physische Unordnung wie etwa Müll und Unrat im öffentlichen Raum als auch soziale Normabweichungen. Diese Anzeichen von Vernachlässigung werden von den Befragten in den Siedlungen der 20er bis 50er Jahre (Laim/Kleinhadern, Ramersdorf), in Neuperlach und der Messestadt Riem als besonders stark wahrgenommen, wie die Studie „Älter werden in München“ zeigt.

Ein dritter Aspekt der für Sicherheit und Sicherheitsgefühl im Quartier verantwortlich ist, sind die **nachbarschaftlichen sozialen Netzwerke**. Diese ermöglichen es, durch die Ausbildung informeller sozialer Kontrolle abweichenden Verhaltensweisen wirksam entgegenzutreten. Analysen zeigen hier, dass die Ausprägung sozialer Netzwerke und die Beziehungsqualität in Neuperlach, Laim/Kleinhadern, Ramersdorf und der Messestadt Riem schlechter bewertet werden als in anderen Gebieten.

Die Ergebnisse der Studie „Älter werden in München“ machen deutlich, dass die Sicherheitslage von den befragten Seniorinnen und Senioren insgesamt recht gut eingeschätzt wird – dies deckt sich auch mit der objektiven Sicherheitslage.

Allerdings gibt es zwischen den Quartieren Unterschiede im subjektiven Sicherheitsgefühl. Auch wenn eine erhöhte Kriminalitätsfurcht nicht zwingend aus einem hohen Risiko resultiert, tatsächlich Opfer einer Straftat zu werden, so ist alleine die Furcht vor Kriminalität nicht unproblematisch.

Studien haben gezeigt, dass Furcht vor Kriminalität die allgemeine Lebenszufriedenheit reduzieren und den (psychischen) Gesundheitszustand verschlechtern kann. Hierbei kann es auch zu Rückkopplungsmechanismen kommen, wenn eine schlechte psychische Gesundheit wiederum zu erhöhter Kriminalitätsfurcht führt. Zudem kann Angst vor Kriminalität zu Vermeidungsverhalten führen, etwa dadurch, dass man öffentliche Räume zu bestimmten Zeiten oder ganz meidet. Auf diese Weise können sich soziale Begegnungen reduzieren und nachbarschaftlichen Austausch schwächen. Dies wiederum verhindert die Ausbildung wirksamer informeller sozialer Kontrolle.

Ein weiteres Thema der Studie „Älter werden in München“ waren gesundheitliche Belastungen von älteren Bürgerinnen und Bürgern. Zu diesem Thema hat das Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München im Jahr 2015 eine Sonderauswertung mit dem Titel „Ältere Menschen in München – Gesundheit und Umweltbedingungen“ verfasst, die unter www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Gesundheit-und-Umwelt/GUBE/Veroeffentlichungen.html zu finden ist. Diese Auswertungen haben innerstädtische Unterschiede in Bezug auf Gesundheits- und Umweltbedingungen aufgezeigt und auch deutlich gemacht, dass die drei Aspekte soziale Lage, subjektiver Gesundheitszustand und Umweltbedingungen sich teilweise deutlich überlagern. Nähere Informationen hierzu können der Veröffentlichung entnommen werden.



Verbraucherschutz

Gesundheitlicher Verbraucherschutz

Ziel des Kreisverwaltungsreferates ist es, eine angemessene **Lebensmittelüberwachung** sicherzustellen. Hauptaufgabe der Lebensmittelüberwachung ist der Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren durch Lebensmittel. Neben den regelmäßigen, verpflichtend vorzunehmenden Plankontrollen kam es aufgrund von Verbraucherbeschwerden, Meldungen aus dem Europäischen Schnellwarnsystem oder lebensmittelbedingten Verbrauchererkrankungen (zum Beispiel wegen Noroviren, Salmonellen, Listerien) und wegen sonstiger Anlässe erneut zu zahlreichen anlassbezogenen Überprüfungen und Ermittlungen in den jeweils betroffenen Betrieben und Einrichtungen. Regelmäßig kommt es zu Beanstandungen, die sicherheitsrechtliche Maßnahmen wie Anordnungen, Sicherstellungen, Verwaltungszwang oder Ahndungen (Bußgeld- oder Strafverfahren) nach sich ziehen.

Die Münchner Lebensmittelüberwachung ist im Stadtgebiet für etwa 20.000 Betriebe zuständig.

Im Berichtsjahr erfolgten wie in den Vorjahren mehr als 20.000 Kontrollen. Zudem wurden 2015 (2014)

etwa 3.200 (knapp 3.500) Proben entnommen.

Aufgrund von Verbraucherbeschwerden wurden über 600 (600/knapp 650) Kontrollen vorgenommen und knapp 100 (über 100) Beschwerdeproben entgegengenommen.

Meldungen aus dem EU-Schnellwarnsystem führten zu etwa 1.300 (mehr als 1.500) Kontrollen.

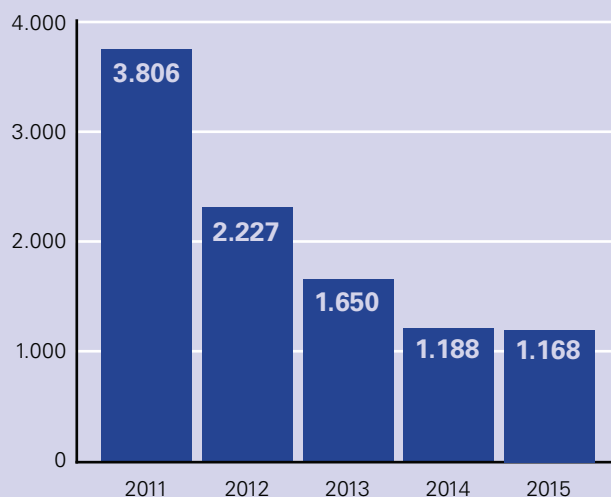
Insgesamt ergaben sich dabei mehrheitlich keine oder nur geringe Beanstandungen. In diesen Fällen kam es zu mehr als 11.000 (10.000) Beratungen oder Belehrungen von Gewerbetreibenden.

Bei 1.168 (1.188/1.650) Überprüfungen lagen 2015 (2014/2013) jedoch Beanstandungen vor, die nicht nur geringfügig waren und zu lebensmittelrechtlichen Anordnungen führten; von den entnommenen Proben wurden knapp 300 (über 250/300) beanstandet.

2015 (2014/2013) mussten rund 360 (330/500) Bußgeldverfahren und etwa 20 (30/60) Strafverfahren gegen die Verantwortlichen eingeleitet werden. In 11 (10/11) Fällen musste die Lebensmittelüberwachung aufgrund besonders gravierender Hygiene-

mängel sogar kurzfristige Betriebsschließungen verfügen.

■ Überprüfungen mit festgestellten Beanstandungen, die nicht nur geringfügig waren



Erfreulicherweise war 2015 – wie auch bereits im Vorjahr – kein Anstieg bei den Beanstandungen zu vermerken. Es ist davon auszugehen, dass die regelmäßige Präsenz und Beratung, aber auch das konsequente Drängen auf Mängelbeseitigung und – soweit erforderlich – die Ahndung von Verstößen maßgeblich dazu beigetragen haben, die Zahl der Beanstandungen im Vergleich zu den Vorjahren zu minimieren.

Das Veterinärwesen des Kreisverwaltungsreferates kontrolliert alle zugelassenen **Fleischhygienebetriebe** im Stadtgebiet München, um die Verbraucherinnen und Verbraucher vor Gesundheitsgefahren, Täuschungen und Irreführungen zu schützen.

Im Jahr 2015 (2014/2013) wurden 54 (55/57) zugelassene Fleischhygienebetriebe in insgesamt 1.669 (1.580/1.409) Fällen überprüft.

In den meisten Fällen ergaben sich keine oder lediglich geringfügige Beanstandungen. Die Gewerbetreibenden wurden beraten oder belehrt und Fristen für die Behebung der Beanstandungen festgelegt.

Aufgrund von mehr als geringfügigen Beanstandungen wurden 10 (11/19) schriftliche Belehrungen und 4 (3/2) Anordnungen (zwangsgeldbewehrt) ausgesprochen und 5 Zwangsgeldfestsetzungen verhängt. Außerdem wurden 2 Strafverfahren eingeleitet. Betriebsschließungen waren nicht erforderlich.

2015 hat sich die Zahl der durchgeführten Kontrollen leicht erhöht. Die in Einzelfällen festgestellten schwerwiegenderen Verstöße führten zu einer leichten Steigerung (zirka 5 Prozent) der durchgeführten Kontrollen.

Zu den Aufgaben des Städtischen Veterinäramtes gehört auch die Überwachung einer fachlich korrekten **Entsorgung von tierischen Nebenprodukten**, um eine mögliche Ausbreitung von Krankheitserregern oder sogar übertragbaren Tierkrankheiten zu verhindern.

Tierische Nebenprodukte entstehen hauptsächlich während der Schlachtung von Tieren, die für den menschlichen Verzehr bestimmt sind, bei der Herstellung von Erzeugnissen tierischen Ursprungs und bei der Beseitigung toter Tiere. Unabhängig von ihrer Quelle stellen sie ein mögliches Risiko für die Gesundheit von Mensch und Tier sowie für die Umwelt dar; insbesondere die **Sicherheit der Lebensmittel- und Futtermittelkette** muss geschützt werden.

Eine Reihe tierischer Nebenprodukte wird im verarbeitenden Gewerbe verwendet, etwa zur Herstellung von Arzneimitteln, von Heimtierfuttermitteln oder Lederprodukten. Tierische Nebenprodukte finden auch Verwendung in Forschungs- und Lehrinstituten der Universitäten und der freien Wirtschaft.

In diesem Zusammenhang wurden 2015 (2014/2013) 49 (38/53) zugelassene und registrierte Betriebe oder Unternehmen überwacht, die tierische Nebenprodukte entweder sammeln, transportieren, verwenden, Folgeprodukte herstellen oder beseitigen.

Gastronomie

Die Bezirksinspektionen haben im Jahr 2015 (2014) wegerechtliche Erlaubnisse für 2.462 (2.631) Freischankflächen erteilt und mit 3.760 (2.699) Kontrollen die Einhaltung der für die einzelnen Freischankflächen jeweils geltenden Bestimmungen wie Abmessungen, Gestaltung, Betriebszeit überwacht.

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Freischankflächen leicht rückläufig. Dieser Rückgang liegt jedoch innerhalb einer normalen Schwankungsbreite. Die Überwachung der Freischankflächen wurde hingegen im Vergleich zum Jahr 2014 erheblich intensiviert.



Die 2014 in einer Pilotphase erprobte Verlängerung der Betriebszeiten von Freischankflächen an Sommerwochenenden führte nicht zu einem Anstieg der Lärmbeschwerden. Daher hat der Stadtrat diese Regelung mit Beschluss der Vollversammlung vom 1. Juli 2015 dauerhaft in die Sondernutzungsrichtlinien übernommen. Infolgedessen dürfen Freischankflächen auf öffentlichem Straßengrund in den Monaten Juni, Juli und August an Freitagen, Samstagen sowie an Tagen vor Feiertagen grundsätzlich bis 24 Uhr betrieben werden.

Glücksspielrecht

2015 (2014) bestanden in München rund 228 (230) Spielhallen mit 2.455 (knapp 2.500) Geldspielautomaten. Nach einem rasanten Anstieg der Spielhallen bis zum Vorjahr ist nun ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Die zum 1. Mai 2014 eingeführte Sperrzeit für Spielhallen von täglich 3 bis 9 Uhr wird durch das Kreisverwaltungsreferat laufend überwacht.

Überwachung des Tierarzneimittel- und Betäubungsmittelverkehrs

Das Städtische Veterinäramt ist in München zuständig für die arzneimittelrechtliche Überwachung. Der Kontrolle unterliegen – neben tierärztlichen Hausapotheken – Apotheken der tierärztlichen Bildungsstätten, Institute in den Versuchstiereinrichtungen sowie Apotheken bei landwirtschaftlichen Nutztierhaltern (Stallapotheke). Auch Personen, die Arzneimittel berufsmäßig bei Tieren anwenden, ohne eine Zulassung zum tierärztlichen Beruf zu haben (wie

Tierheilpraktiker, Klauenpfleger, Schafscherer) werden geprüft.

Außerdem fällt die Überwachung des Betäubungsmittelverkehrs in den tierärztlichen Praxisbetrieben und Einrichtungen sowie die Überwachung der Meldepflichtungen der Tierhalter über den Einsatz von Antibiotika bei Masttieren in den Aufgabenbereich des Städtischen Veterinäramtes. Dazu kommt die Besorgung, Vorrätighaltung und Durchführung der Abgabe von Arzneimitteln zur Bekämpfung der Varroatose an die Imkerbetriebe im Stadtgebiet.

Insgesamt wurden 2015 (2014/2013) 83 (72/94) tierärztliche Praxiseinrichtungen, 10 (18/32) tierärztliche Hausapotheken in Versuchstiereinrichtungen, 2 (4/7) Tierheilpraktiker und 4 Stallapotheken überprüft.

Überwachung von Pflegediensten, in der Pflege oder in nichtärztlichen Heilberufen tätigen Personen

Das Referat für Gesundheit und Umwelt prüft die Einhaltung der melderechtlichen Vorgaben hinsichtlich in nichtärztlichen Heilberufen tätiger Personen bzw. krankenpflegerisch tätiger Personen.

Bei ausbleibender, unvollständiger oder nicht unverzüglicher Einreichung von Zuverlässigkeits-, Eignungs- und/oder Qualifikationsnachweisen durch verantwortliche Pflegedienstbetreiber oder Einzelpersonen, werden Verwarn- oder Bußgeldverfahren eingeleitet. Auch gehören sicherheitsrechtliche Anordnungen mit Anwendung entsprechender Zwangsmittel zur Einhaltung der Meldepflichten zur Aufgabenerfüllung. Bei Erkenntnissen, welche die Zuverlässigkeit von in Heilberufen oder in der Krankenpflege Tätigen in Frage stellen, werden zur Abwehr von Gefahren für die zu pflegenden Personen Zuverlässigkeitsprüfungen durchgeführt und gegebenenfalls Tätigkeitsverbote verhängt.

Im Jahr 2015 (2014/2013) wurden 12 (11/10) Pflegedienste zu beabsichtigten sicherheits- und bußgeldrechtlichen Maßnahmen angehört.

In 6 (4/4) Fällen kam es zu sicherheitsrechtlichen Verpflichtungsanordnungen zur Einreichung von Unterlagen. In 5 (5/3) Fällen wurde eine gebührenpflichtige Verwarnung erteilt. Außerdem wurden 5 (4/5) Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet.

Bei 9 (10/9) Pflegedienstmitarbeitern wurde aufgrund von Eintragungen im Führungszeugnis ein Zuverlässigkeitsprüfungsverfahren durchgeführt. In 9 (10/8) Fällen wurde das Verfahren mit einer qualifizierten Abmahnung für die Pflegedienstmitarbeiter abgeschlossen.

Die Fallzahlen bewegen sich damit in etwa auf gleichem Niveau wie im Vorjahr.

Konzessionierung und Überwachung von Privatkliniken

Privatkliniken bedürfen zum Betrieb einer gewerberechtlichen Erlaubnis, welche zur Gewährleistung der Patienten- und Personalsicherheit unter entsprechenden Auflagen erteilt wird. Die Einhaltung dieser Auflagen ist entsprechend zu überwachen. Bei Nichteinhaltung des genehmigten diagnostischen, operativ-therapeutischen Behandlungsspektrums, bei baulich-funktionellen, betrieblich-organisatorischen, apparativ-technischen oder personellen Defiziten werden die entsprechenden Maßnahmen zu deren Behebung getroffen.

Im Jahr 2015 (2014/2013) wurden 7 (5/4) Brandschutzberichte bei den betreffenden Kliniken thematisiert und die Behebung der aufgeführten Mängel überwacht.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt prüfte 52 (56/41) Meldungen über die Aufnahme von Belegärzten. Außerdem wurden 7 (3/4) Verfahren hinsichtlich unterbliebener anzeigepflichtiger Meldungen bezüglich Änderungen in Bestand und Betrieb von Kliniken eingeleitet.

In Kooperation mit der Gesundheitsbehörde wurden 12 (3/6) konzessionierte Privatkliniken hinsichtlich der Einhaltung der Konzessionsauflagen (inklusive Infektionshygiene) überprüft und die erforderlichen Maßnahmen zur Behebung der festgestellten Mängel getroffen.

Ebenso wurde 1 (1/1) privater Rettungsdienst hinsichtlich der Einhaltung der Infektionshygiene nachgeprüft und die erforderlichen Maßnahmen zur Behebung der festgestellten Mängel angeordnet.

Die Mitwirkung des Referates für Gesundheit und Umwelt an der Konzessionierung von Privatkliniken nach

§ 30 Gewerbeordnung erfolgte in Form fachlich-medizinischer Stellungnahmen zu Fragen baulich-funktioneller, apparativ-technischer und betrieblich-organisatorischer Eignung von Objekten für einen Betrieb als Privatkrankenhaus. Objektbeurteilung und Prüfung der Einhaltung von Konzessionsauflagen erfolgten insbesondere auch unmittelbar vor Ort.

Die Anzahl der Verfahren zur Erteilung, Änderung oder Rücknahme erteilter Konzessionen, in denen eine fachlich-medizinische (ärztliche) Einbindung erforderlich wurde, belief sich 2015 (2014/2013) auf 78 (64/56) Verfahren, die Anzahl der erforderlichen Objektbegehungen (vor Ort) auf 12 Begehungen. Der Mitwirkungsbedarf an der Konzessionierung von Privatkliniken zeigte sich damit gegenüber dem Vorjahr erneut ansteigend.

Die in Sachverständigenfunktion erfolgende fachmedizinische Mitwirkung an Konzessionsverfahren leistete einen überaus wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der für den Patientenschutz unabdingbaren Mindestanforderungen in Privatkliniken.

Überwachung des Betäubungsmittelverkehrs

Der Aufgabenbereich „Vollzug des Betäubungsmittelgesetzes und der Betäubungsmittelverschreibungsverordnung“ gewährleistet die Sicherheit und Kontrolle des Betäubungsmittelverkehrs im Stadtgebiet. Innerhalb von Arztpraxen und Apothekenbetrieben sowie mittelbar auch bei Patientinnen und Patienten (Substitutions- und sonstige Betäubungsmittel-Patienten) ist der ordnungsgemäße **Umgang mit Betäubungsmitteln** zu überwachen.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt fungiert unter anderem als Ansprechpartner für Ärzte und Apotheker in Fragen zum Betäubungsmittelrecht. Zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Patientinnen und Patienten sowie zur Unterbindung des illegalen Handels mit verschreibungspflichtigen Betäubungsmitteln sind notwendige Maßnahmen zu treffen.

Es erfolgen routinemäßige und anlassbezogene Begehungen von Apotheken, substituierenden Einrichtungen und Arztpraxen, Zahnarztpraxen und medizinischen Einrichtungen wie Hospize, Rettungs- oder Pflegedienste. Dabei werden die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen für vorgehaltene Betäubungsmittel überprüft. Des

Weiteren wird im Rahmen der Kontrolle der Sicherheit des Betäubungsmittelverkehrs die Betäubungsmittel-nachweisführung ebenfalls einer Überprüfung unterzogen. Bereits ausgefertigte oder belieferte Betäubungsmittelrezepte sind auf formelle und materielle Richtigkeit zu überprüfen. Bei gravierenden oder auch wiederholten Verstößen kommt es zu verwaltungsrechtlichen **Maßnahmen** oder zur Einleitung von Ordnungswidrigkeiten- oder Strafverfahren **gegen Ärzte, Apotheker** und gegebenenfalls auch **Patienten**.



Durch die steigende Zahl von Todesfällen infolge von missbräuchlichem Konsum von Fentanyl-Pflastern (Schmerzmittel) in der Drogenszene werden Fentanyl-Verschreibungen an unter 50-jährige Personen schwerpunktmäßig bei Apothekenkontrollen überprüft.

Im Jahr 2015 (2014/2013) führte das Referat für Gesundheit und Umwelt 59 (246/60) Apothekenkontrollen und 6 (3/8) anlassbezogene Praxiskontrollen durch. Daraus resultierten 18 (109/104) Hinweisschreiben an Ärztinnen und Ärzte und 2 Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen formeller Beanstandungen (fehlende oder falsche Angaben auf Betäubungsmittelrezepten). In einem Fall wurde ein Bußgeld erhoben.

75 (288/32) Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet wegen Verdachtsfällen von nicht medizinisch begründeten Betäubungsmittelverschreibungen (hauptsächlich Fentanyl-Verordnungen).

Wegen strafrechtlich relevanter unbegründeter Betäubungsmittelverschreibungen kam es zu 134 Anzeigen gegenüber Ärztinnen und Ärzten (die Verfahren werden in der Regel wieder eingestellt).

In 101 (90/8) Fällen ergingen Anhörungsschreiben an Ärztinnen und Ärzte zu beabsichtigten betäubungs-

mittelrechtlichen Unterbindungsmaßnahmen. In der Regel erfolgte hier eine sofortige Kooperation auf freiwilliger Basis.

Im Gegensatz zum Jahr 2014 (2013), in welchem 19 (4) Strafanzeigen gegenüber Patientinnen und Patienten wegen des Erschleichens von Betäubungsmittelrezepten ergingen, kam es 2015 zu keiner Strafanzeige.

6 (2) Substitutionspraxen wurden 2015 (2014) routinemäßig überprüft.

Aufgrund gesetzlich geänderter Vorgaben, aber auch von Personalfuktuationen mit daraus resultierenden Kapazitätsschwankungen und Anschlussaufgaben, die sich aus früheren Überprüfungsergebnissen bedingen, ist eine Vergleichbarkeit zu den Vorjahren nicht gegeben.

Die Schwerpunktbegehungen von Substitutionspraxen konnten im realisierbaren Umfang gesteigert werden.

Die fachlich-medizinische Mitwirkung an der Überwachung des Betäubungsmittelverkehrs des Referates für Gesundheit und Umwelt erstreckte sich vornehmlich auf die Überprüfung der Begründetheit von Betäubungsmittelverordnungen einschließlich der verordneten Mengen.

Schwerpunkt bildete wie bereits im Vorjahr die Überprüfung der Verordnungen von nach dem Betäubungsmittelgesetz rezeptpflichtigen Schmerzmitteln an Patienten unter 50 Lebensjahren. Vorrangig handelte es sich um Fentanyl, das ein hohes Missbrauchspotential bei drogenabhängigen Patienten besitzt und von diesen oftmals bei Ärzten „erschlichen“ wird.

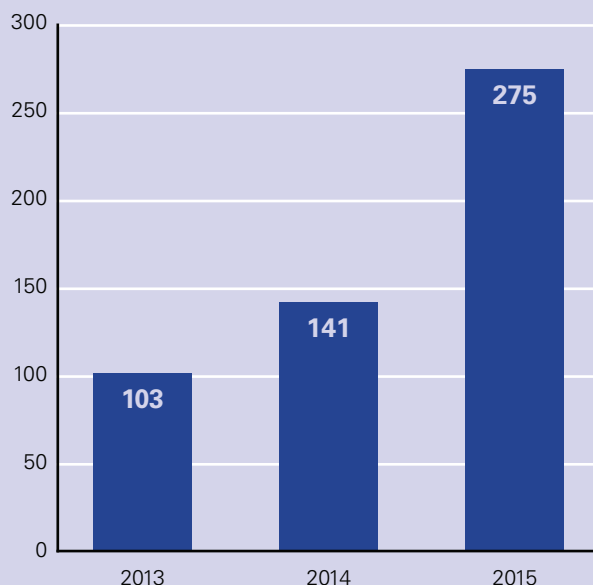
Vor Ort überprüft wurden zudem 14 Arztpraxen, in denen sich drogenabhängige Patientinnen und Patienten einer Substitutionstherapie mit Betäubungsmitteln unterzogen oder bei denen ein begründeter Verdacht auf eine unkorrekte Abwicklung des Betäubungsmittelverkehrs bestand.

In 6 Fällen war die Mitwirkung als sachverständige Zeugin in juristischen Auseinandersetzungen vor dem Verwaltungs- oder Amtsgericht erforderlich.

Die ärztliche Mitwirkung an der Überwachung des Betäubungsmittelverkehrs konnte insbesondere auf dem Gebiet der Schmerzmittelverordnungen zu einer korrekten, medizinisch indizierten Handhabung beitragen.

Der Mitwirkungsbedarf zeigte sich im Vergleich zu den Vorjahren erneut ansteigend. Insbesondere die Anzahl der fachlich-medizinischen Bewertungen (schriftliche Stellungnahmen) der Begründetheit von Betäubungsmittelverordnungen stieg um 95 Prozent.

■ Fachlich-medizinische Bewertungen



Dies ist insbesondere auf eine ressourcenbedingt erhöhte Kontrollaktivität des Referates für Gesundheit und Umwelt sowie auf eine ministeriell verfügbare Ausweitung der Kontroll- und Beratungsaufgaben zurückführbar.

Umwelthygienische Überwachung

Die **trinkwasserhygienische Überwachung** – als hoheitliche Pflichtaufgabe – umfasste wie bereits in den Vorjahren die Kontrolle und Beratung von Betreibern zentraler Trinkwasserversorgungsanlagen, Einzelwasserversorgungsanlagen, öffentlicher und privater (gewerblicher) Trinkwasserinstallationen sowie die Beurteilung der Trinkwasserbereitstellung auf öffentlichen Veranstaltungen.

Auch 2015 fokussierte sich die Überwachungstätigkeit (Beratung, Kontrolle) auf gewerblich genutzte private Hausinstallationsanlagen.

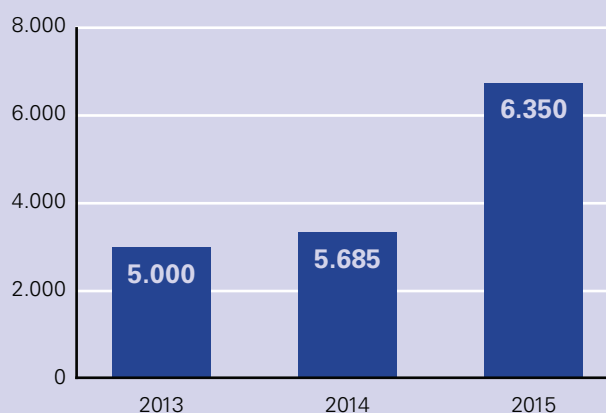
2015 (2014) waren vom Referat für Gesundheit und Umwelt gemäß Trinkwasserverordnung zirka 4.800 (5.400) Meldungen oder Befunde mit Vorlage teils

umfangreicher Untersuchungsergebnisse zu bearbeiten. Etwa 2.250 (2.500) davon erforderten, da sie auffällige Befunde aufzeigten, weitergehende Maßnahmen. Dazu zählten Nachuntersuchungen oder auch Sanierungsmaßnahmen durch die Unternehmer oder sonstige Inhaber der betroffenen Anlagen sowie behördliche Interventionen. Die behördlichen Interventionen umfassten neben umfangreichen Informationsaktivitäten auch das Aussprechen von Nutzungseinschränkungen (wie Duschverbot oder das Anbringen von Sterilfiltern). Überraschend hoch lag im Berichtsjahr auch wieder die Anzahl notwendiger Nachuntersuchungen wegen ausbleibender Sanierungserfolge.

Zu den betroffenen Anlagen zählten 2015 (2014/2013) auch die Anlagen von 171 (203/190) Mehrfamilienhäusern, deren extrem hohe Legionellenverkeimung (Überschreitung des Gefahrenwertes) ein umgehend behördliches Handeln begründete.

Die Anzahl der dem Referat für Gesundheit und Umwelt im Jahr 2015 (2014/2013) angezeigten Überschreitungen des in der novellierten Trinkwasserverordnung vorgegebenen technischen Maßnahmenwertes zeigten sich mit zirka 4.800 (5.400/3.945) Anzeigen gegenüber 2014 um etwa 12 Prozent rückläufig. Ebenso die Anzahl der Wohnhäuser, deren Hausinstallationsanlage eine Überschreitung des sogenannten „Gefahrenwertes“ (extrem hohe Legionellenkontamination) aufwies.

■ Anzahl der in Überwachung stehenden privaten (gewerblichen) Hausinstallationsanlagen



Insgesamt erhöhte sich die Anzahl der in Überwachung stehenden privaten (gewerblichen) Hausinstallationsanlagen auf 6.350.



Maßnahmen im Zusammenhang mit Zuwanderinnen und Zuwanderern aus EU-Staaten in prekären Lebensverhältnissen (Armutszuwanderung)

Zum 31. Dezember 2015 lebten 419.391 Ausländerinnen und Ausländer in München. Der Zuzug nach München erfolgte in den letzten Jahren weit überwiegend aus dem Ausland.

Vielfach gelingt die Integration der Neuankömmlinge. Herausforderungen für die Stadtgesellschaft entstehen dort, wo es den Zuwanderinnen und Zuwanderern nicht gelingt, zügig an wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens teilzuhaben. Dazu gehören Beschäftigung, Wohnraum, Bildung, Gesundheit und Sprache. Große Schwierigkeiten haben Menschen ohne berufliche Qualifikation und/oder ohne Sprachkenntnisse. Sie halten sich in München unter sehr prekären Lebenssituationen auf. Die Zahl dieser Menschen ist in den letzten Jahren spürbar gestiegen.

Runder Tisch Armutszuwanderung

Um den Herausforderungen zu begegnen und sie stadtweit zu koordinieren, wurde der verwaltungsinterne „Runde Tisch Armutszuwanderung aus EU-Ländern“ unter Federführung des Sozialreferates einberufen. Dieser hat folgende Zielsetzungen:

- Situations- und Datenanalyse,
- Informations- und Erfahrungsaustausch der Referate,
- Maßnahmen anstoßen und Wirkung auswerten, gegebenenfalls nachsteuern und weiteren Handlungsbedarf ermitteln,
- Koordinierung des Vorgehens bei referatsübergreifenden Themen,
- zusammen mit freien Trägern der Wohlfahrtspflege, Polizei, Zoll, Gewerkschaft und Arbeitsagentur mit Beratungsmöglichkeiten und unterschiedlichen Maßnahmen auf die Herausforderungen reagieren.

Neues Beratungscafé als Anlaufstelle für EU-Zuwanderinnen und -Zuwanderer



Zum 1. September 2015 konnte eine lange geplante Anlaufstelle für Zuwanderinnen und Zuwanderer in prekärer Lebenslage realisiert werden.

Dieser Personenkreis findet in den Räumen des Beratungscafés in der Sonnenstraße die Möglichkeit, sich auszuruhen, zu essen und zu trinken. Dort können die Menschen dann gezielt an die vorhandenen Beratungsangebote herangeführt werden, um sie über ihre Möglichkeiten, aber auch über die Grenzen, in München zu bleiben, zu beraten. Speziell auf die Zielgruppe zugeschnittene Sprachkurse und Kontakte zu Migrantenorganisationen runden das Angebot ab.

Umgang mit „Wildem Campieren“

Nach der Ostöffnung Europas, aber auch aufgrund zunehmenden Wohnungsmangels wurde eine deutliche Zunahme von im Freien nächtigenden Personen im Stadtgebiet festgestellt. Anders als die bis dahin bekannten Obdachlosen, die auch in München seit jeher eher unauffällig einzeln in Nischen übernachteten, war eine Zunahme von Beschwerden und vor allem eine deutliche Sichtbarkeit der neu hinzugekommenen Obdachlosen auffällig. Insbesondere das Niederlassen größerer Gruppen an zentralen und zum Teil weithin sichtbaren Plätzen führte zu einem großen Unsicherheitsgefühl in Teilen der Bevölkerung, aber auch zu einer Zunahme der Vermüllung der Schlaf-, Ess- und Waschplätze. Seit dem 17. Juli 2013 ist deshalb eine stadtweite Arbeitsgruppe mit unerlaubtem Campieren auf öffentlichen und privaten Straßen und Anlagen thematisch befasst.

2015 wurde die referatsübergreifende Arbeitsgruppe „Wildes Campieren“ um das Thema „Prekäres Wohnen“ erweitert. Um die gemeinsame Aufgabe und die Vorgehensweise zu strukturieren, wurden von der Arbeitsgruppe für die beiden Aufgabengebiete „Prekäres Wohnen“ und „Wildes Campieren“ Handlungsleitfäden entwickelt.

Um eine Verfestigung von Lagern zu verhindern, gibt es die Entscheidung der Stadtspitze, wildes Campieren in München nicht zu tolerieren. Gleichberechtigt besteht jedoch die Vorgabe, die obdachlosen Personen vor einer Räumung zu beraten und eventuell mögliche Übernachtungsmöglichkeiten oder Möglichkeiten der Rückreise ins Heimatland aufzuzeigen. Diese Beratung wird von den Streetworkerinnen und Streetworkern des Evangelischen Hilfswerkes München durchgeführt.

In den 14-tägigen Treffen der Arbeitsgruppe werden die aktuellen Meldungen besprochen und geeignete Maßnahmen festgelegt. Im Jahr 2015 lagen 34 Meldungen zum wilden Campieren vor. Tatsächlich gibt es in der Landeshauptstadt München jedoch noch mehr Fälle von wildem Campieren. Manche Lager/Zelte sind so gut versteckt, dass sie über längere Zeit nicht entdeckt und demzufolge auch nicht gemeldet werden; andere Lager bestehen nur für ein paar Nächte, sodass ein Eingreifen der Stadtverwaltung nicht notwendig wurde.

Beim Personenkreis der „wild Campierenden“ handelt es sich meist um obdachlose Zuwanderinnen und Zuwanderer aus den ost- und südosteuropäischen EU-Staaten ohne Anspruch auf Sozialleistungen in München.

Um die obdachlosen Personen, die in München „auf der Straße“ leben oder wild campieren, besser erreichen und beraten zu können, hat sich das Sozialreferat in Kooperation mit dem Evangelischen Hilfswerk erfolgreich um Mittel aus den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP-Fonds) beworben. Für die Jahre 2016 bis 2018 wird das Sozialreferat EHAP-Mittel für die Arbeit mit diesem Personenkreis erhalten.

Maßnahmen gegen prekäre Wohnverhältnisse

In der referatsübergreifenden Arbeitsgruppe „Prekäres Wohnen und Wildes Campieren“ arbeiten das Kreisverwaltungsreferat, das Referat für Stadtplanung und Bauordnung/Lokalbaukommission, das Sozialreferat und das Referat für Gesundheit und Umwelt sowie Vertreter des Polizeipräsidiums und Vertreterinnen und Vertreter des Evangelischen Hilfswerkes (Streetwork) eng zusammen.

Der Arbeitsgruppe wurden im Berichtsjahr 19 neue Objekte mit Verdacht auf prekäre Wohnverhältnisse gemeldet. Weiterhin gab es Wiederholungsmeldungen für Objekte, die bereits 2014 erstmalig gemeldet wurden. Bei den Meldungen zum prekären Wohnen gab es 2015 im Vergleich zum Jahr 2014 einen Rückgang (2014 wurden 24 Objekte gemeldet). Allerdings sagen die Meldungen zum Prekären Wohnen nichts über die tatsächliche Zahl prekärer Wohnverhältnisse aus. Die „Dunkelziffer“ liegt wesentlich höher. Viele Mieterinnen und Mieter in prekären Wohnverhältnissen beschwerten sich nicht, weil sie befürchten, ihre Wohnung oder Wohnmöglichkeit zu verlieren oder sie die Wohnverhältnisse im Vergleich zu den Wohnverhältnissen in ihren Herkunfts- und Heimatländern nicht als prekär empfinden.

Die Meldungen zum prekären Wohnen erfolgten überwiegend durch Bezirkssozialarbeiterinnen und Bezirkssozialarbeiter, aber auch über das Kreisverwaltungsreferat, Bezirksausschüsse, Polizeidienststellen oder Meldungen von Bürgerinnen und Bürgern (meist aus der Nachbarschaft). Häufige Inhalte der Meldungen waren beengte Wohnverhältnisse, Mängel bei den Rettungswegen (wie bei Kellerwohnungen), Mängel bei den Sanitär- und Heizungsanlagen, Schimmel und Ungeziefer (Kakerlaken, Ratten).

Nach Prüfung der Meldungen in der Arbeitsgruppe erfolgte eine gemeinsame (referatsübergreifende) Begehung der Wohnungen oder Häuser oder eine Weiterleitung der Meldung an das zuständige Referat zur weiteren Bearbeitung in eigener Zuständigkeit. In den Objekten, die gemeldet wurden, leben vor allem Einzelpersonen (alleinstehende Männer aus anderen EU-Staaten, die nach München zur Arbeitssuche kommen) oder auch Familien mit mehreren Kindern. Die Arbeitsgruppe legt ein besonderes Augenmerk auf Meldungen, bei denen auch Kinder betroffen sind.

Die Lokalbaukommission des Referates für Stadtplanung und Bauordnung als zuständige Bauaufsichtsbehörde musste in einigen Fällen die weitere Nutzung der Objekte zu Wohnzwecken ganz oder teilweise untersagen. Hauptgrund waren überwiegend brandschutztechnische Mängel mit erheblicher Gefahr für die Bewohnerinnen und Bewohner. In einigen Fällen konnten diese Mängel auch durch einzelne bauliche Maßnahmen behoben werden.

Im Zusammenhang mit der Thematik prekärer Wohnverhältnisse kam es auch in 5 Fällen zu Unratlagerungen auf verschiedenen Grundstücken. Die Grundstücksverantwortlichen leisteten den Aufforderungen des Referates für Gesundheit und Umwelt zur Abfallentsorgung jedoch Folge, sodass insoweit keine weiteren behördlichen Maßnahmen erforderlich wurden.

Gegen viele der gemeldeten Missstände konnte jedoch nicht eingeschritten werden. Nach Abschaffung des Bayerischen Wohnungsaufsichtsgesetzes im Jahr 2005 bestehen außer bei Gefahren für Leib und Leben nur noch sehr eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten. Die Zielsetzung in diesen Fällen ist es, die Mieterinnen und Mieter auf ihre rechtlichen Möglichkeiten und weitere Hilfs- und Beratungsangebote hinzuweisen.

Kälteschutzprogramm

Die Landeshauptstadt München ist verpflichtet, den Menschen, die sich im Stadtgebiet aufhalten, Schutz vor lebensbedrohlichen Umständen zu gewähren. Eine dieser Maßnahmen, um dieser Verpflichtung nachzukommen, besteht im Kälteschutzprogramm der Landeshauptstadt München. Dieses steht sowohl dem Personenkreis der Armutszuwanderung als auch den Münchner Obdachlosen zur Verfügung.

Im Kälteschutzprogramm übernachteten laut der Bilanz des Amtes für Wohnen und Migration in der Kälteschutzperiode 2014/2015 (1. November 2014 bis 31. März 2015) 3.220 Personen. 23 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer hatten die rumänische und 22 Prozent die bulgarische Staatsangehörigkeit. Die große Mehrheit der obdachlosen Frauen und Männer nutzte das Kälteschutzangebot jedoch nur als vorübergehende Notübernachtungsmöglichkeit (57 Prozent zwischen 2 bis 9 Nächten; 12 Prozent zwischen 10 bis 19 Nächten).

Das letzte Kälteschutzprogramm lief vom 1. November 2015 bis 31. März 2016. Für den Winter 2015/2016 wurden im Haus 12 auf dem Gelände der Bayernkaserne der Ost- und Westflügel genutzt sowie das Dachgeschoss im Ostflügel zusätzlich ertüchtigt. Mit den Reserveplätzen im Elisenbunker standen im Winter 2015/2016 fast 1.000 Bettplätze zur Verfügung.

Das Evangelische Hilfswerk München betreibt im Auftrag der Landeshauptstadt München das Kälteschutzprogramm für obdachlose Personen, die sich im Münchner Stadtgebiet aufhalten, unabhängig davon, ob ein Leistungsanspruch besteht oder nicht. Neben der Bereitstellung von Schlafplätzen wird den betroffenen Personen auch sozialpädagogische Beratung und weiterführende Unterstützung angeboten.



Für alleinstehende, volljährige Frauen, Männer und Paare ist die Einrichtung Schiller 25, für Mütter mit Kindern und Schwangere FamAra zuständig.

Das ganzjährig geöffnete Info- und Beratungszentrum Schiller 25 dient dabei in der Winterperiode als Anlaufstelle im Rahmen des Münchner Kälteschutzprogramms in Kooperation mit der Landeshauptstadt München. Die sozialpädagogischen Fachkräfte sind während des Winters auch vor Ort in der Bayernkaserne tätig. In den wärmeren Jahreszeiten liegt der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in der aufsuchenden Arbeit/Streetwork. Zur Zielgruppe gehören obdachlose Zuwanderinnen und Zuwanderer aus EU-Ländern und sonstigen Drittstaaten sowie Personen, die das vorhandene System der Wohnungslosenhilfe nicht nutzen wollen oder können.



Maßnahmen zum Schutz von Kindern, Jugend und Familie

Krisenmanagement in Bildungseinrichtungen

Das Referat für Bildung und Sport ist unter anderem für die Unterstützung der Bildungseinrichtungen bei der Umsetzung des Krisenmanagements zuständig.

Mit der Kultusministeriellen Bekanntmachung vom 10. Juli 2013 zur Krisenintervention an Schulen hat sich das Referat für Bildung und Sport verpflichtet, den Empfehlungen zu folgen und für die städtischen Schulen umzusetzen. Damit ist die Einrichtung eines **schulischen Krisenteams** verbindlich, ein Sicherheitskonzept ist – wie bisher – vorgeschrieben.

Unter Federführung des Zentralen Schulpsychologischen Dienstes (ZSPD) wurde ein Handbuch „Sicherheitskonzept und Krisenmanagement an Städtischen Münchner Schulen“ erstellt und zu Beginn des Schuljahres 2015/16 an die städtischen Schulen verteilt. Das Handbuch wendet sich an Schulleitungen, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen und Mitglieder der schulischen Krisenteams und bietet Empfehlungen,

was Schulen im Bereich der Krisenvorsorge und bei der Bewältigung von Krisen tun können.

Im Bereich **Krisenintervention** gibt es vielfältige Kooperationen sowohl mit dem Zentralen Schulpsychologischen Dienst als auch mit externen Stellen, wie mit KIT (Kriseninterventionsteam des Arbeiter-Samarter-Bundes), Die Arche e.V. oder IMMA e.V.

Im Kriseninterventionsnetzwerk „KIN-MUC“ sind zusätzlich zum ZSPD insgesamt 27 Beschäftigte aus den städtischen (16) und staatlichen Schulen (11) der Stadt München organisiert.

Für 2016/2017 wird angestrebt, dass an allen städtischen Münchner Schulen schulische Krisenteams eingerichtet sind.

Im Bereich der Realschulen und Schulen besonderer Art wurden 2015 schulinterne Veranstaltungen für alle Lehrkräfte der Schulen unter dem Thema „Der Umgang mit Schülerinnen und Schülern – von Grenzverletzungen bis zur sexuellen Belästigung sowie dienstaufsichtliche Aspekte“ durchgeführt.

Ziel ist die Sensibilisierung der Lehrerinnen und Lehrer für dieses Thema. Einerseits soll vermittelt werden, wie sich Lehrerinnen und Lehrer selbst besser schützen können, um nicht Vorwürfen von sexueller Belästigung ausgesetzt zu sein, andererseits sollen aber auch die Themen „Täterstrategien“ und „Reaktion der Kolleginnen und Kollegen nach der Aufdeckung von sexuellem Missbrauch in einer Schule“ behandelt werden. Zuletzt werden bei Bedarf noch dienstaufsichtliche Aspekte behandelt.

Darüber hinaus wurden alle Schulleitungsteams zum Sicherheitskonzept und Krisenmanagement geschult. Außerdem erfolgte eine Aktualisierung der Notfallpläne an den Schulen und der Austausch oder Transfer zu aktuellen Beispielen (Notfallkoffer).

Schutzmaßnahmen in Sporteinrichtungen

Durch das Sportamt des Referates für Bildung und Sport erfolgten im Berichtsjahr insgesamt 178 Schulungen, Unterweisungen, Fort- und Weiterbildungen, Begehungen und Sicherheitsüberprüfungen von Anlagen und Geräten.

Im Bereich des Schulsportes wurden 2015 (2014) 323 (334) Sicherheitsüberprüfungen vorgenommen.

Auch die **Überwachung** und Einhaltung der GGVSEB/ADR (Gefahrgutverordnung) und die damit verbundenen Gefahrguttransporte wurde durch das Sportamt vorgenommen. Die Gefahrgutverordnungen regeln in Deutschland den nationalen und internationalen Transport von Gefahrgut auf Straße, Schiene, Binnengewässern, in der Luft und zur See. Zu diesem Thema verweisen wir auf den eigenen Jahresbericht des Gefahrgut-Beauftragten.

Die Zuständigkeit des Sportamtes erstreckt sich darüber hinaus auf die Überwachung der Werte der mikrobiologischen Parameter von **Schwimm- und Badebeckenwasser**. Bei der **Wasserqualität** wird unterschieden in chemische und mikrobiologische Werte. Bei den mikrobiologischen Parametern handelt es sich um Bakterien und Keime. Mit einer mikrobiologischen Wasseranalyse lassen sich Bakterien- und Keimbelastung ermitteln.

392 (384) solcher mikrobiologischen Laboruntersuchungen von Schwimm- und Badebeckenwasser wurden 2015 (2014) durchgeführt.

Das Sportamt war auch weiterhin mit der Umsetzung der EU-GHS-Verordnung befasst. Das GHS ist ein weltweit einheitliches System zur Einstufung von Chemikalien sowie deren Kennzeichnung auf Verpackungen und in Sicherheitsdatenblättern.

Außerdem wurden die neuen gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich der Infektionsprävention zur **Legionellenkontamination** umgesetzt.



Das Sportamt ist unter anderem eigenständiger Betreiber von zwei Eis- und Funsportzentren. In dieser Funktion erfolgte die Aktualisierung der betrieblichen Alarm- und Gefahrenabwehrpläne für Ammoniak-Kälteanlagen.

Zudem wurde am 6. Oktober 2015 eine **Einsatzübung** mit der Berufsfeuerwehr im Eis- und Funsportzentrum München Ost mit NH 3 **Worstcase-Szenario** durchgeführt. Worstcase steht für den „schlechtesten Fall“ oder die ungünstigste Situation, die eintreten könnte.

Das Sportamt des Referates für Bildung und Sport ist auch für die Erstellung von **Sicherheitskonzepten** für die **Stadien** Dantestraße 14 und Grünwalder Straße 4 zuständig, sowie für Sportveranstaltungen wie die FIFA – EURO 2020 oder Jump and Fly.

Die Maßnahmen der städtischen Referate zum Schutz von Kindern, Jugend und Familie sind vielfältig und über die genannten Themen hinaus wesentlich umfangreicher. Die Tätigkeiten der Jugendgerichtshilfe oder auch die der stationären Erziehungshilfen müssen hier genannt werden.

Darüber hinaus ist das Angebot von **Streetwork** hier von besonderer Bedeutung. Letzteres wendet sich an Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 27 Jahren, die sich einzeln, in Gruppen, Cliquen oder Szenen an selbst gewählten Treffpunkten im öffentlichen Raum aufhalten. Kennzeichnend für diese Zielgruppen ist, dass sie bereits als auffällig und sozial benachteiligt gelten und vorhandene Freizeit- und Hilfsangebote punktuell oder vollständig meiden. Im Berichtsjahr wurde durch Streetwork auch die Zielgruppe der jungen Flüchtlinge mit aufgenommen.

Generell zählen die Tätigkeiten im Zusammenhang mit jungen und teilweise unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die in diesem Jahr unter die besonderen Themenschwerpunkte fallen, zu den Schutzmaßnahmen. Hinzu kommen solche, die bereits in anderen Abschnitten detaillierter dargestellt sind, wie der zuvor genannte Kälteschutz.



Maßnahmen zum Schutz vor Krankheiten

Meldewesen, Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten

Neben den vom Referat für Gesundheit und Umwelt durchzuführenden Asyl-Erstuntersuchungen, die im ersten Abschnitt des Sicherheitsberichtes bereits aufgeführt wurden, waren 2015 weitere Themen sicherheitsrechtlich relevant.

Aufgrund der **Ebola**-Epidemie in Westafrika war es zu einer Reihe von Verdachtsfällen gekommen, auch aufgrund tendenziöser Medienberichterstattung und anfangs noch spärlicher Risikokommunikation bei den Sicherheitsbehörden, innerhalb des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) und bei den im Asylbereich eingesetzten Personen. Diese Defizite konnten durch Informations- und Abstimmungssitzungen mit den an der Sicherstellung beteiligten Organisationseinheiten weitgehend beseitigt werden. Die Umsetzung von Anforderungen der Ober- und Sonderbehörden erfolgten mit höchster Priorität. Die in der infektiologischen Rufbereitschaft eingesetzten Ärztinnen und Ärzte wurden wiederholt geschult und mit stets aktuellen Einsatzmaterialien versorgt.

Beim Ebola-Management war die Zusammenarbeit mit folgenden Beteiligten am **HOKO München** (regionales Kompetenzzentrum für hochkontagiöse lebensbedrohliche Erkrankungen München) erforderlich: Städtisches Klinikum München Schwabing – HOKO-Behandlungszentrum, Kreisverwaltungsreferat-Branddirektion, Rettungsdienste, Notärzte, Polizei, Bundespolizei, Diagnostik-Einrichtungen, Bestattung, Desinfektoren, Kassenärztliche Vereinigung Bayern, Task-Force des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und Bayerische Landesarbeitsgemeinschaft zu hochkontagiösen Krankheiten, Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, Regierung von Oberbayern.

Externe Schulungen erfolgten für Beschäftigte in der Flüchtlingsbetreuung, Informationen zum Rettungszweckverband, den Kliniken und der Ärzteschaft Münchens.

Der Ebola-Ausbruch in Westafrika ist abgeklungen, einzelne Fälle werden der Weltgesundheitsorganisation noch gemeldet. Infizierte können das Virus nach Genesung noch über Monate in sich tragen, sodass weiterhin eine erhöhte Aufmerksamkeit notwendig ist.

Erforderlicher Schulungsbedarf ist weiterhin zu ermitteln und abzudecken, insbesondere unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Ausbruchsbewertung.

Das Klinikum München-Schwabing (KMS) ist eines von insgesamt sieben in Deutschland vorhandenen Behandlungszentren für Patienten, welche mit hochkontagiosen (HOKO) Erregern wie Ebola-Virus, Lassa-Virus, Marburg-Virus infiziert sind. Die Berufsfeuerwehr München ist, mit einem speziell dafür ausgerüsteten Infekt-Rettungswagen und Spezialausrüstung auf der Feuerwache 5, für den Patiententransport zum KMS im Bereich Südbayern und gegebenenfalls darüber hinaus verantwortlich. Hochqualifizierte Spezialkräfte stehen hier in permanenter Alarmbereitschaft. Neben der regulären Aus- und Weiterbildung, die in enger Zusammenarbeit mit dem Klinikum München Schwabing erfolgte, trainierten die Spezialkräfte in zwei großen Übungen für den Ernstfall. Zudem wurden die bestehenden Einsatzkonzepte stetig weiterentwickelt und mit den anderen zur Umsetzung des Konzeptes notwendigen Behörden (unter anderem Polizei, Bundespolizei, Referat für Gesundheit und Umwelt) abgestimmt.

Unterbindung der Weiterverbreitung übertragbarer Krankheiten

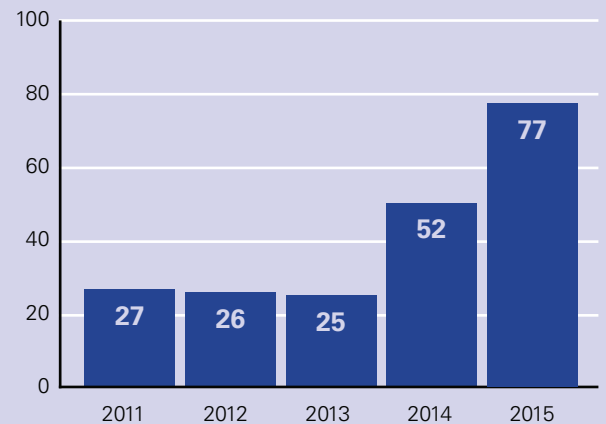
Zur Unterbindung des Auftretens oder der Weiterverbreitung übertragbarer Krankheiten werden nach Maßgabe der amtsärztlichen Fachabteilungen die notwendigen Maßnahmen auf Basis des Infektionsschutzgesetzes, der Trinkwasserverordnung, der Hygieneverordnung und der Verordnung zur Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen getroffen.

Zur Durchsetzung der erforderlichen Handlungs-, Mitwirkungs-, Duldungs- oder Unterlassungspflichten aus diesen Vorschriften werden gegebenenfalls die erforderlichen Anordnungen (einschließlich Zwangsmitteln) erlassen.

Schwerpunktmäßig und nicht abschließend werden für das Jahr 2015 (2014/2013) folgende Tätigkeiten dargestellt:

2015 (2014/2013) erfolgten im Bereich Hepatitis, Enteritis und Tuberkulose-Angelegenheiten 77 (52/25) Anordnungen unter Androhung von Zwangsmitteln, hierbei unter anderem auch 5 (10/7) polizeiliche Vorführungen.

Anordnungen im Bereich Hepatitis, Enteritis und Tuberkulose-Angelegenheiten

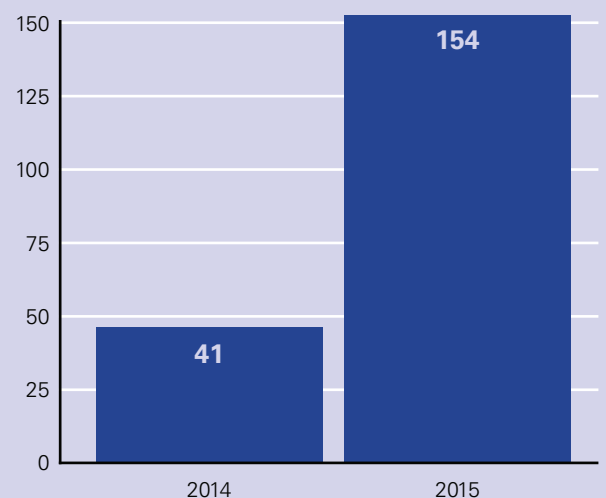


Bei 103 (32/40) Personen musste polizeilich der Aufenthalt ermittelt werden, in 74 Fällen wurde gleichzeitig die Vorführung zum Gesundheitsamt beantragt.

Bei 8 (7/5) Personen erfolgte auf beantragte richterliche Entscheidung die Freiheitsentziehung (zwangsweise Absonderung).

In Bezugnahme auf die Einhaltung der Trinkwasserverordnung mussten 154 (41) Anhörungsverfahren durchgeführt werden. Davon war in 24 (14) Fällen eine Androhung von Zwangsmitteln erforderlich. In 1 (0) Fall wurde das Betretungsrecht des Gesundheitsamtes per Anordnung durchgesetzt.

Anhörungsverfahren im Bereich der Trinkwasserverordnung



Es ist eine deutliche Steigerung (über 200 Prozent) im Bereich der Trinkwasserverordnung feststellbar. Der Anstieg ist mit dem Ablauf einer gesetzlichen Schonfrist Ende 2013 zu erklären. Trinkwasseruntersuchungen werden vermutlich erst jetzt von allen Verpflichteten regelmäßig durchgeführt, problematische Vorgänge treten erst nach Anlaufen der relevanten Prozesse zutage.

Bei 4 (2/1) **Tattoo- und Piercingstudios** erfolgte eine Begehung, in 1 Fall (0/0) erging daraufhin eine Anhörung im Verwaltungsverfahren.

Bei **Arztpraxen und Pflegediensten** hat das Referat für Gesundheit und Umwelt insgesamt an 4 (6/6) infektionshygienischen Überprüfungen teilgenommen. Es ergingen in 12 (7/9) Fällen Anhörungen im Bußgeld-/Verwaltungsverfahren und in 11 (5/8) Fällen Anordnungen von Handlungs- und Unterlassungspflichten.

In einem Fall erfolgte eine Untersagungsanordnung auf Grundlage des Bayerischen Landesstraß- und Verordnungs-gesetzes (LStVG) gegenüber einer **reproduktionsmedizinischen Einrichtung** zur Einhaltung des Embryonenschutzgesetzes.

Im Jahr 2015 (2014/2013) musste 3 (2/0) Prostituierten und 1 (1/0) Freier unter Androhung von Zwangsgeld untersagt werden, den Geschlechts- und Oralverkehr ohne Kondom durchzuführen. In keinem (7/16) Fall musste 2015 (2014/2013) untersagt werden, für die Ausübung des Geschlechts- und Oralverkehrs bei der Prostitution Angebote und Werbung zu machen, denen zu entnehmen ist, dass dies ohne Kondom durchgeführt wird.

686 (611/429) Meldungen über **Rattenvorkommen** wurden an das Referat für Gesundheit und Umwelt herangetragen. Die daraus resultierenden unverzüglichen Überprüfungen der teilweise weitläufigen Areale führten zusammen mit den anlassbezogenen Umgebungskontrollen in 661 (581/511) Fällen zu einer amtlichen Anordnung.

Präventiv wurden im Rahmen saisonaler und turnusmäßiger Ortsbegehungen die als „befallssensibel“ bekannten Bereiche wie der gesamte Altstadtbereich, die Uferbereiche von Isar, Würm und Münchner Badeseen, die Theresienwiese und die Areale der Weihnachtsmärkte kontrolliert.

Infektionshygienische Überwachung

Die infektionshygienische Überwachung medizinischer Einrichtungen durch das Referat für Gesundheit und Umwelt konzentrierte sich aufgrund ministerieller Vorgaben wie bereits im Vorjahr 2014 auf die Beurteilung von Prozess- und Strukturqualität 23 ausgewählter ambulant operierender Einrichtungen.

Bei Kenntniserlangung oder auch Hinweisen auf patientengefährdende, infektionsrelevante Gegebenheiten in ambulanten oder stationären **medizinischen oder pflegerischen Einrichtungen** (wie Krankenhäuser, Arztpraxen, ambulante/stationäre Pflegeeinrichtungen) erfolgten zudem in 73 Fällen unverzüglich anlassbezogene Überprüfungen vor Ort.

12 (15) Mal waren 2015 (2014) unterstützende Beratungsleistungen im Zusammenhang mit gehäuftem Nachweis oder Auftreten multiresistenter Erreger (MRE) in unterschiedlichen Funktions- und Pflegebereichen verschiedener im Stadtgebiet München betriebener Krankenhäuser zu erbringen.

Durch die behördlichen Überwachungstätigkeiten (beratend, prüfend, intervenierend) konnten auch im Berichtsjahr Hygieneschwachstellen/-missstände aufgedeckt und einer Abhilfe zugeführt werden.

Im Vergleich zum Vorjahr 2014 war ein sich leicht steigernder behördlicher Interventions-/Überprüfungsbedarf im Berichtszeitraum feststellbar.

Der Wahrnehmung von anlassbezogenen (zum Beispiel auf Beschwerden beruhender) Überprüfungen wird weiterhin die gebotene Priorität eingeräumt. Es zeigte sich erneut, dass in der überwiegenden Anzahl der zu Beschwerde gebrachten Fälle infektionsrelevante Hygienemängel oder -missstände vorlagen, deren Behebung durch entsprechende behördliche Intervention herbeigeführt werden konnte.

Maßnahmen im Zusammenhang mit psychisch kranken Menschen

2015 (2014) erstellte das Referat für Gesundheit und Umwelt 4 (14) **amtsärztliche Gutachten** nach Artikel 7 **Unterbringungsgesetz**.

Dabei muss die Frage geklärt werden, ob aus medizinischer Sicht die Notwendigkeit einer Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik besteht. Gleichzeitig sind Hilfen zur Vermeidung einer Unterbringung darzulegen. Eingehende Mitteilungen über psychisch auffällige Personen (seitens Polizei, Ärzten, Betreuern, Verwandten, Nachbarn) werden durch das Referat durch eigene Ermittlungen überprüft.

Daran schließen sich entweder Maßnahmen nach dem Bayerischen Unterbringungsgesetz an, also amtsärztliche Begutachtungen oder sofortige Einweisungen in ein psychiatrisches Krankenhaus, oder die Informationen werden an Stellen weitergeleitet, die den Betroffenen Hilfe anbieten können (wie der Sozialpsychiatrische Dienst und der Bezirkssozialdienst).

Im Jahre 2015 (2014/2013) wurden 3.559 (3.390/3.377) Fälle bearbeitet.

Einweisungen in psychiatrische Krankenhäuser durch das Referat für Gesundheit und Umwelt erfolgten in 603 (570/528) Fällen. 688 (653/621) Berichte übersandte das Referat an den sozialpsychiatrischen Dienst (inklusive Berichte an die Alkohol- und Medikamentenberatungsstelle sowie die Drogenberatung) und 381 (392/415) Berichte an den Sozialdienst der Sozialbürgerhäuser.

Die Zahlen zeigen wie in den Vorjahren eine leichte Tendenz nach oben. Der Trend erklärt sich aus allgemein anerkannten Ursachen in gesellschaftlichen Negativentwicklungen, wie dem Wegfall sozialer Bindungen, Überforderung in der Alltagsbewältigung („Burn out“), Einsamkeit, Sucht, Überalterung der Gesellschaft, nachlassenden geistigen Fähigkeiten im Alter, Traumatisierung mit Krankheitswert von Flüchtlingen und Migranten. Hinzu kommen spezifische Begebenheiten in einer permanent wachsenden Metropolregion mit regem Zuzug und einer lokalen Konzentration von Einrichtungen für psychisch kranke Menschen im Stadtgebiet.

Im Berichtsjahr nahm das Referat für Gesundheit und Umwelt an einer ministeriellen Expertengruppe zur Erarbeitung von Eckpunkten für eine Gesetzesnovellierung zum Unterbringungsgesetz teil.

Bestattungen von Amts wegen

Die Städtischen Friedhöfe München ordnen zur Vermeidung von seuchen- oder hygienischen Problemen in München die Bestattungen von Verstorbenen von Amts wegen an, wenn sich niemand um die Bestattung kümmert, weil es keine bestattungspflichtigen Angehörigen mehr gibt, diese nicht ermittelbar sind oder bestattungspflichtige Angehörige sich weigern, die Bestattung in Auftrag zu geben.



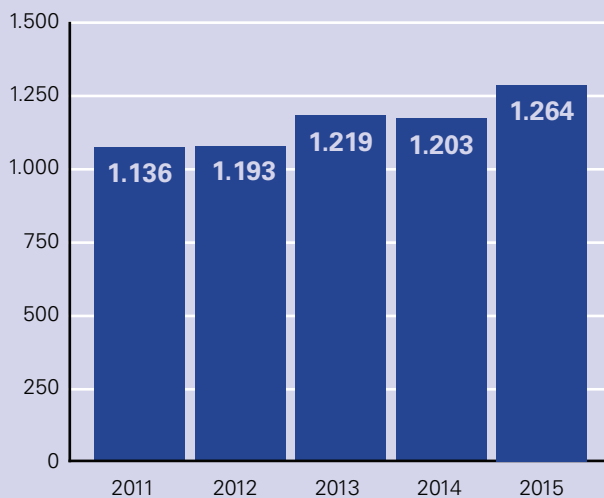
Sobald in einem Sterbefall die gesetzliche Bestattungsfrist überschritten ist und kein Bestattungsunternehmen mit der Durchführung der Bestattung beauftragt ist, werden von Amts wegen Ermittlungen nach den bestattungspflichtigen Angehörigen aufgenommen. Diese werden unter Fristsetzung aufgefordert, ein Bestattungsunternehmen mit der Durchführung der Bestattung zu beauftragen.

Ansonsten wird als Ersatzvornahme die Bestattung von Amts wegen als Erd- oder Feuerbestattung auf Kosten der Landeshauptstadt München durchgeführt. Die Bestattungen von Amts wegen werden als ortsübliche, würdevolle und einfache Bestattungen organisiert. Religiöse Vorgaben werden selbstverständlich beachtet.

Die für diese ordnungsrechtliche Maßnahme entstehenden Kosten werden aus dem Nachlass oder von den bestattungspflichtigen Angehörigen mittels Leistungsbescheid zurückgefordert. Diese können einen Antrag auf Übernahme der Bestattungskosten bei dem jeweils zuständigen Sozialbürgerhaus München stellen, wenn ihnen die Bezahlung der Bestattungskosten nicht zugemutet werden kann (persönliche und/oder finanzielle Gründe).

Im Jahre 2015 wurden 1.264 Sterbefälle gemeldet, in denen sich niemand um die Bestattung kümmerte. Hiervon wurden in 673 (749) Sterbefällen Angehörige, die sich um die Bestattung kümmerten, oder Bestattungsvorsorgeverträge gefunden. Die Zahl der Sterbefälle, bei denen sich niemand um die Bestattung kümmert, ist in den letzten Jahren stetig leicht steigend:

■ Sterbefälle



In 591 (454/473) Sterbefällen musste 2015 (2014/2013) die Bestattung von Amts wegen angeordnet werden. Das bedeutet, dass dies in 46,75 (37,78) Prozent der gemeldeten Fälle erfolgte. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der angeordneten Bestattungen damit um zirka 24 Prozent gestiegen.

Die Bereitschaft der Angehörigen, sich um die Bestattung zu kümmern, stagniert derzeit. Es werden hauptsächlich finanzielle Gründe der bestattungspflichtigen Angehörigen geltend gemacht. Zudem gibt es oft auch keine bestattungspflichtigen Angehörigen mehr (zum Teil vorverstorben).



Umgang mit atypischen Gefahrenlagen

Naturgefahren

Zu den Naturgefahren zählen Stürme oder überhaupt extreme Wetterereignisse ebenso wie Hochwasser oder Erdbeben. Sie treten zwar eher selten auf, können dann aber zu großen Schäden führen.

Sturm

2015 sorgte Sturm „Niklas“ ein paar Tage aufgrund seines Ausmaßes für viele Einsätze bei der Stadtverwaltung.

Es handelte sich hierbei um ein Sturmtief, das sich am 29. März 2015 in der Nähe von Island entwickelt hatte und vom 30. März bis zum 1. April 2015 über Europa zog. Es verursachte in Deutschland und Österreich in Spitzenböen Windgeschwindigkeiten von bis zu 192 km/h. Der Deutsche Wetterdienst gab Unwetterwarnungen für große Teile des Landes heraus.

In einer ersten Rechnung sprach der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft von Schäden an Gebäuden, Hausrat und Fahrzeugen in Höhe von 750 Millionen Euro. Damit gehört **Orkan „Niklas“** zu den fünf schwersten Stürmen in den vergangenen

15 Jahren. Über neun Todesfälle als Folge des Sturmtiefs wurde in Deutschland berichtet. In München waren keine Todesopfer zu beklagen.



Auch in München erreichten die Orkanböen Geschwindigkeiten von über 100 km/h. Die entstandenen Schäden erstreckten sich von umgestürzten Bauzäunen und Toilettenhäuschen über entwurzelte Bäume, abgebrochene Äste und umgestürzte Baugerüste bis hin zu komplett abgedeckten Dächern.

Über einen Zeitraum von zwei Tagen waren aus Sicherheitsgründen Parkanlagen, Isarauen und die 29 städ-

tischen Friedhöfe für die Allgemeinheit gesperrt. Da der Sturm Teile des Glasdaches gelöst hatte und diese in die Gleishalle stürzten, musste der Hauptbahnhof evakuiert und gesperrt werden. Neben dem eingeschränkten Nahverkehr waren die Auswirkungen des Sturms im gesamten öffentlichen Leben Münchens zu spüren. Der Tierpark Hellabrunn machte seine Pforten dicht, auf dem Viktualienmarkt schlossen Stände, der Nymphenburger Schlosspark durfte nicht betreten werden. Auch das Zelt des Circus Krone, das gerade auf der Theresienwiese stand, bekam die Heftigkeit des Sturms zu spüren. Glücklicherweise riss „Niklas“ aber nur die Umzäunung um, das Zelt selbst blieb stehen.

Die Arbeitsbelastung bei allen Beteiligten, die aus den Sturmschäden resultierten, war sehr hoch.

In der Integrierten Leitstelle (ILS) gingen zwischen dem 31. März und dem 2. April 2015 knapp 17.000 Notrufe ein. Um diese Häufung an Anrufen bewältigen zu können, wurde zusätzlich zum Normalbetrieb die Not-ILS in Betrieb genommen.

Da ein Großteil der Lagen priorisiert werden musste, waren im Stadtgebiet 12 Sichterfahrzeuge unterwegs. Die 2.295 Einsätze konnten nur abgearbeitet werden, indem von der Berufsfeuerwehr 11 Hilfeleistungslöschfahrzeuge (HLF) und vier Drehleitern (DLK) zusätzlich zur normalen Vorhaltung in Dienst gestellt wurden. Besetzt waren die Fahrzeuge mit Beamten des Tagesdienstes und mit Dienstwohnungsinhabern (Dienstwohnungsalarm). Somit stieg die Einsatzstärke von 300 auf 800 Frauen und Männer.

Die Freiwillige Feuerwehr unterstützte über den gesamten Zeitraum die Berufsfeuerwehr mit 31 Fahrzeugen inklusive Besatzung. Das Technische Hilfswerk stellte weitere 16 Fahrzeuge zur Verfügung.

Die Belastung in den 60 Ausnahmestunden war extrem hoch, das Tagesgeschäft, also das tägliche Einsatzgeschehen, konnte aber ungehindert aufrecht erhalten werden.

Nach Sturm Niklas herrschte zudem für die städtischen Beschäftigten bei der Forstverwaltung, beim Baureferat und bei den Städtischen Friedhöfen Großeinsatz. Rund 1.500 Bäume, davon 450 auf Friedhöfen, waren umgestürzt, auseinandergebrochen oder so geschädigt, dass ein Erhalt nicht mehr möglich war. Einige Friedhöfe mussten deshalb aus Sicherheitsgründen vorübergehend geschlossen bleiben. Die Aufräumarbeiten dauerten mehrere Wochen.

Hochwasser



Für Betriebs-, Unterhalts- und Erhaltungsmaßnahmen des Isar-Flussbettes und der Hochwasseranlagen investierte das Baureferat 2015 (2014/2013) in Leistungen mit eigenem Personal und Drittfirmen zirka 350.000 Euro (rund 255.000 Euro/565.000 Euro).

Die Mehrkosten von rund 100.000 Euro gegenüber dem Vorjahr beruhen auf zusätzlich erfolgten Maßnahmen im Berichtsjahr.

Dazu zählten unter anderem

- die Gehölzfreistellung des Trenndeiches zum Werkkanal zwischen Thalkirchner Brücke und Isarwerk II,
- die Beseitigung der Schäden durch Sturm „Niklas“ und
- zusätzliche Optimierungsmaßnahmen im Isar-Hochwasser-Bett zur Verbesserung der Abflusssicherheit und des Hochwasserschutzes.

Umwelt-, Natur- und Immissionsschutz

Immissionsschutz und Abfallrecht – Genehmigungspflichtige Anlagen und Überwachung von Abfallentsorgungsanlagen

In München wurden 2015 (2014/2013) insgesamt 162 (167/165) **genehmigungsbedürftige Anlagen** nach der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes – Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – betrieben (wie Brauereien, Lackieranlagen von Fahrzeugherstellern, Anlagen zur Verwertung und Beseitigung von Abfällen und sonstigen Stoffen).

Je nach Anlagentyp sind diese in zeitlich unterschiedlichen Intervallen zu überprüfen und gegebenenfalls anlassbezogene Überwachungen vorzunehmen.

Prüfungsmaßstab der behördlichen Überwachung durch das Referat für Gesundheit und Umwelt ist der gesetzes- beziehungsweise genehmigungskonforme Anlagenbetrieb.

Bei Feststellungen von Verstößen erfolgen zunächst formlose Aufforderungen an die Pflichtigen. Im weiteren Verlauf werden förmliche Anordnungen erlassen und gegebenenfalls mit Mitteln des Verwaltungszwangs (Zwangsgeld und Ersatzvornahme) durchgesetzt. Verstöße werden darüber hinaus entweder durch Bußgelder geahndet oder per Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft gemeldet.

2015 (2014/2013) waren 89 (77/66) Anlagen zu überwachen. Dieses Ziel wurde im Wesentlichen erreicht.

Es ergaben sich bei 10 Prozent der Überwachungen Beanstandungen.

Bei den Anlagen zur Verwertung und Beseitigung von Abfällen und sonstigen Stoffen liegt die Beanstandungsquote hier seit Jahren deutlich höher.

Die **illegale Abfallentsorgung** wird ebenfalls vom Referat für Gesundheit und Umwelt bekämpft. Hiervon ist sowohl das illegale Betreiben von Abfallentsorgungsanlagen als auch die unzulässige Entsorgung von Abfällen außerhalb von Anlagen erfasst.

Bei Feststellung von Verstößen erfolgen zunächst formlose Aufforderungen an die Pflichtigen. Im weiteren Verlauf werden förmliche Stilllegungs- und/oder Beseitigungsanordnungen erlassen und gegebenenfalls mit Mitteln des Verwaltungszwangs (Zwangsgeld und Ersatzvornahme) durchgesetzt. Verstöße werden darüber hinaus entweder durch Bußgelder geahndet oder per Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft gemeldet.

Im Jahr 2015 (2014/2013) bearbeitete das Referat für Gesundheit und Umwelt 508 (524/454) Fälle. Dabei wurde festgestellt, dass in 95 (95) Prozent der Fälle Verstöße vorlagen.

Der leichte Rückgang bei der Zahl der Bearbeitungsfälle bewegt sich im Rahmen der üblichen Schwankungsbreite.

Naturschutz

Im Jahr 2015 (2014 /2013) erteilte das Referat für Stadtplanung und Bauordnung insgesamt 4.915 (3.679/3.623) naturschutzrechtliche Einzelgenehmigungen und Erlaubnisse. Bei insgesamt 9.376 (6.316/7.442) Bäumen, davon 6.069 (3.893/4.410) Bäume im Einzelverfahren und 3.307 (2.423/3.032) Bäume im Baumgenehmigungsverfahren, erteilte das Referat für Stadtplanung und Bauordnung Fällungsgenehmigungen.

Bearbeitung von Kohlenmonoxidmängeln

Bei Gasfeuerstätten, die nicht ordnungsgemäß funktionieren, kann lebensgefährliches Kohlenmonoxid (farblos, geruchlos) auftreten, das ab einer bestimmten Konzentration zum Erstickungstod führen kann. Aufgabe der Schornsteinfegerinnen und Schornsteinfeger ist es, diese Feuerstätten zu überprüfen und bei der Feststellung von entsprechenden Mängeln die jeweiligen Eigentümer zur Mangelbehebung aufzufordern. Kommen diese dann der Aufforderung nicht innerhalb einer angemessenen Frist nach, so ergeht durch die Schornsteinfegerinnen und Schornsteinfeger eine entsprechende Meldung an das Referat für Gesundheit und Umwelt als zuständige Untere Aufsichtsbehörde für das Schornsteinfegerwesen bei der Landeshauptstadt München.

Es ist Aufgabe des Referates für Gesundheit und Umwelt, eine unverzügliche Stilllegung der mangelhaften Feuerstätten zu veranlassen, um Lebensgefahr für die Eigentümer, Mieter oder Wohnungsnachbarn abzuwenden. Die Stilllegung gilt so lange, bis der festgestellte Mangel behoben ist. Dies geschieht entweder durch Einholung einer rechtsverbindlichen Verpflichtungserklärung der Betreiberin oder des Betreibers der Feuerstätte, diese bis zur Mangelbehebung nicht weiterzubetreiben, oder – falls diese Erklärung nicht abgegeben wird – durch Erlass einer Stilllegungsanordnung.

Im Jahr 2015 (2014/2013) wurden vom Referat für Gesundheit und Umwelt 114 (188/171) Kohlenmonoxidmängel bearbeitet.

Die Zahl von 2015 zeigt gegenüber 2014 einen Rückgang um zirka 40 Prozent. Dies bedeutet jedoch lediglich, dass von den Schornsteinfegerinnen und Schornsteinfegern eine entsprechend geringere Anzahl von Kohlenmonoxidmängeln festgestellt wurde, die sie dann ans Referat für Gesundheit und Umwelt als zuständige Behörde weiterleiteten.

Schutz vor Massenverbreitung von Schadorganismen

Thematisch betrachten wir hier vor allem die invasiven (gebietsfremden) Arten. Manche können sich nicht nur äußerst schädlich auf Umwelt und ökologische Leistungen auswirken, sondern auch eine Bedrohung für den Menschen darstellen.

Invasive gesundheitsschädigende Arten

Gebietsfremde Pflanzen wie Ambrosia und der Riesen-Bärenklau zählen zu diesen Arten.

Bei Berührung mit **Ambrosia** kann die Pflanze Kontaktallergien auslösen, ihr Pollen kann Heuschnupfen oder Asthma verursachen.

Zur Eindämmung einer Ansiedlung und Ausbreitung der hier nicht heimischen Beifußambrosie, deren Pollen als extrem allergen gelten, nimmt das Referat für Gesundheit und Umwelt am Landesaktionsprogramm Ambrosiabekämpfung in Bayern teil.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt ist hier Anlauf- und Meldestelle für die Öffentlichkeit. Es übernimmt zum einen die Koordinierungsaufgaben innerhalb des Referats als auch gegenüber botanischen Fachkräften aus dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung oder dem Baureferat.

Zum anderen wird die Erfüllung von Meldepflichten an übergeordnete Behörden und wissenschaftliche Stellen für bayernweite strategische Zwecke durch das Referat sichergestellt und Hinweise an staatliche und städtische Grundstücksverwaltungen zum Zwecke der Beseitigung der Pflanzen erteilt.

Im Jahr 2015 (2014/2013) war 1 (3/2) städtisches Grundstück von Ambrosia-Ansiedlungen betroffen. Es wurden kontinuierliche Bekämpfungsmaßnahmen durchgeführt, um eine Blüte oder Samenbildung zu verhindern.

Bei 1 (2/3) Privateigentümern/Nutzungsberechtigten konnten auf appellativem Wege Kooperationsbereitschaft und eigenverantwortliche Beseitigung der Pflanzen erreicht werden.

2 (3/1) Standorte aus den Vorjahren sind mittlerweile als nachhaltig saniert anzusehen.

Die Zahlen bewegen sich in etwa gleichbleibend zum Vorjahr auf niedrigem Niveau.



Riesen-Bärenklau kann bei Berührung in Verbindung mit Sonnenlicht schmerzhaftes Hautreizungen hervorrufen. In der Pflanze (auch im Wurzelsystem) sind photosensibilisierende Substanzen namens Furanocumarine enthalten, die bei Hautkontakt, insbesondere in Kombination mit Sonnenlicht, phototoxische Reaktionen hervorrufen. Diese Reaktionen zeigen sich in Rötungen, Hautentzündungen, Reizungen und in schlimmen Fällen in einer bullösen Wiesendermatitis. Diese kann auch erst nach ein bis drei Tagen auftreten und äußert sich mit entzündlichen, schmerzhaften Blasenbildungen. Die Blasen können großflächig sein und Verbrennungen ersten bis zweiten Grades hervorrufen. Zu diesen Reaktionen kommt es besonders bei gleichzeitig oder auch Tage später auf die betroffene Haut einstrahlendem Sonnenlicht. Die Hautreizungen beziehungsweise Blasen können wochenlang anhaltende nässende Wunden verursachen und mit anhaltenden Pigmentveränderungen einhergehen. Auch Fieber, Schweißausbrüche und Kreislaufschocks können die Folge des Umgangs mit der Pflanze sein.

2015 (2014) ergingen durch das Kreisverwaltungsreferat 5 (1) Anhörungen und 5 (1) Aufforderungen zur Beseitigung von Riesen-Bärenklauvorkommen.

Wichtig im Zusammenhang mit dem Umgang bei Ambrosia- und Riesen-Bärenklauvorkommen ist die Aufklärung, Beratung und Beurteilung der fachgerechten Entsorgung und nachhaltigen Ausrottung der Gefährtpflanzen.

Invasive Arten, die zu wirtschaftlichen Schäden führen

Hierzu zählt der aus China eingeschleppte **Asiatische Laubholzbockkäfer** (ALB), *Anoplophora glabripennis* Motschulsky. Er ist ein gefährlicher Quarantäneschad-
erreger.



2015 war erstmals das Stadtgebiet München von Befall durch den Asiatischen Laubholzbockkäfer betroffen. Er gilt als einer der gefährlichsten Laubholzschädlinge weltweit. Er befällt gesunde Laubbäume und kann diese bei starkem Befall zum Absterben bringen. Zu den Wirtsbäumen gehören 16 der verbreitetsten Baumgattungen, darunter Buchen, Linden und Ahorn. Damit können weitaus die meisten Laubbäume in München von diesem Käfer befallen werden. Entsprechend gravierend sind die potenziellen Auswirkungen im Falle einer flächenhaften Ausbreitung des Käfers im Stadtgebiet auf private Gärten, öffentliche Erholungsflächen, Straßenbäume und Gartendenkmäler. Aufgrund der bundes- und europarechtlichen Vorgaben, darunter insbesondere der EU-Durchführungsbeschluss 2015/893 vom 9. Juni 2015, sind Bekämpfungsmaßnahmen mit dem Ziel der Ausrottung dieses Quarantäneschädlings zwingend vorgeschrieben. Verantwortlich für die Durchführung der Maßnahmen sind die jeweiligen Eigentümerinnen und Eigentümer.

Seit Oktober 2012 ist ein Befall in der Gemeinde Feldkirchen, Landkreis München, bekannt. Im nahe gelegenen Riemer Wald entdeckten Mitarbeiter des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ebersberg (AELF) Anfang Mai 2015 das Ausbohrloch eines Laubholzbockkäfers an einem Feldahorn. Dieser erstmalige Fund im Stadtgebiet löste entsprechende Bekämpfungsmaßnahmen aus. Das AELF wies die Städtische Forstverwaltung als Eigentümerin des Waldstückes an, in einem 100-Meter-Radius um den befallenen Baum

die potenziellen Wirtsbäume des Schädlings zu fällen. Die Maßnahme dauerte vom 8. Juni bis Ende Juni. Unter der Aufsicht des AELF fällten Mitarbeiter der Forstverwaltung die Bäume, die unmittelbar anschließend mittels verschiedener Methoden, unter anderem mit speziell ausgebildeten Spürhunden, auf Befall untersucht wurden. Das gesamte potentiell für die Entwicklung des Käfers geeignete Holz wurde anschließend gehäckselt und in einem Heizkraftwerk verbrannt. Es wurde kein weiterer Befall festgestellt und der 100-Meter-Radius musste nicht erweitert werden.

Seit September 2014 ist ein Befall in der Gemeinde Neubiberg, Landkreis München, bekannt. Nicht weit davon entfernt wurde Ende Mai 2015 ein weiterer Befall festgestellt, und zwar am Rande des in städtischem Eigentum stehenden Waldes „Große Wiese“ auf Putzbrunner Flur, aber unmittelbar an der östlichen Stadtgrenze.

Auch hier haben die für die Bekämpfung zuständigen Behörden, die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) in Freising und das AELF die Fällung und anschließende Vernichtung aller Bäume von 16 Laubbaumgattungen im 100-Meter-Radius angeordnet. Von Anfang August bis Ende September 2015 wurden zunächst auf der Waldfläche 1,6195 Hektar gerodet und anschließend in privaten Waldperlacher Gärten rund 130 Laubgehölze von Spezialfirmen im Auftrag der Stadt entfernt. Auch hier gab es zum Glück keine weiteren Funde mit Befall durch den Käfer. Der Stadtrat sagte bereits im Mai den betroffenen Münchnerinnen und Münchnern Hilfe bei der Bekämpfung des Asiatischen Laubholzbockkäfers zu. Mit dem Ziel, eine Ausbreitung des gefährlichen Baumschädling in München zu verhindern, übernimmt die Stadt die Koordination und Abwicklung der erforderlichen Fällungen und der vorschriftsmäßigen Vernichtung. Für die Bekämpfung hat die Stadt vom Freistaat eine einmalige Soforthilfe in Höhe von 100.000 Euro erhalten. Darüber hinaus trägt der Freistaat freiwillig die Kosten für die Bekämpfung (Fällungen, Abtransport des Holzes) auf Privatgrundstücken. Noch im Frühjahr 2016 wird der Stadtrat entscheiden, ob und in welcher Höhe Privateigentümer einen Ersatz für die Kosten der Nachpflanzung erhalten können.

Alternativen zu den Fällungen der Wirtsbäume im 100-Meter-Radius um einen Befallsfund gibt es in Deutschland nach Angaben der für die Bekämpfung zuständigen Behörden derzeit nicht. Zwar sieht der oben genannte EU-Durchführungsbeschluss grundsätzlich vor, dass (nicht befallene) Bäume im 100-Meter-Radius

um befallene Pflanzen aufgrund ihrer gesellschaftlichen, kulturellen oder ökologischen Bedeutung von der Fällung ausgenommen werden können. Dieser Ausnahmetatbestand kann sich jedoch nur auf einzelne Bäume beziehen, nicht aber der Fällung aller Wirtsbäume im 100-Meter-Radius entgegengehalten werden. Zu diesen flächenwirksamen Fällungen gibt es derzeit kein alternatives Verfahren, das in seiner Wirkung der Fällung gleichwertig und daher zur wirksamen Ausrottung des Schädlings geeignet ist.

Sicherheit von Gebäuden und baulichen Anlagen

Im Jahr 2015 (2014/2013) erteilte das Referat für Stadtplanung und Bauordnung insgesamt 6.562 (6.538/6.525) Genehmigungen und bauaufsichtliche Stellungnahmen. Es wurden 493 (633/524) Vorbescheide erlassen.

Insgesamt wurden 6.499 (8.508/8.788) Verfahren zu bauaufsichtlichen Überprüfungen abgeschlossen sowie 3.608 (4.798/4.736) Verfügungen, Bescheide und Bescheinigungen gefertigt.

Umgang mit Waffen/gefährlichen Gegenständen/Sprengstoff/Munition

Das Kreisverwaltungsreferat erstellt waffen-, jagd-, fischerei- und sprengstoffrechtliche Dokumente und Bescheide.

Im Jahre 2015 (2014/2013) wurden 6.536 (6.102/5.313) **waffenrechtliche Vorgänge** bearbeitet.

Bei 7.475 (7.278/zirka 6.000) Waffenbesitzerinnen und Waffenbesitzern wurde die waffenrechtliche Zuverlässigkeit durch Abfrage des Bundeszentralregisters, des staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregisters und der Polizei geprüft.

In 54 (68/79) Fällen wurde ein Widerrufsverfahren der waffenrechtlichen Erlaubnisse durchgeführt, in der Regel wegen strafrechtlicher Verurteilungen.

Bei 42 (64/39) in der Regel deliktisch auffälligen Personen wurde ein Waffenbesitzverbot erteilt, womit auch der Erwerb und Besitz von erlaubnisfreien Waffen wie Hieb-, Stoß- und Stichwaffen untersagt wird.

In 7 (5/8) Fällen wurden Waffen und waffenrechtliche Dokumente vor Ort, also in der Wohnung oder dem Haus des Waffenbesitzers sichergestellt.

50 (49/48) Schießanlagen (auch Schießbuden) und 18 (6/18) Münchner Waffenhandelsbetriebe überprüften die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreisverwaltungsreferates.

Bei 266 (681/795) Waffenbesitzern überprüfte das Kreisverwaltungsreferat 2015 (2014/2013) die Verwahrung der Schusswaffen vor Ort gemäß den waffenrechtlichen Verwahrvorschriften.

Aufgrund dabei festgestellter gravierender Verstöße wurde in 7 (24) Fällen Strafanzeige erstellt oder ein Widerrufsverfahren eingeleitet.

Die Zahlen bewegen sich im üblichen Schwankungsniveau mit Ausnahme der Zahlen für die Überprüfung der Waffenbesitzerinnen und Waffenbesitzer vor Ort hinsichtlich der Einhaltung der Verwahrvorschriften für Schusswaffen. Aufgrund von Personalengpässen mussten die beiden hierfür vorgesehenen Mitarbeiter im ersten Quartal 2015 vorrangig für die Jagd- und Fischereischeinverlängerung eingesetzt werden. Die Personalproblematik ist zwischenzeitlich behoben. Für 2016 ist daher beabsichtigt, die Zahl der Kontrollen wieder auf das Niveau von 2014 anzuheben und zirka 650 Kontrollen durchzuführen.



Das Kreisverwaltungsreferat ist auch zuständig für den Erlass sicherheitsrechtlicher Mitführverbote von gefährlichen Gegenständen (zum Beispiel Gebrauchsmessern),

die nicht unter das Waffengesetz fallen. Diese können im Einzelfall ergehen, wenn konkrete Anhaltspunkte dafür gegeben sind, dass diese gefährlichen Gegenstände missbräuchlich zur Eigengefährdung oder Fremdgefährdung verwendet werden sollen.

2015 erließ das Kreisverwaltungsreferat 12 Mitführverbote für gefährliche Gegenstände, darunter auch für Tierabwehrsprays.

Auch die Bußgeldstelle des Kreisverwaltungsreferates ist im Zusammenhang mit dem Waffenrecht maßgeblich beteiligt. In einem Teilbereich des Waffenrechts, nämlich bei den Verstößen gegen das Verbot des Führens von Einhandmessern und Anscheinswaffen, war im Berichtsjahr – nach einem kurzfristigen Rückgang um etwa 25 Prozent im Jahre 2014 im Vergleich zum Jahr 2013 – nun wieder eine 20-prozentige Zunahme im Vergleich zu 2014 zu verzeichnen. So wurden 2015 allein in diesem Zusammenhang 520 Bußgeldverfahren durchgeführt.

Außerdem erstellte 2015 (2014/2013) das Referat für Gesundheit und Umwelt 1 (2/2) amtsärztliche Gutachten zum Waffenrecht. Solche Gutachten ergehen auf Veranlassung der Kreisverwaltungsbehörde und unter Zugrundelegung des Waffengesetzes bei bestehenden Bedenken bezüglich der geistigen und körperlichen Eignung zum Tragen einer Waffe.

Tierseuchen

Das Kreisverwaltungsreferat plant **Abwehrmaßnahmen gegen Tierseuchen** im Stadtgebiet, um im Seuchenfall wirksame Bekämpfungsmaßnahmen mit allen beteiligten Stellen durchführen zu können. Hierfür wird durch den Bereich der Allgemeinen Gefahrenabwehr die generelle Ablaufplanung von Schadensereignissen koordiniert und ein Maßnahmenpaket mit den zuständigen Stellen festgelegt und geübt. Für Tierhalter (wie Privatpersonen, Versuchstiereinrichtungen, Tiertransporteure, Schlachtbetriebe) werden Einzelfallanordnungen oder Allgemeinverfügungen vorbereitet.

Darüber hinaus ergehen im Einzelfall tierseuchenrechtliche Anordnungen und es werden Genehmigungen nach der Viehverkehrsverordnung und dem Tiergesundheitsgesetz erteilt.

Bei gegebenem Anlass gehört auch der **Erllass von Allgemeinverfügungen** zum Aufgabengebiet.

Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem Städtischen Veterinäramt als Fachdienststelle. Durch diese werden die **Gutachten** gefertigt, auf deren Grundlage die Entscheidungen in den laufenden Fällen, in denen Tiere betroffen sind, festgelegt werden.

Bei dem Verdacht, dass eine anzeigepflichtige Tierseuche vorliegt, nimmt das Städtische Veterinäramt sofort die Ermittlungen auf und veranlasst gegebenenfalls die Anordnung von Seuchenbekämpfungsmaßnahmen.

Zu den amtstierärztlichen Aufgaben gehören die Mitwirkung bei der Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Tierkrankheiten sowie beim Schutz der Bevölkerung vor Gefährdung und Schädigung der menschlichen Gesundheit. Die amtliche Überwachung von Hunden und Katzen in der Tollwut-Quarantänestation im Tierheim München obliegt daher ebenfalls dem Städtischen Veterinäramt.

Die Tollwut ist eine Zoonose, das heißt eine vom Tier auf den Menschen übertragbare tödliche Infektionskrankheit. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation sterben daran jährlich bis zu 55.000 Menschen, gerade in ärmeren Ländern Afrikas und Asiens. Für die Einreise nach Deutschland mit bestimmten Heimtieren (Hunde, Katzen und Frettchen) aus anderen Ländern gelten daher die Regelungen der Europäischen Union. Ziel dieser Regelungen ist der Schutz vor der Einschleppung und Verbreitung der Tollwut.

Seit 2008 gilt Deutschland, wie viele andere west- und mitteleuropäische Länder, offiziell als tollwutfrei. Das Risiko einer Tollwut-Einschleppung liegt in der Einfuhr von nicht geimpften Tieren. Die Erfüllung der Einreisebedingungen (eindeutige Kennzeichnung, gültiger Impfschutz gegen die Tollwut und bei Tieren aus bestimmten Drittländern, wie die Türkei, auch ein belastbarer Tollwut-Antikörpertiter) müssen mit einem EU-Heimtierausweis oder einer Veterinärbescheinigung nachgewiesen werden. Sind die Einreisebedingungen nicht erfüllt, werden die Tiere unter amtlicher Überwachung isoliert (Quarantäne).

Der Bereich der Allgemeinen Gefahrenabwehr im Kreisverwaltungsreferat ordnet die **Tollwut-Quarantäne** an. Die ordnungsgemäße Durchführung der Quarantäne wird dann durch das Städtische Veterinäramt überwacht.

Im Jahr 2015 (2014/2013) befanden sich 114 (116/67) Hunde und 54 (44/35) Katzen in der Tollwut-Quarantäne im Tierheim München.

Insgesamt ist die Anzahl der quarantänisierten Tiere gegenüber 2014 um 5 Prozent (8 Tiere) angestie-

gen. Dabei ist die Anzahl der Hunde nahezu gleich geblieben, aber die Anzahl der Katzen hat sich um 22 Prozent (10 Tiere) erhöht.

Nach dem starken Anstieg der quarantänisierten Hunde und Katzen in 2014 ist die Anzahl auch im Berichtsjahr nochmals leicht angestiegen. Dies zeigt, dass weiterhin eine große Anzahl von Hunden und Katzen aus dem Ausland nach Bayern verbracht werden, die die rechtlichen Bedingungen (zum Beispiel einen ausreichenden Tollwut-Impfschutz oder die Untersuchung auf Tollwut-Antikörper bei Tieren aus nicht gelisteten Drittländern) nicht erfüllen.

Übungen zur Bekämpfung hochkontagiöser Tierseuchen (wie Maul- und Klauenseuche, Klassische Schweinepest, Afrikanische Schweinepest und Geflügelpest)

Das Veterinäramt nahm 2015 an vier Übungen zur Bearbeitung von Tierseuchenausbrüchen mit Hilfe des speziell entwickelten Krisenverwaltungsprogrammes im bundesweiten Tierseuchen-Nachrichten-System (TSN) sowie an drei Übungsaufgaben zur Bewältigung eines Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) teil.



Darüber hinaus kommt bei der Abklärung des Verdachts oder beim Ausbruch einer hochkontagiösen Tierseuche (wie die Maul- und Klauenseuche, Klassische Schweinepest, Afrikanische Schweinepest und Geflügelpest) der Hygiene beim Betriebsbesuch eine zentrale Bedeutung zu. Insbesondere das Anlegen der persönlichen Schutzausrüstung (unter anderem Overalls, Überziehtiefel, Handschuhe, Atemschutzmasken und Schutzbrillen) soll einerseits verhindern, dass durch das Kontrollpersonal die Tierseuche weiter verschleppt wird und andererseits auch das Kontrollpersonal vor einer Infektion mit den Tierseuchenerregern (zum Beispiel Geflügelpest) schützen. Deshalb üben die Amtstierärztinnen und Amtstierärzte des Veterinäramtes regelmäßig das richtige Anlegen und Ausziehen der persönlichen Schutzausrüstung.

Bußgeldverfahren

Baureferat

Die Bußgeldstelle des Baureferates verfolgt und ahndet Verstöße nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz, dem Bayerischen Straßen- und Wegegesetz, der Satzung über die Benutzung der städtischen öffentlichen Grünanlagen (Grünanlagensatzung), der Verordnung über die Reinigung und Sicherung der öffentlichen Wege, Straßen und Plätze (Straßenreinigungs- und Straßensicherungsverordnung) sowie der Verordnung über die Reinhaltung der öffentlichen Straßen und Abwasserbeseitigungseinrichtungen (Reinhaltungsverordnung).

Für 2015 (2014/2013) wurden folgende Zahlen gemeldet:

Bußgeldverfahren allgemein:

■ Ermittlungen	804	(720/837)
■ Anhörungen	769	(833/1.340)
■ gebührenpflichtige Verwarnungen nach der Grünanlagensatzung	1.682	(1.528/1.142)
■ gebührenpflichtige Verwarnungen nach dem Bayerischen Straßen- und Wegegesetz	772	(1.119/850)

Bußgeldbescheide:

■ Abfall- und Wegerecht	642	(693/561)
■ Grünanlagensatzung	340	(284/258)
■ sonstige städtische Satzungen	87	(107/135)

Beseitigungs- und Verwertungsverfahren (Kfz, Anhänger):

■ überprüfte Standorte	4.734	(5.749/6.390)
■ Beseitigung im Auftrag des Baureferates wegen Säumnis des Pflichtigen	679	(789/1.035)

Erfreulich ist hier der Rückgang von festgestellten und beseitigten Schrottfahrzeugen im Vergleich zu den Vorjahren.

Kreisverwaltungsreferat

Die Bußgeldstelle verfolgt und ahndet unter anderem Verstöße gegen:

- Vorschriften aus dem Bereich des Sicherheits- und Ordnungsrechts (zum Beispiel Prostitution im Sperrbezirk, Belästigung der Allgemeinheit, Kampfhunde, Waffen- und Sprengstoffrecht, Versammlungsrecht, Stadtrecht) sowie
- Vorschriften aus dem Bereich Lebensmittel- und Gaststättenrecht.

2015 (2014/2013) sind bei der Bußgeldstelle 13.504 (13.683/16.718) Anzeigen eingegangen.

Insgesamt wurden 5.345 (6.201/6.947) Bußgeldbescheide erlassen, in 15 (10) Fällen wurde ein Verfall angeordnet. Es wurden 337 (383/1.002) Verwarnungen mit Verwarnungsgeld sowie 412 (471) ohne Verwarnungsgeld erteilt. Darüber hinaus wurde in 225 (176/220) Fällen die Einziehung von Gegenständen, insbesondere von Einhandmessern oder Hieb- und Stoßwaffen sowie von Schutzbewaffnung und Vermummungsgegenständen angeordnet.

Die Bußgelder (einschließlich der Gebühren und Auslagen) sowie der Verwarnungsgelder summieren sich hierbei auf rund 1.600.000 Euro (2.003.140 Euro/2.232.484 Euro).

Gegen die erlassenen Bußgeldbescheide wurde in 732 (816/949) Fällen Einspruch eingelegt. Bereits im Vorfeld einer Verhandlung konnten viele dieser Einsprüche im außergerichtlichen Verfahren erledigt werden, zumeist weil die Betroffenen nach eingehender rechtlicher Belehrung die Einsprüche zurücknahmen.

2015 waren 249 (311/354) Gerichtsverfahren anhängig. In 95 Prozent der Fälle (= 236) hat die Verwaltungsbehörde gewonnen oder teilweise obsiegt, lediglich in 13 (11/12) Verfahren war die Verwaltungsbehörde unterlegen.

In 1.367 (1.469/1.840) Fällen musste beim Amtsgericht wegen Zahlungsunwilligkeit der Betroffenen Erzwingungshaft beantragt werden, nachdem Beitreibungsmaßnahmen der Vollstreckungsbehörde erfolglos blieben.

Referat für Bildung und Sport

Von der Bußgeldstelle des Referates für Bildung und Sport werden Verstöße gegen das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) geahndet, wie

- unerlaubtes Fernbleiben vom Unterricht und von sonstigen verbindlichen Schulveranstaltungen („Schwänzen“),
- unterlassene Sorge für den Schulbesuch durch Erziehungsberechtigte,
- unterlassene Anmeldung von Schulpflichtigen an Pflichtschulen.

2015 (2014/2013) wurden 2.697 (2.437/2.228) Anzeigen bearbeitet und 2.152 (1.962/1.823) Bußgeldbescheide erlassen.

Der Großteil der Bescheide (77 Prozent) wurde gegen Schulpflichtige erlassen.

25 Prozent der bebußten Schulpflichtigen haben hiervon wiederholt gegen die Schulpflicht verstoßen. Die Zahl dieses Personenkreises ist um 23 Prozent gestiegen.

50 Prozent der Bescheide werden an das zuständige Jugendgericht abgegeben, um über Arbeitsauflagen oder Erzwingungshaft zu entscheiden.

Bei den Anzeigen ist 2015 eine Fallsteigerung zum Vorjahr um zirka 11 (9) Prozent, bei den Bescheiden um zirka 10 (13) Prozent festzustellen. Die Anzahl der angezeigten Schulpflichtverletzungen nimmt stetig zu. Hierbei kann jedoch nicht beurteilt werden, ob die Zahl der Schulpflichtverletzungen selbst steigt oder ob die Schulen verstärkt Verletzungen zur Anzeige bringen.

Neben der Beratung von Schülerinnen und Schülern, Erziehungsberechtigten, Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrern wurden auch 2015 Informationsveranstaltungen zum Thema „Bußgeldverfahren bei Schulpflichtverletzungen“ durchgeführt.

Zudem fiel die Schulpflichtüberwachung bei abgehenden Förderschülern in den Aufgabenbereich der Bußgeldstelle.

Referat für Stadtplanung und Bauordnung

Im Bereich der Unteren Bauaufsichtsbehörde kümmert sich die Bußgeldstelle insbesondere um Verstöße gegen bauordnungsrechtliche Vorschriften. Den Schwerpunkt bildet dabei die Bayerische Bauordnung. So werden in der Regel Geldbußen festgesetzt, wenn die Bauherrin oder der Bauherr den gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommt und zum Beispiel vorgeschriebene Nachweise und Bescheinigungen nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt.

Im Bereich der Unteren Denkmalschutzbehörde ist die Bußgeldstelle zuständig, wenn gegen das Denkmalschutzgesetz verstoßen wird.

Auch wenn ohne Genehmigung Plakate oder sonstige Anschläge angebracht werden und damit gegen die „Verordnung der Landeshauptstadt München über das Anbringen von Anschlägen und Plakaten und über Darstellungen durch Bildwerfer (Plakatierungsverordnung)“ verstoßen wird, fällt das Bußgeldverfahren in der Regel in die Zuständigkeit der Bußgeldstelle der Lokalbaukommission.

Im Bereich der Unteren Naturschutzbehörde kümmert sich die Bußgeldstelle der Lokalbaukommission um Verstöße gegen naturschutzrechtliche Vorschriften, zum Beispiel, wenn gegen die Baumschutzverordnung, die Landschaftsschutzverordnung oder gegen Verordnungen zum Schutz bestimmter ausgewiesener Naturschutzgebiete oder Landschaftsbestandteile verstoßen wurde. So kann ein Bußgeldbescheid erlassen werden, wenn in geschützten Bereichen unerlaubt gegrillt wird oder Kraftfahrzeuge gefahren oder geparkt werden. Aber auch die Beschädigung von Bäumen und Sträuchern, das Zelten oder Freilaufenlassen von Hunden kann ein Bußgeldverfahren bewirken.

Ein Teilbereich des Naturschutzes ist der Artenschutz. Hier ist die Lokalbaukommission für die Ahndung von Verstößen gegen die Artenschutzbestimmungen zuständig, zum Beispiel, wenn geschützte Tierarten ohne Erlaubnis gehalten werden oder Tiere oder deren Behausungen unerlaubt gefährdet oder vernichtet werden.

Stadtkämmerei

Für 2015 (2014 /2013) wurden folgende Zahlen gemeldet:

Bußgeldverfahren:

■ Ermittlungen	206	(317/301)
■ Anhörungen	1.076	(848/1.296)

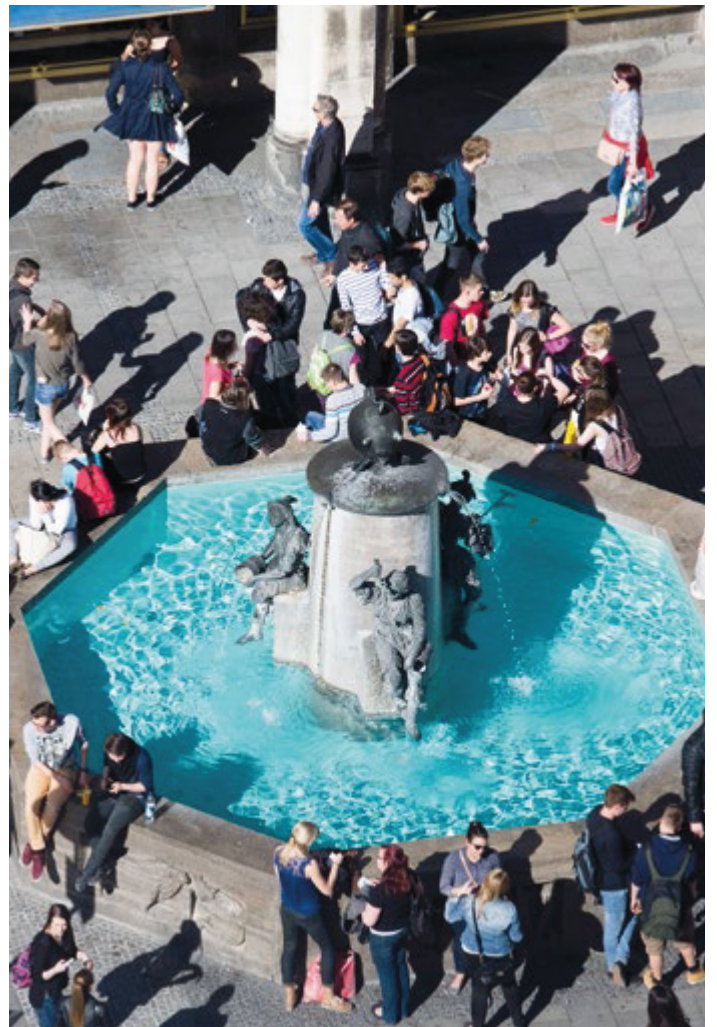
Bußgeldbescheide:

■ Bauaufsicht	177	(263/224)
■ Denkmalschutz	13	(17/12)
■ Werbeanlagen	39	(44/54)
■ Plakatierungsverordnung	41	(57/61)
■ Baumschutzverordnung	25	(35/18)
■ Landschaftsschutzverordnung und sonstiger Naturschutz	607	(287/773)
■ Artenschutz	6	(5/7)

Die Veränderungen der Zahlen 2015 im Vergleich zu 2014 bewegen sich im Bereich der natürlichen Schwankungen. So ist die Steigerung der Zahlen bei Verwarungen und Bußgeldern im Landschaftsschutz auf den regenarmen Sommer 2015 zurückzuführen, der eine intensivere Nutzung etwa der Isarauen auslöste. Derzeit kann aus den Zahlen insgesamt noch keine Tendenz abgelesen werden.

2015 (2014/2013) wurden insgesamt 70 (60/50) Bußgeldverfahren wegen Verstoßes gegen die Anmeldepflicht von Hunden durchgeführt.

Die Zahl der Bußgeldverfahren ist über die Jahre hinweg stark schwankend. Eine deutliche Zunahme aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung oder durch die Beschäftigten des Außendienstes kann bisher nicht beobachtet werden. Es werden jedoch derzeit auch keine statistischen Daten zur Herkunft von Hinweisen zu Steuerhinterziehungen erhoben.





Ausblick 2016/2017

Veranstaltungen im Stadtgebiet München

Die Veranstaltungsrichtlinien werden derzeit vom Veranstaltungs- und Versammlungsbüro des Kreisverwaltungsreferates überarbeitet. Es sollen nicht nur kleinere Änderungen erfolgen, sondern grundlegende Fragen neu geklärt und dem Stadtrat in einem Grundsatzbeschluss 2016 vorgelegt werden. In den **Veranstaltungsrichtlinien** soll auf die Besonderheiten einzelner Plätze in München Bezug genommen werden. Zudem soll mit den neuen Richtlinien die Identität der einzelnen Viertel gestärkt sowie die Attraktivität der Außenbezirke gesteigert werden.

Im besonderen Fokus der Branddirektion wird 2016 die Entwicklung des internationalen Terrorismus und dessen Auswirkungen auf die **Sicherheitslage** in der Landeshauptstadt und die zahlreichen **Großveranstaltungen** stehen.

Durch den Fachbereich Veranstaltungen des Referates für Arbeit und Wirtschaft ist die Fortschreibung des Sicherheitskonzeptes für das Oktoberfest in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden, insbesondere mit dem Veranstaltungs- und Versammlungsbüro des Kreisverwaltungsreferates, der Branddirektion und dem Polizeipräsidium München vorgesehen. Wenn erforderlich, erfolgen im Zuge dessen Anpassungen an die aktuelle weltpolitische Sicherheitslage.

Die **Oktoberfestverordnung** vom 16. Juli 1997 wird 2016 neu erlassen werden, weil die zuletzt gültige Fassung nach 20 Jahren außer Kraft tritt.

Maßnahmen in Bezug auf Örtlichkeiten – der Münchner Hauptbahnhof

Die Situation am Hauptbahnhof ist seit mehr als fünf Jahren Thema in den regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Sicherheits- und Aktionsbündnisses Münchner Institutionen (S.A.M.I.). Am Hauptbahnhof sowie seinem näheren Umfeld nehmen die sicherheitsrelevanten Probleme und die damit zusammenhängenden Beschwerden kontinuierlich zu. Vor allem aggressives Betteln, Betäubungsmittelkonsum und -handel, erheblicher Alkoholkonsum mit Folgeproblemen (Pöbeleien, Schlägereien, Lärmstörungen, Urinieren, Exhibitionismus), aber auch



Beschwerden über den sogenannten „Grauen Arbeitsmarkt“, illegale Prostitutionsausübung und vereinzelt übernachtende Obdachlose im näheren Umfeld des Hauptbahnhofs wurden dem Kreisverwaltungsreferat regelmäßig gemeldet. Auch die Sauberkeit ist immer wieder Thema von Beschwerden, die die Stadt erreichen.

Die Neugestaltung des Hauptbahnhofs und des Bahnhofvorplatzes sind bereits durch die Deutsche Bahn AG und das Referat für Stadtplanung und Bauordnung in die Wege geleitet. Bis zum tatsächlichen Umbau und der optischen Neugestaltung des Areals rund um den Hauptbahnhof werden allerdings noch einige Jahre vergehen.

Da die derzeitige Situation vor Ort für Anwohner, Passanten und Gewerbetreibende zunehmend belastend ist, hat das Kreisverwaltungsreferat mit verschiedenen Sicherheitsakteuren, unter anderem Polizeipräsidium München, Bundespolizei, Deutsche Bahn AG und MVG mbH im November 2015 einen **Runden Tisch** zum Thema **Hauptbahnhof** eingerichtet, der einmal monatlich tagt. Darin sollen einzelne Maßnahmen und deren Umsetzung im Arbeitskreis effektiv abgestimmt und aktuelle Entwicklungen zeitnah koordiniert werden. Erste Erfolge konnten bereits im Runden Tisch erarbeitet werden. So hat die Deutsche Bahn AG bereits Ende 2015 zehn weitere Strahler am Haupteingang anbringen lassen, um die subjektive Sicherheit der Reisenden und Passanten zu erhöhen. Darüber hinaus wurden die Baufirmen gebeten, innerhalb der Baustelleneinrichtungen regelmäßig das Areal zu reinigen und den Müll zu entfernen. Weitere Maßnahmen werden im Laufe des Jahres 2016 abgestimmt und getroffen, um die Situation weiter zu verbessern.



Aktualisierung der Sperrbezirksverordnung

Im Stadtgebiet der Landeshauptstadt München haben sich seit der letzten Ergänzung der Sperrbezirksverordnung im Jahre 2002 in verschiedenen Bereichen, insbesondere durch neu entstandene Wohngebiete, aber auch durch geänderte Straßennamen und -verläufe Veränderungen ergeben. Aus diesem Grund ist für 2017 vorgesehen, nunmehr die Aktualisierung der Sperrbezirksverordnung anzugehen.

Prostituiertenschutzgesetz

Zum 1. Juli 2017 soll das neue Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) in Kraft treten. Mit diesem soll die Fremdbestimmung in der Prostitution bekämpft und Zuhältern, Menschenhändlern und Ausbeutern ihr Geschäft erschwert werden. Es soll aber auch die Rechte der Prostituierten stärken. Die neuen Regelungen beinhalten unter anderem eine persönliche Anmeldung der Prostituierten, eine Erlaubnispflicht für Bordellbetriebe und regelmäßige Gesundheitsberatungen. Die Fristen zur Umsetzung des Gesetzes wurden verlängert, um den Ländern mehr Zeit zum Aufbau der behördlichen Strukturen zu gewähren.

Neubau Feuerwachen – Zielplanung Feuerwachen 2020

Der Neubau der Feuerwache 4 Schwabing in der Heßstraße konnte Ende 2015 abgeschlossen werden. Die Mängelbeseitigung und Restarbeiten werden sich noch bis in das I. Quartal 2016 ziehen. Anschließend ist die

Aufnahme des Einsatzbetriebes mit der Feuerwache der Berufsfeuerwehr, dem Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr und dem Zentrum für Katastrophenschutz geplant. Die dort zukünftig ebenfalls befindliche integrierte Leitstelle wird aufgrund einer längeren Inbetriebnahmephase Ende 2017 den Dienst aufnehmen. Für den Neubau der Feuerwache 5 Ramersdorf in der Anzinger Straße wurde 2015 nach der Entwurfsplanung der Bauantrag eingereicht und am 30. September 2015 in der Vollversammlung die Projektgenehmigung erteilt. Der Baubeginn wird Ende 2016 erfolgen.

Ebenfalls am 30. September 2015 erging der Projektauftrag für den ersten Bauabschnitt der Sanierung Feuerwache 1. 2016 soll der Bauantrag eingereicht werden. Ein Baubeginn ist realistisch nicht vor 2018 zu erreichen.

Für den Neubau der Gerätehäuser Freimann und Großhadern wurde die Vorplanung abgeschlossen, die Einbringung der Beschlussvorlagen für die Projektaufträge erfolgt in 2016.

Schutzmaßnahmen in Sporteinrichtungen

Um die Sicherheit im städtischen Stadion an der Grünwalder Straße zu erhöhen, sind verschiedene Baumaßnahmen geplant. Dazu gehören der Neubau einer Sicherheitszentrale, die Erhöhung der Zaunanlage und die Errichtung von festen Vereinzelungsanlagen.

Die Ausführungsgenehmigung für diese Maßnahmen wurde vom Sportausschuss am 16. September 2015 erteilt, der Baubeginn erfolgte Ende 2015. Für Juli 2016 ist die Baufertigstellung geplant.

